

Nachhaltigkeitsbericht für Groß-Umstadt



Indikatoren für die Lokale Agenda 21 2019/2020



Impressum

Dieser Nachhaltigkeitsbericht der Stadt
Groß-Umstadt wurde:

HERAUSGEGEBEN VON:

Magistrat der Stadt Groß-Umstadt

BEARBEITET VON:

Reiner Michaelis
Agenda-Büro

PROJEKTKOOPERATION:

Die Konzeption des Nachhaltigkeitsberichts
erfolgte in Anlehnung an:
Landesanstalt für Umweltschutz Baden-
Württemberg (Hrsg.) (2002):
Nachhaltigkeitsbericht - Mustervorlagen -
Indikatoren für eine Lokale Agenda 21.

FOTOS:

Agentur für Arbeit: B 1.1
Landesregierung: B 4.1, B 4.2
Netzwerk st.ar.k: C 2.1, C 2.2
Polizeipräsidium Darmstadt: C 6.4
<http://pixabay.de>: C 5.1, D 3.2
Mechthild Fischer-Effenberger: D 1.1
Bundesregierung: D 6.1
Manfred Picolin: D 7.1
alle anderen: Stadt Groß-Umstadt

4. Ausgabe für das Jahr 2019
im September 2020

Inhaltsverzeichnis

Impressum	2
Inhaltsverzeichnis	3
Worum geht es bei nachhaltiger Entwicklung und Agenda 21?	4
Nachhaltigkeit messen - Warum braucht man Indikatoren?	5
Das Indikatorensystem A - Ökologie	7
Das Indikatorensystem B - Ökonomie	18
Das Indikatorensystem C - Gesellschaft / Soziales	30
Das Indikatorensystem D - Partizipation	48
Adressen und Ansprechpartner	60

Die Lokale Agenda 21

WORUM GEHT ES BEI NACHHALTIGER ENTWICKLUNG UND AGENDA 21?

Der Begriff „Nachhaltigkeit“ wurde schon Anfang des 18. Jahrhunderts von der deutschen Forstwirtschaft geprägt. Georg Ludwig Hartig, Oberforstmeister aus Dillenburg, schrieb vor 300 Jahren, dass die Wälder so genutzt werden sollen, „dass die Nachkommenschaft wenigstens ebensoviel Vorteile daraus ziehen kann, als sich die jetzt lebende Generation zueignet“.

Eine ähnliche Definition der „Nachhaltigen Entwicklung“ verwendet auch der Brundtland-Bericht von 1987; hier heißt es: „Unter dauerhafter Entwicklung verstehen wir eine Entwicklung, die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen und ihren Lebensstil zu wählen.“

Durch die Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung (UNCED), die im Jahr 1992 in Rio de Janeiro abgehalten wurde, ist „sustainable development“ als Leitbegriff weltbekannt geworden; er bildet einen Bezugspunkt für integrative Politik auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene.

Ob „nachhaltig“, „dauerhaft umweltgerecht“ oder „zukunftsfähig“ - der Begriff lässt viele alternative und abstrakte Auslegungen zu, dennoch besteht eine breite Übereinstimmung, dass Nachhaltig-

keit nicht auf den Bereich der Ökologie zu beschränkt ist, sondern dass auch wirtschaftliche und soziale Aspekte zu berücksichtigen sind. Nicht nur auf internationaler, sondern auch auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene müssen Schutz der Umwelt, soziale Gerechtigkeit, wirtschaftliche Belange und die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger integriert werden, denn nur ein Gleichgewicht dieser verschiedenen Aspekte kann zu einer nachhaltigen Entwicklung führen.

Auf der bereits genannten Konferenz in Rio de Janeiro unterzeichneten 179 Staaten ein „Aktionsprogramm für das 21. Jahrhundert“ - die so genannte Agenda 21. In dem mehrere hundert Seiten umfassenden Dokument werden Handlungsmaßnahmen beschrieben, die zur Umsetzung einer globalen nachhaltigen Entwicklung beitragen sollen. Die 40 Kapitel enthalten unter anderem Instrumente für die Bereiche Klima und Energiepolitik, Armutsbekämpfung sowie Bevölkerungs- und Landwirtschaftspolitik. Die Ziele können in diesen Politikfeldern nur dann erreicht werden, wenn auch vor Ort, auf der regionalen und lokalen Ebene, eine nachhaltige Entwicklung verfolgt wird.

Bereits im Vorfeld der UNCED-Verhandlungen konnten sich die vom Internationalen Council for

Local Environmental Initiatives (ICLEI) vertretenen Kommunen mit ihrer Forderung durchsetzen, nicht nur als ausführende Organe nationaler Politik, sondern als eigenständige Akteure bei der Umsetzung des Aktionsprogramms berücksichtigt zu werden. Daher fordert Kapitel 28 der Agenda 21 explizit weltweit die Beteiligung der Kommunen:

„Jede Kommunalverwaltung soll in einen Dialog mit ihren Bürgern, örtlichen Organisationen und der Privatwirtschaft eintreten und eine ‚Kommunale Agenda 21‘ beschließen.“

Dieser Aufruf soll Kommunen dazu bewegen, einen Lokale-Agenda-21-Prozess in Gang zu setzen und mit allen gesellschaftlichen Gruppen vor Ort ein Handlungsprogramm zu erarbeiten. Jede Kommune muss dabei unter Beachtung ihrer jeweiligen Rahmenbedingungen ihren eigenen Weg finden.

Das bedeutet: Kommunen sind aufgerufen, ihre Stärken, aber auch ihre Schwächen im Blick auf das Ziel der nachhaltigen Entwicklung zu ermitteln. Sie können sich **Ziele** setzen und ihren Weg mit Hilfe von **Indikatoren** zu den verschiedenen Problembereichen sichtbar machen. Vor allem aber können sie Maßnahmen und Projekte entwickeln, die dazu beitragen, diese Ziele zu verwirklichen.

Nachhaltigkeit messen

WARUM BRAUCHT MAN INDIKATOREN?

Indikatoren sind Mess- oder Kenngrößen für die Bewertung und Trendbeschreibung zentraler Problemfelder einer nachhaltigen Entwicklung. Werden mehrere Indikatoren in systematischer Art und Weise zusammengefasst, so spricht man von einem Indikatoren-system. Das hier verwendete Indikatoren-system orientiert sich an Leitlinien und Kriterien, die für das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung in Kommunen und bei der Lokalen Agenda 21 eine zentrale Rolle spielen. Dabei werden vier Bereiche angesprochen: Ökologie, Ökonomie, der soziale Bereich und der Bereich der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern. In jeder dieser vier Dimensionen wurden unterschiedliche Leitlinien oder Teilziele nachhaltiger Entwicklung formuliert, die wiederum mit je mit einem zentralen Indikator beschrieben werden.

Mit den vier Dimensionen sind die Handlungsfelder genannt, um die es bei dem Ziel der nachhaltigen Entwicklung geht; die Leitlinien oder Teilziele benennen einzelne Problemfelder; die Indikatoren schließlich können im Rahmen der Kommunalpolitik verschiedene Funktionen übernehmen:

- sie können verdeutlichen, wo möglich-

erweise Handlungsbedarf in der Kommune besteht, an welchen Stellen und in welcher Richtung Verbesserungen möglich sind;

- sie signalisieren außerdem, wo in der letzten Zeit etwas erreicht wurde, wo kommunalpolitische Maßnahmen oder die Aktivitäten von Bürgerinnen und Bürgern erfolgreich waren;
- sie erlauben (mit Einschränkungen) einen Vergleich mit anderen Kommunen;
- und sie können Lücken in den vorhandenen Daten identifizieren und so Verbesserungen in der Kommunalstatistik anregen.

Mit anderen Worten: Indikatoren und Indikatoren-systeme können dabei helfen, die richtigen Maßnahmen zu finden, um die Lebensqualität in der Kommune zu erhöhen oder sicherzustellen. Wie die Lokale Agenda 21, so richtet sich auch das Indikatoren-

system keineswegs nur an die Kommunalpolitik oder an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kommunalverwaltung. Eine breite Diskussion der Entwicklungen, die durch die Zeitreihen der Indikatoren deutlich zutage treten, kann dazu beitragen, Projekte zur Kommunalentwicklung zu finden, die schließlich das „Herz“ jeder Lokalen Agenda sind.

Die Arbeit an dem System begann in den Jahren 1996/97. Zunächst wurden bereits vorliegende Systeme ausgewertet; vor allem aber wurden ein Katalog möglicher Teilziele nachhaltiger Entwicklung und, in einem zweiten Schritt, die dazugehörigen Indikatoren mit vielen verschiedenen Gruppen und Gesprächskreisen in den beteiligten Kommunen diskutiert und Vorschläge zur Überarbeitung gesammelt. Die Teilziele und Indikatoren dieses Pilotprojektes können daher als Ergebnis eines längeren Prozesses angesehen werden, an dem verschiedene Gruppen von Wissenschaftlern, vor allem aber auch Bürgerinnen und Bürger beteiligt waren.

Insbesondere die Formulierung der Teilziele nachhaltiger Entwicklung erwies sich dabei weitgehend als konsensfähig.

In einer zweiten Pha-



Nachhaltigkeit messen

WARUM BRAUCHT MAN INDIKATOREN?

se wurde die Arbeit an Indikatorenssystemen auf weitere Kommunen ausgedehnt, deren Verwaltungen Interesse an einer Übertragung auf ihre Stadt hatten. Bereits bei den Studien, die für die Stadt Viernheim in Südhessen und für Aalen im Ostalbkreis entstanden, zeigte es sich, dass an einigen Stellen der Wunsch auftrat, sowohl die Teilziele nachhaltiger Entwicklung als auch Indikatoren an die jeweils lokalen Gegebenheiten anzupassen. Hier und in einer weiteren Studie für Luxembourgestadt wurde aber deutlich, dass es einen Kernbereich von Teilzielen und Indikatoren gab, die von den meisten Beteiligten für unverzichtbar gehalten wurden.

Aus diesen Erfahrungen entstand die Idee, ein möglichst leicht handhabbares und praxisnahes Indikatorensystem zu entwickeln, das auf der einen Seite einen Kern von festen Indikatoren enthält, auf der anderen Seite aber flexibel genug sein sollte, um durch die Aufnahme zusätzlicher Teilziele und Indikatoren auf die besonderen Gegebenheiten einer Kommune reagieren zu können.

Ein erster Entwurf eines solchen Systems wurde im Auftrag der Umweltministerien von vier Bundesländern und in Zusammenarbeit mit 16 Kommunen erstellt und getestet.

In diesen Bericht wurden die Zie-

le des Kommunalen Handlungsprogramms integriert.

Beteiligt waren zwölf Städte und Gemeinden (Alsfeld, Aschaffenburg, Augsburg, Boll, Erfurt, Heide-land-Elstertal, Hohenstein, Karlsruhe, Mühlhausen/Thüringen, Rödentel, Rüsselsheim und Waiblingen) sowie vier Landkreise (Darmstadt-Dieburg, Lörrach, Nordhausen und Roth). Die Erfahrungen dieses Projekts führten dann zur Erarbeitung des bereits erwähnten Leitfadens.

Die Agenda 2030

Die Agenda 2030 enthält Ziele für eine nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs). Nachhaltige Entwicklung wird dabei als eine umfassende Entwicklung in ökonomischer, ökologischer und sozialer Hinsicht verstanden.

Verabschiedet wurde die Agenda 2030 im September 2015 von den Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen. Sie ist gültig für alle Staaten dieser Welt. Sie bezieht sich auf die Ebene der Nationalstaaten, relevant ist sie allerdings auch für die regionale und lokale Ebene, ohne die staatliche Ziele i. d. R. nicht erreicht werden können.

Das „Herzstück“ der Agenda 2030 sind die 17 Ziele (s. Titelseite) für eine nachhaltige Entwicklung mit ihren 169 Unterzielen. Zur Umsetzung der Agenda 2030 in Kommunen sind Indika-

toren oder Kennzahlen zu definieren, mit denen die Erreichung der Nachhaltigkeitsziele abgebildet und überprüft werden kann.

Mehr: <https://sdg-portal.de/de>

Eine Ausrichtung und Ergänzung des Kommunalen Handlungsprogramms der Stadt Groß-Umstadt, seiner Ziele und Maßnahmen auf die 17 SDGs und die Entwicklungen der letzten Jahre (Klimawandel, Coronakrise samt Nachwirkungen, Mobilität, fairer Handel, Digitalisierung, etc.) wäre erstrebenswert - ein politischer Beschluss ein deutliches Bekenntnis. In dieser Ausgabe des Nachhaltigkeitsberichtes wird ein erster, willkürlicher und nicht unter Bürgerbeteiligung abgestimmter Versuch unternommen, die überlieferten Indikatoren den SDGs zuzuordnen.

Bei der Interpretation der Indikatoren ist weniger der Vergleich mit anderen Kommunen wichtig, sondern die Betrachtung der Entwicklung der eigenen Kommune im Zeitablauf. Wo stand die Kommune vor zehn Jahren - wo steht sie heute? Haben eigene Anstrengungen, Maßnahmen und Projekte erkennbare Wirkungen? In dieser Perspektive ist es wichtig, den Kern-Satz von Indikatoren dort zu ergänzen, wo es für die eigene Arbeit geboten ist. Die Diskussion darüber ist auch und gerade ein Thema der Lokalen Agenda 21.

Die Indikatoren

ÖKOLOGIE

- A 1** **Geringe Abfallmengen**
 - A 1.1** Siedlungsabfälle
 - A 1.2** Sondermüllaufkommen
 - A 1.3** Müll in der Landschaft von Groß-Umstadt

- A 2** **Möglichst niedrige Luftverschmutzung**
 - A 2.1** Veränderung des Bestandes an Flechten

- A 3** **Schonender Umgang mit nicht erneuerbaren Ressourcen**
 - A 3.1** Flächennutzung

- A 4** **Möglichst geringe Entnahme erneuerbarer Ressourcen**
 - A 4.1** Wasserverbrauch
 - A 4.2** Trinkwasser NO³- und Uranwerte

- A 5** **Möglichst niedriger Energie-Einsatz**
 - A 5.1** Stromverbrauch der privaten Haushalte
 - A 5.2** Produktion von Strom aus regenerativen Energieträgern

- A 6** **Umwelt- und sozialverträgliche Mobilität**
 - A 6.1** Anzahl der PKW

Geringe Abfallmengen

A 1.1 Siedlungsabfälle

DEFINITION

Zu den Siedlungsabfällen gehören Haus- und Sperrmüll, hausmüllähnliche Gewerbeabfälle, Grünschnitt und Bio-Abfälle, Wertstoffe aus kommunalen Wertstoffsammlungen sowie Fäkalien, Rückstände aus der Kanalisation, Wasserreinigungsschlämme aus öffentlichen Anlagen und kommunale Klärschlämme. Nicht dazu gehören Produktionsabfälle, Sondermüll, Bodenaushub, Bauschutt oder Straßenaufbruch.

In Groß-Umstadt ist die Einsammlung der Abfälle dem kommunalen „Zweckverband Abfall- und Wertstoffeinsammlung für den Landkreis Darmstadt-Dieburg“ (ZAW) übertragen. Allen Haushalten stehen Mülltonnen für die getrennte Sammlung zur Verfügung: Papier (blaue Tonne), Restmüll (schwarze Tonne) und Bio-Müll (grüne Tonne). Bio-Müll kann auch im eigenen Garten kompostiert werden. Zusätzlich wird der Verpackungsmüll privatwirtschaftlich über den gelben Sack und Container für Glas (grün, braun, weiß) sowie für Blechdosen eingesammelt. Sperrmüll wird nach Anmeldung vom ZAW abgeholt, ebenso Kühl- und Gefriergeräte.

Für Altkleider gibt es ebenfalls Sammelcontainer und ein beschlossenes Standortkonzept.

ZIELSETZUNG

Eine möglichst niedrige Abfallmenge spricht für eine besonders nachhaltige Wirtschaft: Die Stoffströme sind gering, der mit der Entsorgung der Abfälle verbundene Energie- und Transportaufwand ist niedrig, der endgültige Verbrauch natürlicher Ressourcen ebenfalls. Das heißt, dass das Abfallaufkommen entkoppelt ist von wirtschaftlichen Wachstumsfaktoren. Bei der Interpretation der Werte zum Abfallaufkommen ist eine gesonderte Betrachtung einzelner Abfallfraktionen sinnvoll. Das Recycling trägt zu einer Entlastung bezüglich der Entsorgung bei und speist Ressourcen wieder in den Stoffkreislauf ein. Es sind aber auch mit der Wiedergewinnung Energie- und Ressourcenverbrauch sowie nicht zuletzt auch Kosten verbunden, so dass grundsätzlich die Vermeidung von Abfällen Vorrang vor deren Wiederverwertung haben sollte. Ein intensiver Ausbau von Strukturen der Kreislaufwirtschaft kann eine Politik der Abfallvermeidung unterstützen. Vor diesem Hintergrund kann in hochentwickelten Ländern wie Deutschland in den nächsten Jahren eine Zielsetzung in einer deutlichen Reduktion des Abfallaufkommens pro Kopf bestehen.

KHP: „Müllvermeidung hat Vorrang vor Wiederverwertung und Entsorgung. Durch bewussten Umgang mit Müll werden die anfallenden Mengen nachhaltig reduziert.“



ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Alle Müllsegmente zeigen über die letzten Jahre eine leicht fallende Tendenz, was entweder auf eine steigende Trenn-Qualität hinweist oder sogar auf zaghafte Müllvermeidung bereits beim Einlauf hinweist.

Beim Papier wurden 2020 seitens des ZAW „Beimengen“ nicht mehr zugelassen, die Kartonage kann allerdings am Wertstoffhof Semd abgegeben werden.

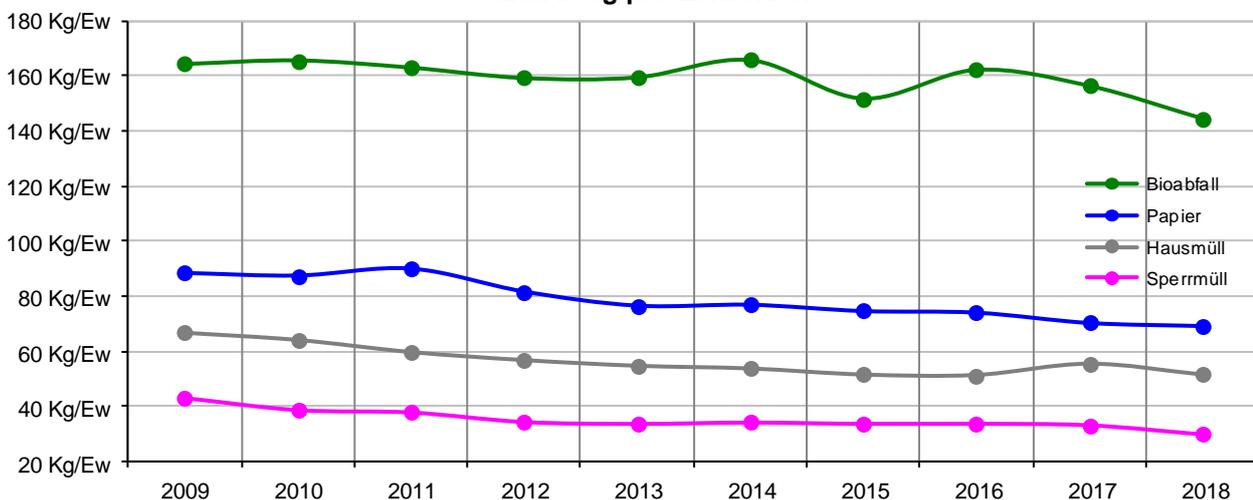
Für keine der Müllfraktionen gibt es derzeit Programme, die zu einer signifikanten Senkung der Müllmengen schon bei der Produktion führen könnten. Das allerdings wäre notwendig, um der Zielsetzung nach „Müllvermeidung“ näher zu kommen. Bei Teilen des Verpackungsmülls - vor allem Plastikfolien - gewinnt die thermische Verwertung, z. B. in Müllverbrennungsanlagen oder Zementbrennöfen, als ökologisch umstrittene Maßnahme zunehmend an Bedeutung.

Kompostierbare Verpackungen oder Unverpackt-Angebote haben sich bislang nur in Nischen ansiedeln können.

Quelle: ZAW LK Da-Di



Müll in kg pro Einwohner



Geringe Abfallmengen

A 1.2 Sondermüllaufkommen

DEFINITION

Sonderabfall-Kleinmengen sind nach **Satzung des ZAW Abfälle, die wegen ihrer Art oder Beschaffenheit besonders behandelt und entsorgt werden müssen und die in Privathaushalten sowie in kleinen Mengen (insgesamt maximal 2.000 kg pro Jahr und Anfallstelle) in Gewerbebetrieben, Schulen, öffentlichen Einrichtungen und sonstigen Dienstleistungsbereichen anfallen. Diese Abfälle werden vom ZAW durch entsprechend qualifiziertes Personal mit speziellen Sammelfahrzeugen eingesammelt. Die Abfälle sind vom Abfallbesitzer zum Sammelfahrzeug zu bringen und dem dort anwesenden Personal zu überlassen. Die Sammeltermine, die Sammelstellen und die jeweiligen Regelungen über Mengenbegrenzungen werden jährlich veröffentlicht.**

ZIELSETZUNG

Eine möglichst niedrige Abfallmenge spricht auch hier für eine besonders nachhaltige Wirtschaft. So sollten Sonderabfälle schon beim Einkauf vermieden werden, fast immer gibt es Alternativprodukte, die z. B. durch den „Blauen Umweltengel“ gekennzeichnet sind.

Diese Produkte enthalten weniger Gesundheit gefährdende Lösemittel und sind weitgehend frei von Umwelt belastenden Schwermetallen. Bei Farben und Klebern empfehlen sich wasserlösliche Produkte, Solarzellen ersetzen oft schon Batterien. Ziel ist es, möglichst wenige Schadstoffe über den Entsorgungs- bzw. Recyclingkreislauf an die Umwelt abzugeben.

Die Mengen des Elektroschrotts werden nicht pro Kommune erfasst, allerdings beteiligt sich Groß-Umstadt seit Jahren an Handy-Sammlungen und die Ehrenamtsagentur betreibt ein Reparaturcafé.



ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

In Groß-Umstadt sinken die Mengen des beim Schadstoffmobil abgegebenen Sondermülls tendenziell.

Wie schon beim Siedlungsabfall (A 1.1) bedeutet dies möglicherweise, dass das Trenn-Bewusstsein und/oder das Einkaufsverhalten nachhaltiger ist, was gut wäre und zu hoher Sortenreinheit beim Müll und bei den Recycling fähigen Wertstoffen führt.

Andererseits darf man vermuten, dass immer noch alte Bestände aus Garagen und Kellern angeliefert werden und insgesamt noch zu viele schadstoffhaltige Produkte und Materialien gekauft und verarbeitet werden.

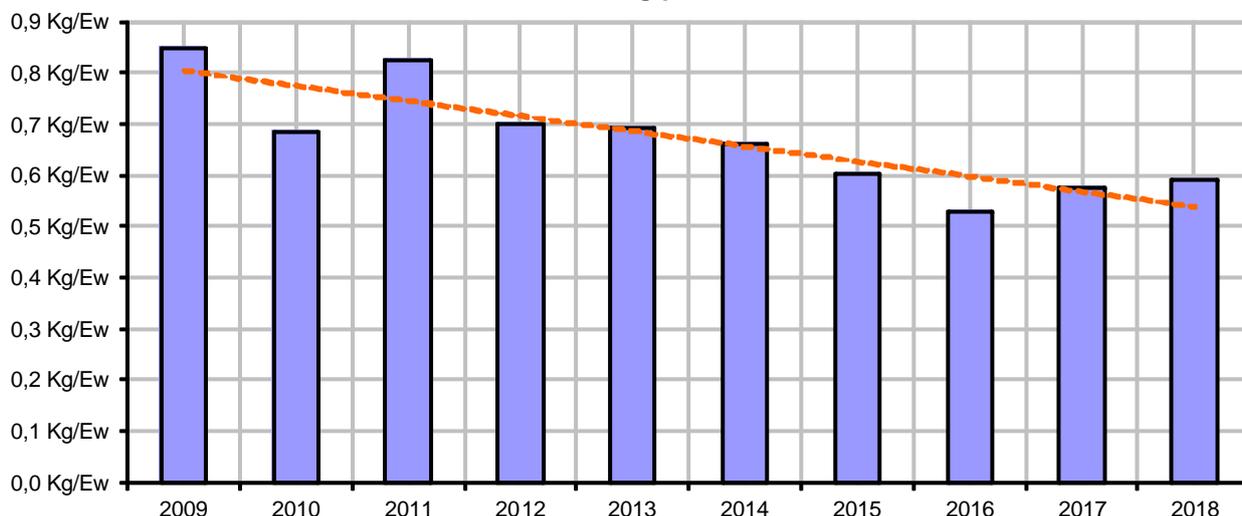
Hier wäre ein Ansatz sowohl bei den Herstellern als auch bei den Verbrauchern wünschenswert, um der Zielsetzung nach „Müllvermeidung“ näher zu kommen.

KHP: „Müllvermeidung hat Vorrang vor Wiederverwertung und Entsorgung. Durch bewussten Umgang mit Müll werden die anfallenden Mengen nachhaltig reduziert.“



Quelle: ZAW LK Da-Di

Sondermüll in kg pro Einwohner



Geringe Abfallmengen

A 1.3 Müll in der Landschaft

DEFINITION

Müll in der Landschaft ist jener Müll, der tatsächlich in die Landschaft geworfen wird und bei inzwischen landkreisweit organisierten „Müllsammeltagen“, von Dorfgemeinschaften, Vereinen, Schulen und Agenda-Gruppen - also von vielen freiwilligen Helfern aller Altersgruppen eingesammelt wird. Gefunden werden dabei große Dinge wie Autoreifen, Kühlschränke, Bündel von Werbezeitungen und ähnliches, aber auch Verpackungen aller Art, Flaschen, Kleidungsstücke, etc. Dieser sogenannte „wilde Müll“ ergibt sich in seinem Gesamtvolumen aber auch aus den üblicherweise in der Natur und in der Stadt installierten Papierkörben! Alles dort eingesammelte Gut läuft nicht über die reguläre Müllentsorgung, sondern sammelt sich als ungetrennter Misch-Müll mit dem in der Landschaft gefundenen Unrat.

ZIELSETZUNG

Ziel ist es, die Landschaft sauber zu halten, weil sich erfahrungsgemäß am ehesten dort „wilder Müll“ ansammelt, „wo es nicht mehr auffällt“, also dort, wo bereits Abfälle liegen. So soll eine saubere Landschaft Standard sein, außerdem sollen der Aufwand und die Kosten nachhaltig gesenkt werden. Denn die ca. 1 Mio. €, die beim ZAW für diesen „Müll in der Landschaft“ aufzubringen sind, werden über die reguläre Müllgebühr abgerechnet. Die örtlichen bzw. Landkreis weiten Müllsammeltage im Herbst eines jeden Jahres sollen für dieses Thema sensibilisieren und insbesondere bei den Kindern und Jugendlichen, aber auch bei den Eltern als Vorbildern, erzieherisch wirken. Wünschenswert wäre, wenn alle Mülleimer und Papierkörbe verschwinden, damit das Angebot, „hic et nunc“ seinen Abfall loszuwerden, gar nicht mehr besteht. Was man „voll“ hintragen kann, lässt sich „leer“ auch leicht wieder mit nach Hause nehmen.



ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Der sehr stark schwankende Kurvenverlauf zeigt im Trend einen leichten Anstieg der Müllmengen in der Landschaft. Waren es 2012 nur 69 t, stieg der Wert in 2015 auf 103 t, 2018 war wieder der Wert von 2012 erreicht. Zugenommen hat auch die Ablagerung von Sperrmüll und Bauschutt in der Landschaft.

Offenbar haben weder die Einführung des Dosen- und Flaschenpfandes, die immerhin langsam stattfindende Umstellung auf weniger Plastik(tüten) noch die umfanglichen Angebote an Papierkörben, Sammel- und Abholangeboten (Wertstoffhof) signifikant eine Wende eingeleitet.

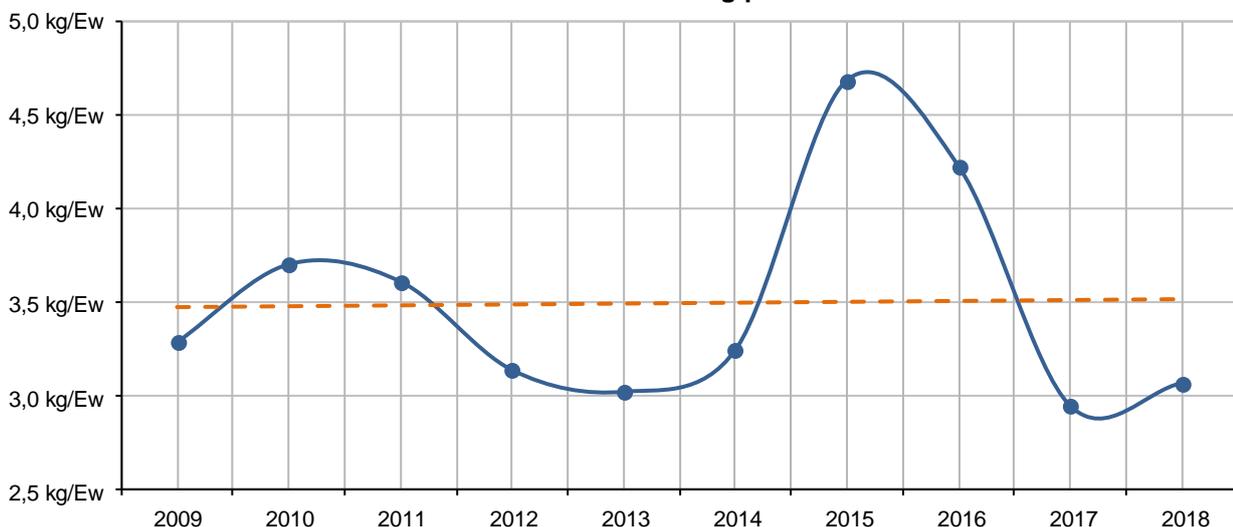
Auch die Einbindung der „Mit-Verursacher“ (Fast-Food-Ketten, Bäcker, ToGo-Becher) und die verstärkte Öffentlichkeitsarbeit (Sauberes Umstadt) bewirken - positiv gedeutet - allenfalls, dass es nicht noch schlimmer ist. Die Bereitschaft der Bürger, sich an Aufräumaktionen zu beteiligen, ist auch rückläufig.

KHP: „Stadt und Landschaft bleiben frei von Müll und Abfällen.“



Quelle: ZAW LK Da-Di

Müll in der Landschaft in kg pro Einwohner



Möglichst niedrige Luftverschmutzung

A 2.1 Veränderung des Bestandes an Flechten

DEFINITION

Saubere unbelastete Luft ist eine der Grundvoraussetzungen für ein gesundes Leben. Die Gewinnung zuverlässiger Daten über die Wirkung von Immissionen ist daher eine wichtige Grundlage für eine zukunftsorientierte Kommunalplanung. Flechten haben sich als gute Bioindikatoren für die Luftqualität erwiesen.

Der Bund für Umwelt- und Naturschutz (BUND) Darmstadt-Dieburg und die Stadt Groß-Umstadt beauftragten im Juli 2005 das Büro Fraxinus mit der Durchführung einer immissionsbezogenen Flechtenkartierung des Stadtgebiets Groß-Umstadt. Dabei konnten bereits vorliegende Daten einer Flechtenkartierung des Hessischen Landesamtes für Umwelt und Geologie (HLUG) von 1991 genutzt werden. Die Arbeit fließt in die örtliche Lokale Agenda 21 ein, bei der die Flechten zu den langfristig zu beobachtenden Indikatoren im Bereich Umwelt/Luft zählen.

ZIELSETZUNG

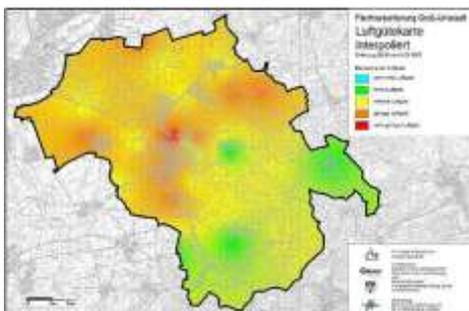
Je niedriger die Immissionen sind, desto besser sind die Auswirkungen auf die Gesundheitssituation, insbesondere auf die Häufigkeit von Atemwegserkrankungen. Auch die Vegetation kann von Luftschadstoffen stark belastet werden. Über den Schadstoffeintrag in die Böden bestehen hier zum Teil sehr langfristige Folgewirkungen. Das vorgeschlagene Erhebungsverfahren mittels Flechtenkartierung ordnet die Luftgütwerte nach fünf verschiedenen Luftgüteklassen. Zumindest die beiden schlechtesten Klassen weisen auf einen hohen Problemdruck hin. Eine nicht zufrieden stellende Situation bei der Luftgüte erfordert eine genauere Ursachenanalyse und danach die Arbeit an Projekten, die zur Verminderung der Belastung führen können.

Quelle: Fraxinus, Freigericht-Neuses



ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Die Grafik zeigt von 15 Messstellen nur jene, deren Werte sich verändert haben. Weitere Messstellen sind: östl. Habitzheim, Carlo-Mierendorff-Straße, westl. Kleestadt, südl. Heubach, ssö. Groß-Umstadt Harberg, nö. Klein-Umstadt, Kleestadt KiTa, östl. Heubach. Der Luftgüteindex lässt eine Aussage über die Gesamtheit der biologisch wirksamen Luftbelastung zu. Dazu gehören sowohl die sauren als auch die Nährstoff anreichernden (eutrophierenden) Luftverunreinigungen. Die durch die Flechten ermittelte Luftgüte reicht im Untersuchungsgebiet von „sehr gering“ bis „hoch“. Dabei wird deutlich, dass der waldreiche Süden und Osten des Stadtgebietes eine bessere Luftgüte aufweist als der intensiver genutzte Norden und Westen. Mit einer nur geringen Luftgüte sind neben Umstadt auch landwirtschaftlich geprägte Flächen ausgewiesen. Neben Luftschadstoffen aus Verkehr, Hausbrand und Industrie kommen hier auch übermäßige Nährstoffeinträge als Ursache für die geringe Luftgüte in Frage.

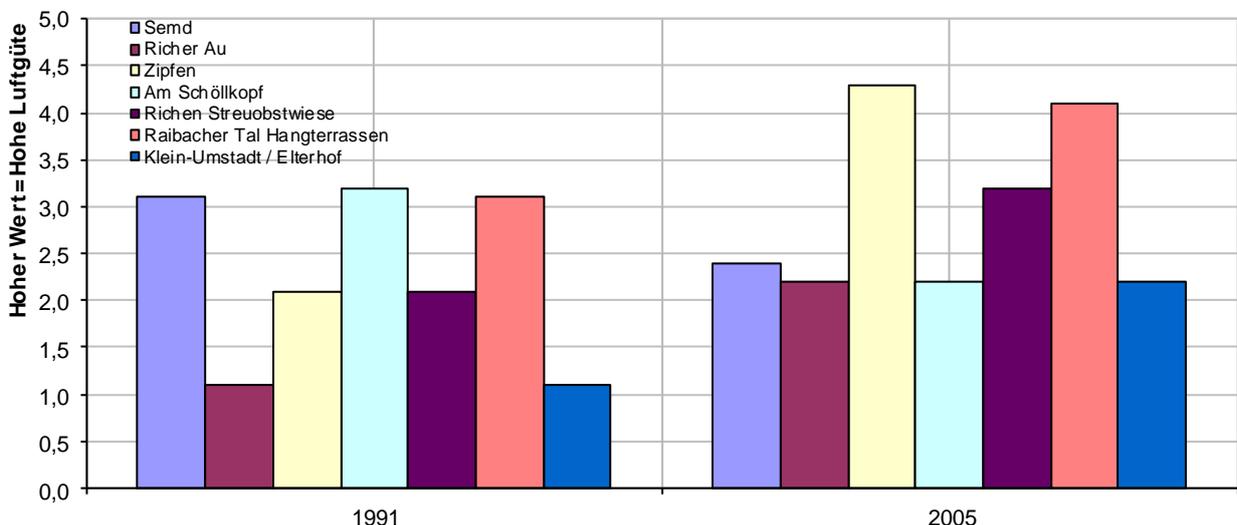


Anmerkung: Nach der Untersuchung von 2005 (s. l. Spalte) gab es keine neue Flechtenkartierung, weshalb die Datenreihe nicht bis in die Gegenwart reicht.

KHP zum Klimaschutz:
„Reduzierung der verkehrsbedingten klimaschädlichen Emissionen.“



Veränderung des Flechtenbestandes



Schonender Umgang mit nicht erneuerbaren Ressourcen

A 3.1 Flächennutzung

DEFINITION

Die laufenden Flächenerhebungen der amtlichen Statistik weisen unter anderem folgende Kategorien aus: Die Siedlungs- und Verkehrsfläche setzt sich zusammen aus Gebäudeflächen und unbebauten Freiflächen, die den Zwecken der Gebäude untergeordnet sind, den Betriebsflächen, die überwiegend gewerblich oder industriell genutzt werden, den Erholungsflächen (etwa Sportplätze) und den unbebauten, aber versiegelten Flächen, die dem Straßen- oder Schienenverkehr dienen. Landwirtschaftliche Flächen dienen dem Ackerbau, der Wiesen- und Weidewirtschaft, dem Garten- oder dem Weinbau. Dazu werden auch die baulichen Anlagen gerechnet, die für die eigentliche Nutzung der Landwirtschaftsfläche erforderlich sind. Als natürliche Flächen werden Wasser- und Waldflächen getrennt ausgewiesen.

ZIELSETZUNG

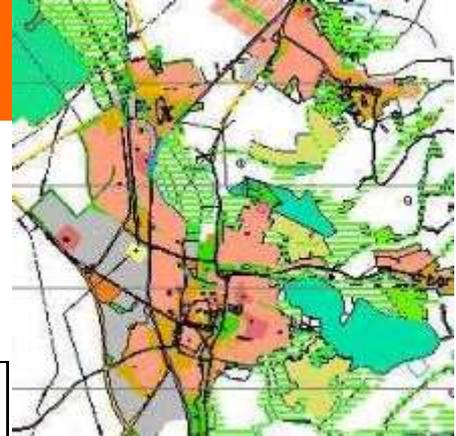
Ziel der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie ist, den täglichen Flächenverbrauch von 129 ha (2000) bis zum Jahr 2020 auf 30 ha zu reduzieren.

KHP

AK „Lebensqualität“: „Erhöhung des Anteils innerstädtischer Grünflächen.“

AK „Ökologie“: „Rücksichtsvoller Umgang mit dem Boden ... soll zu größerer Artenvielfalt zurückführen.“ - „Die bestmögliche Nutzung der Grundstücksflächen ... für Wohnen, Kleingewerbe und bürgernahe Einkaufsmöglichkeiten hat Vorrang vor ... Neubaugebieten und der Ansiedlung von Großmärkten“ - „GU plant seine Verkehrswege ökologisch und Flächen sparend. ... Gleichwertige Planung für ... Fußgänger und Fahrradfahrer und den motorisierten Verkehr ... Der Flächenverbrauch für den ruhenden Verkehr wird minimiert.“

AK „Siedlungsentwicklung“: „Nutzung von freien Flächen und ungenutzten Gewerbegebäuden.“ - „Begrenzung der Einwohnerzahl der Stadt Groß-Umstadt auf ca. 25.000 Ew. ... kleinstädtischen/dörflichen Charakter bewahren ... Infrastruktur nicht überlasten. Die im ROP genannten Wachstumsprognosen sollen bis 2010 nicht ausgenutzt werden. In diesem Zeitraum sollen im Groß-Umstädter Stadtgebiet höchstens 20 ha als Baugebiet sukzessive in Anspruch genommen werden (keine Einzelmaßnahme über 6 ha).“



ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Groß-Umstadt hat eine Gesamtfläche von 8600 ha, die Hälfte ist landwirtschaftlich genutzt, mehr als ein Drittel ist Wald. Der unter intensiver Bürgerbeteiligung entwickelte und noch gültige Flächennutzungsplan für Groß-Umstadt sieht unter den vorgenannten Zielen und der demografischen Entwicklung Vorrang einzuräumen, die Stadtteile zwar an der Wohnraumentwicklung zu beteiligen, aber nur Arrondierungen vorzunehmen, statt weiterhin großflächige Wohnbaugebiete zu erschließen.

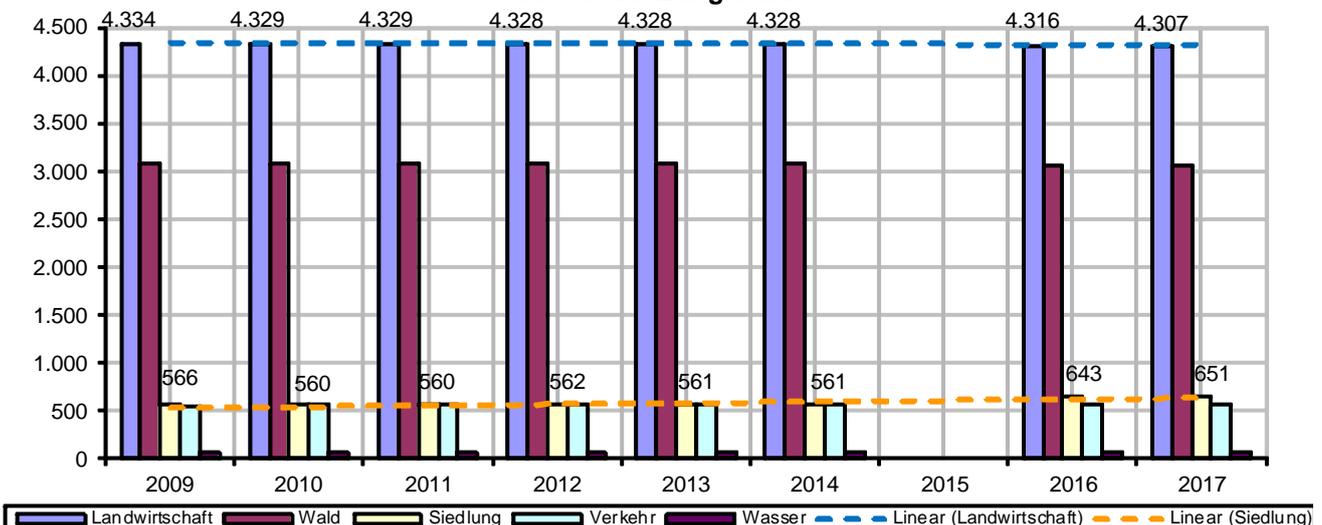
Groß-Umstadt gilt bis 2020 noch als Zuwachsregion, danach ist mit dem Sinken der Einwohner-Zahlen zu rechnen. Signifikant ist für die letzten 10 Jahre der Flächenverbrauch von landwirtschaftlicher Fläche zugunsten der Siedlungsentwicklung (s. Trendlinien).

Aktuell steigt die Wohnfläche in m² pro Person (Singlewohnungen) mit negativen Auswirkungen auf die Kauf-/Mietpreise und die Energie- und Infrastrukturrressourcen.

Quelle: Hessen.Statistik



Flächennutzung in ha



Möglichst geringe Entnahme erneuerbarer Ressourcen

A 4.1 Wasserverbrauch

DEFINITION

Erfasst wird hier der spezifische Wasserbedarf in Liter pro Einwohner und Tag (l/Ew*d). In der Statistik ist der gesamte Wasserverbrauch abgebildet, also von privaten Haushalten, Kleingewerbe und Dienstleistungsunternehmen sowie von öffentlichen Einrichtungen und von Industriebetrieben.

ZIELSETZUNG

Eine nachhaltige Nutzung des Rohstoffs Wasser muss sich an der regional sehr unterschiedlichen Neubildungsrate orientieren. In Groß-Umstadt sorgen eigene Brunnen und Quellen sowie ein autonomes Netz zu stabiler und vom sonstigen Wassermarkt unabhängiger Versorgung. Die Stadtwerke Groß-Umstadt haben mit ihren eigenen Wasserwerken eine effektive Infrastruktur, die im Landesvergleich günstige Wasserpreise ermöglicht und - ab 2021 allerdings nur durch eine neue Trinkwasseraufbereitungsanlage - ausreichend Qualität gewährleisten kann (s. A 4.2, steigende Nitratwerte).



ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Erfreulicherweise sind die Pro-Kopf-Werte beim Wasserverbrauch seit 1990/1991 mit noch 147 l pro Person deutlich gesunken und im Jahr 2013 bei einem Stand von 125 l angekommen. Die Grafik zeigt allerdings seit dem einen kontinuierlich ansteigenden Verbrauch, was möglicherweise dem Klimawandel und den Hitzesommern zuzuschreiben ist.

Weitere Sparanreize könnten die Ressourcen schonen (hauptsächlich Tiefbrunnen) und für die Bürgerinnen kurzfristig und subjektiv Kosteneinsparung für Wasser (und Kanal) bedeuten.

Allerdings werden die Kosten für die notwendige Infrastruktur auch auf geringere Fördermengen verteilt werden müssen und z. T. kann es passieren, dass insbesondere in regenarmen Zeiten zu wenig Schmutzwasser in die Kanäle fließt, die dann aufwändig gespült werden müssen. Dieser Konflikt ist sorgfältig zu beobachten und zu steuern.

KHP: „Minimierung der Rohrleitungsverluste“ - „Sparsamer Umgang mit Trink- und Brauchwasser“



Quelle: Stadtwerke Groß-Umstadt

Wasserverbrauch in Liter pro Einwohner und Jahr



Möglichst geringe Entnahme erneuerbarer Ressourcen

A 4.2 Trinkwasser NO₃- und Uranwerte

DEFINITION

Die Statistik zeigt die Nitrat- und Uranwerte im Trinkwasser auf. Nitrat ist eine Stickstoffverbindung und darf gemäß der Trinkwasserverordnung maximal in einer Menge von 50 mg pro Liter im Trinkwasser vorkommen.

„In Deutschland überwiegen konventionell wirtschaftende Betriebe ..., die hohe Erträge durch den Einsatz von Mineraldüngern und Pflanzenschutzmitteln erzielen. Dabei gelangen insbesondere aus mineralischen Phosphatdüngern auch unerwünschte Schwermetalle wie Uran und Cadmium in ... das Grundwasser. Das birgt mittel- bis langfristig die Gefahr einer Belastung auch des Trinkwassers mit diesen Spurenelementen (Smidt et al., 2011).“ (Umweltbundesamt)

ZIELSETZUNG

Durch Überdüngung oder Abschwemmungen in Landwirtschaft und Gärtnereien, bei Kleingärtnern und auch im Weinbau, wird ein Teil des nicht genutzten Stickstoffes in den Untergrund abgeleitet und gelangt in das Grundwasser. Anhand von Bodenuntersuchungen lässt sich der vorhandene Nitratgehalt im Erdreich feststellen. Das hilft dem Bodenbewirtschaftler durch gezielte Planung des Düngebedarfes und -zeitpunktes, Geld einzusparen und die Umwelt zu entlasten.

Die Stadt Groß-Umstadt unterstützt die Landwirtschaft mit einem Kooperationsvertrag (AGGL). Dieser beinhaltet unter anderem die freiwillige Beratung der Landwirte bei der Düngung und dem Anbau ihrer Produkte, sowie das Binden des Nitrates im Boden. Auch in den Gärten unserer Stadt sollte man auf eine ausgewogene Düngung achten und nicht mehr Stickstoff ausbringen als unbedingt nötig. Unseren nachfolgenden Generationen sollte die Möglichkeit gegeben werden, die natürliche Ressource Grundwasser ohne Aufbereitung zu nutzen.

Seit 2019 Mitarbeit im Projekt „Ökolandbau Modellregion Hessen Süd“.

KHP: „Verminderung des Eintrags von Nitrat ins Grund- und Quellwasser“ - „Verminderung von Schadstoffeintrag“ - „Verringerung der Abwasserbelastung (auch in Hinblick auf Klärschlamm)“.



ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Die hier abgebildeten Zahlen sind Durchschnittswerte der beiden Hochbehälter „Eselesberg“ und „Hainrich“. Lag die Nitratbelastung des gemischten und verkauften Wassers 2010 noch bei 38,7 mg/l so wurde 2016 ein Spitzenwert von 46,6 mg/l gemessen. Einzelne Brunnen sind bereits über den Grenzwert von 50 mg/Liter hinaus.

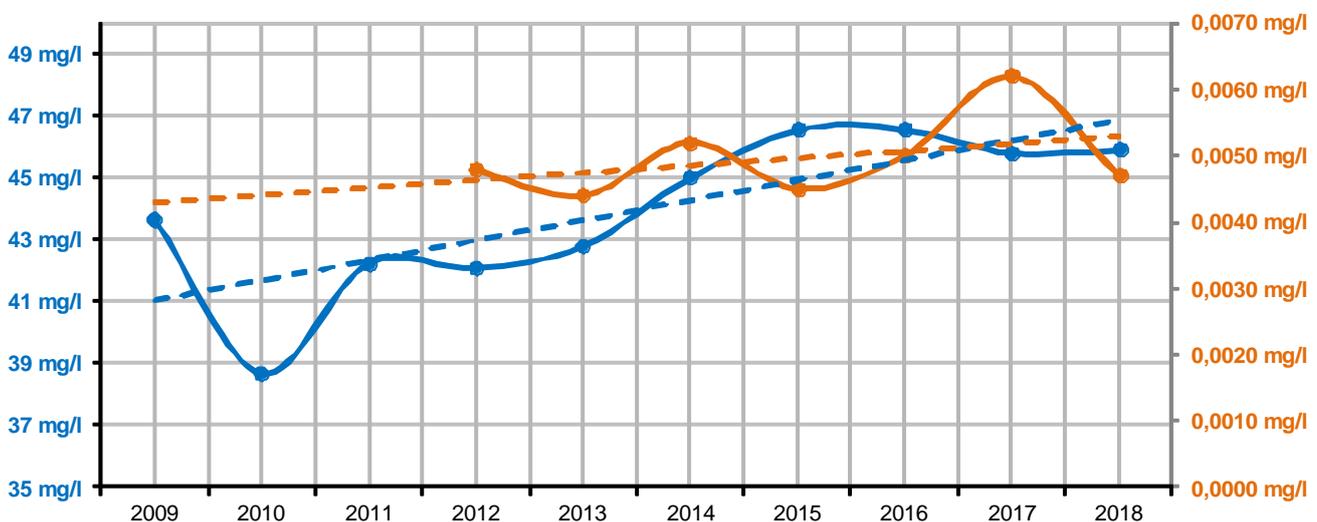
Konkrete Ursachen liegen wahrscheinlich im Düngeverhalten bei der Landbewirtschaftung, und trotz aller Bemühungen der AGGL sind Fortschritte kaum zu erkennen. Als kurzfristige/technische Lösung steht die im bau befindliche Umkehrosmoseanlage ab 2021 zur Verfügung.

Langfristig kann die Qualität des Rohwassers nur durch eine signifikante Absenkung der Einträge gelingen. Grundsätzlich wird die EU Wasserrahmenrichtlinie eine wesentliche Rolle bei der weiteren Absenkung der Nitratbelastung spielen.

Der Urangehalt liegt deutlich unter dem Grenzwert von 0,01 mg/l, steigt aber auch langsam an.

Quelle: Stadtwerke Groß-Umstadt

Trinkwasserqualität - Nitrat- und Uranwerte



Möglichst niedriger Energieeinsatz

A 5.1 Stromverbrauch der privaten Haushalte

DEFINITION

Erfasst wird hier der spezifische Stromverbrauch je Einwohner und Jahr und dessen Anteil an regenerativer Energie. In der Statistik enthalten ist der Verbrauch von Haushalten, Kleingewerbe und Dienstleistungsunternehmen incl. Heizstrom, nicht aber der Verbrauch öffentlicher Einrichtungen und von Industriebetrieben.

ZIELSETZUNG

Aktuell weist das Klimaschutzkonzept der Stadt attraktive Lösungswege auf, die - auch mit Blick auf die E-Mobilität - deutlich machen, dass „überirdische“ Energiequellen und Energieeinsparung die beste Strategie sind.

Gemäß „Energiebericht kommunale Gebäude 2014“ ist es Beschlusslage, dass „bei allen künftig durchzuführenden Sanierungen städtischer Gebäude die energetische Sanierung grundsätzlich mit dem Ziel erfolgt, die Gebäude CO₂-neutral zu bewirtschaften.“



ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Entgegen dem bundesweiten Trend eines steigenden Pro-Kopf-Verbrauchs durch immer mehr Strom- und Stand-by-Abnehmer, sinken die Verbrauchszahlen in den Groß-Umstädter Privathaushalten seit 10 Jahren deutlich. Die Marke für 2015 entspricht nahezu dem Bundesmittel.

Gegen den Trend entwickeln sich auch die Verbrauchswerte (minus 25%) und die CO₂-Emissionen (minus 30%) der städtischen Gebäude.

Fast 50% des verbrauchten Stroms kommt aus regenerativen Quellen.

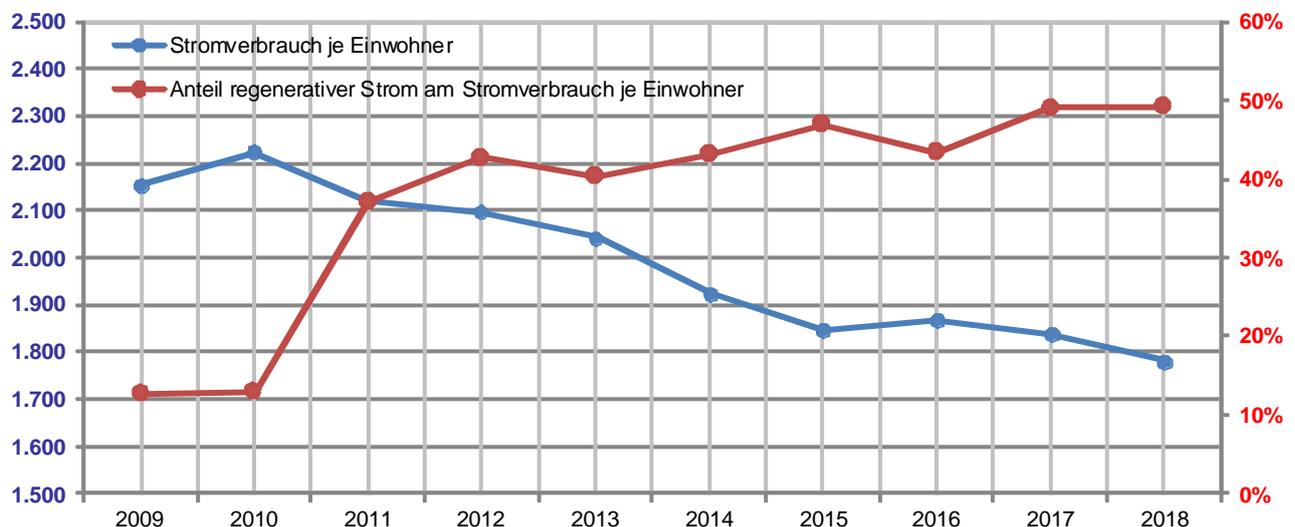
In Deutschland liegt der Pro-Kopf-Verbrauch bei **7.140 kWh** (2020). Privathaushalte tragen gut ein Viertel, also ca. 1.860 kWh zum Stromverbrauch in Deutschland bei (Quellen: <https://www.entega.de> bzw. Deutsche Energie Agentur).

KHP: „Bewusster, sparsamer und effektiver Umgang mit Energie; öffentliche Verwaltung und Einrichtungen übernehmen Vorbildfunktion.“ - „Kein Strom für Heizzwecke“ (Rückbau von Stromheizungen).

Quelle: Stadt Groß-Umstadt, ENTEGA AG



Stromverbrauch pro Ew. in kw/h und Anteil an regenerativer Energie in %



Möglichst niedriger Energieeinsatz

A 5.2

Produktion von Strom aus regenerativen Energieträgern

DEFINITION

Der Indikator drückt das Verhältnis der „nachhaltig“ erzeugten Strommenge zum Stromverbrauch insgesamt aus. Dabei sind die regenerativen Energiequellen, also von Sonne und Wind betriebenen Anlagen und Kraftwerke zu berücksichtigen.

ZIELSETZUNG

Der Anteil regenerativ erzeugten Stroms sollte weiter ausgebaut werden. Dies wird unterstützt durch bundesweite Förderprogramme, bzw. die Einspeisevergütung, die die Netzbetreiber für Strom aus erneuerbaren Energiequellen zahlen müssen.

Das kommunale Klimaschutzkonzept bietet erhebliche Potenziale für eine verstärkte Abkehr von unterirdischen Ressourcen (Uran, Kohle, Öl, Gas) und eine Steigerung regional erzeugter Energie.

Als Ziel wurde dort formuliert: „... unter Mitwirkung aller Akteure bis zum Jahr 2030 25 % des gesamten Energiebedarfs für Strom- und Wärmeanwendungen einzusparen.“ Und: „... die Stadt Groß-Umstadt wird den Ausbau EE im Stadtgebiet grundsätzlich unterstützen und eine nachhaltige Nutzung der Potenziale anstreben.“



ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Die in Groß-Umstadt erzeugte regenerative Strommenge im Verhältnis zum Stromverbrauch hat sich in den vergangenen 10 Jahren versiebenfacht. In Groß-Umstadt geht der größte Teil des regenerativ erzeugten Stroms auf das Konto der vier Windkraftanlagen auf dem Binselberg. Der zweitgrößte Anteil wird durch die Photovoltaikanlagen (PV) erzeugt, das sind immerhin rund 30 % der EE-Stromerzeugung in Groß-Umstadt.

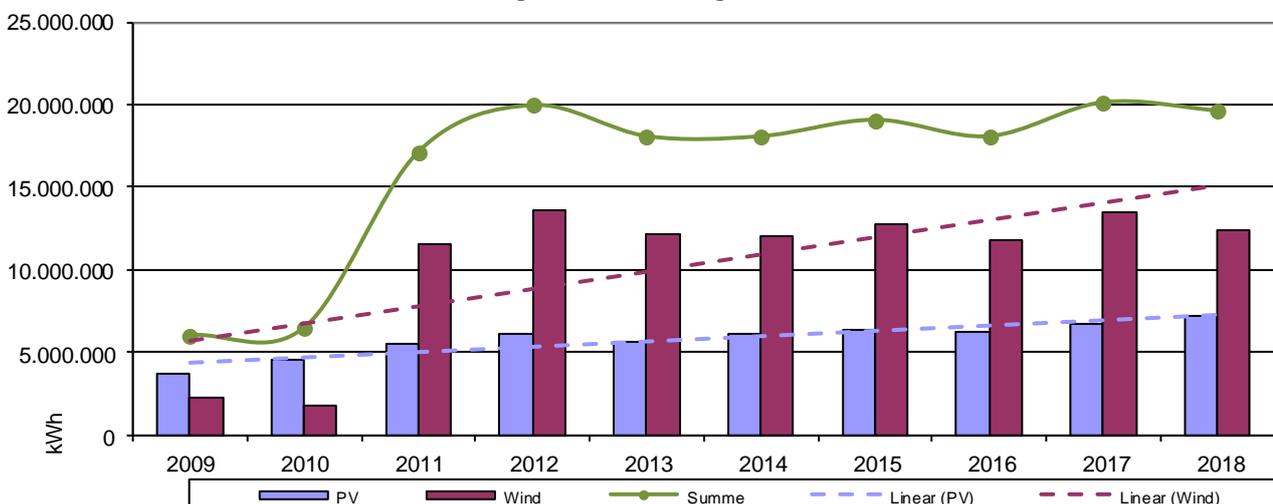
Das Klimaschutzkonzept weist eindeutig einen erheblichen Strommehrverbrauch in den letzten 10 Jahren aus, der nur durch erhebliche Einsparungen und Nutzung von EE reduziert werden kann. Die Einsparungen dürfen aber nicht durch Mehrnutzung aufgezehrt werden ...

KHP: „Stadtplanung mit Energiekonzeption (z. B. Kraft-Wärme-Kopplung), Ausbau von Solarthermie und Photovoltaik, Rückbau von Stromheizungen.“

Quelle: Stadt Groß-Umstadt, ENTEGA AG



Regenerativ erzeugter Strom



Umwelt- und sozial verträgliche Mobilität

A 6.1 Anzahl der PKW

DEFINITION

Erfasst wird der Bestand der PKW, wobei nicht zwischen angemeldeten und vorübergehend stillgelegten Fahrzeugen unterschieden wird. Mopeds und Krafträder bleiben unberücksichtigt.

ZIELSETZUNG

Die Entwicklung im motorisierten Individualverkehr der letzten Jahrzehnte kann nicht als nachhaltig bezeichnet werden. Es gibt kein anderes Techniksystem, das in so vielen Bereichen Schäden anrichtet wie der motorisierte Straßenverkehr. Ziele müssen regional und lokal angepasst formuliert werden, da sich geografische Gegebenheiten, die örtliche Infrastruktur und die Siedlungsdichte erheblich unterscheiden. Generell kann jedoch eine Zielhierarchie formuliert werden: Überflüssige Fahrten sollten weitestgehend vermieden werden. Die restlichen Verkehrsleistungen sollten so weit es geht auf den Öffentlichen Personennahverkehr, auf Fahrräder und die eigenen Füße verlagert werden. Der dann noch notwendige motorisierte Individualverkehr sollte verlangsamt und technisch optimiert werden.

KHP: „Zur Gewährleistung ausreichender Mobilität bei gleichzeitiger Erhaltung einer lebenswerten Umwelt ... sind erforderlich:

- ein verbessertes Angebot an attraktiven öffentlichen Verkehrsmitteln bzw. umweltfreundlichen Individualverkehrsmitteln
- bewussterer und kritischerer Umgang mit den motorisierten Verkehrsmitteln
- Verkehrsvermeidung auf Grund langfristiger, vorausschauender Stadtplanung im Bereich Wohnen, Arbeiten, Einkaufen, Schule, Freizeit
- Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse von Kindern, Behinderten und alten Menschen.“

Quelle: Stadt Groß-Umstadt

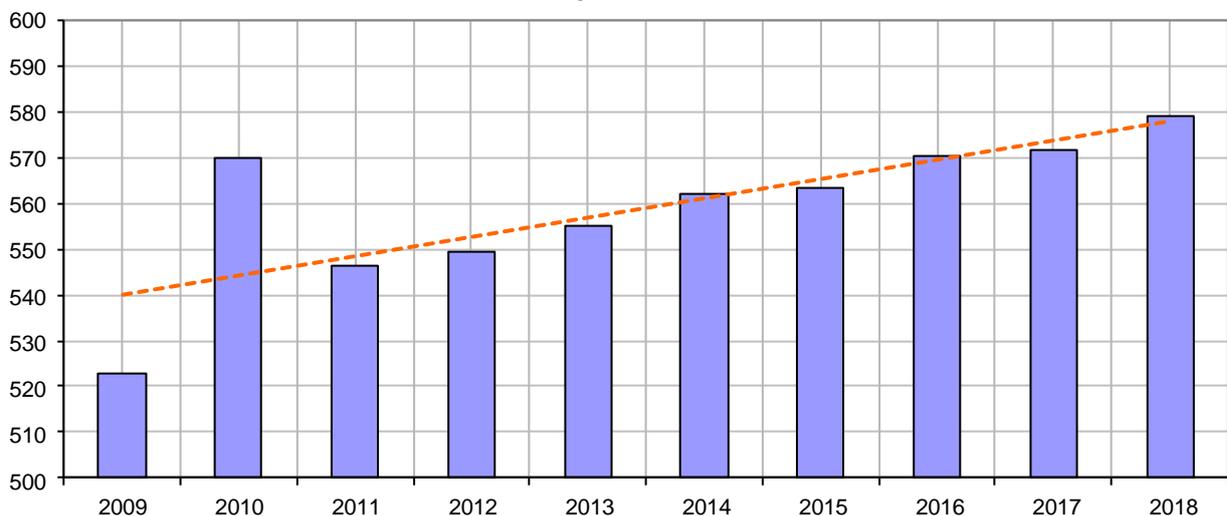


ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

In Deutschland war zwischen 1994 und 2002 ein Anstieg von 488 auf 540 PKW pro 1.000 Einwohner zu verzeichnen. Hessen lag mit 580 PKW pro 1.000 Einwohner im Jahr 2003 deutlich darüber, Groß-Umstadt hatte im gleichen Jahr 538 PKW. Die Anzahl der PKW ist in Groß-Umstadt seit 2000 kontinuierlich gestiegen. Sie entwickelte sich von 11.174 privat genutzter PKW auf 12.988 im Jahr 2018. Das sind in 18 Jahren 1814 PKW mehr. Insgesamt sind knapp 0,58 Autos pro Einwohner (aller Ew.).

Für Groß-Umstadt ergibt sich daraus Handlungsbedarf, vor allem was den Ausbau und die Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs (Linien- und Schienenverkehr, P & R-Parkplätze) und das Radwegenetz (Fahrradparkplätze) betrifft. Nicht minder effektiv: Initiativen für den Schulweg zu Fuß bzw. per Rad.

Anzahl KFZ pro 1000 Einwohner



Die Indikatoren

ÖKONOMIE

B 1 Gleichmäßige Verteilung von Arbeit

B 1.1 Arbeitslosenzahl

B 2 Möglichst hoher regionaler Selbstversorgungsgrad

B 2.1 Anteil der landwirtschaftlichen Betriebe mit Direktvermarktung

B 2.2 Landwirtschaftlich genutzte Fläche (incl. Weinbau) für konventionellen und biologischen Anbau

B 3 Ausgeglichene Wirtschaftsstruktur

B 3.1 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort

B 3.2 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort

B 3.3 Geringfügig Beschäftigte

B 4 Hohe Preisniveaustabilität

B 4.1 Preisindex der Mieten für Häuser und Wohnungen

B 4.2 Bodenrichtwerte der Baugrundstücke

B 5 Gesunde Struktur der öffentlichen Haushalte

B 5.1 Kommunale Schulden (incl. Stadtwerke)

B 5.2 Kommunale Zinslast

B 6 Weinbau

B 6.1 Rebfläche und Hektarertragsmenge

Gleichmäßige Verteilung von Arbeit

B 1.1 Arbeitslosenzahl

DEFINITION

Mit der Arbeitslosenquote wird der Anteil der bei der Agentur für Arbeit registrierten Arbeitslosen an den abhängigen zivilen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose) gemessen, ausgedrückt in Prozent.

Allerdings wurde seit 2004 - wegen „ungenauer Berechnungsgrundlage“ - keine Quote mehr errechnet und ausgewiesen. Erst ab Juni 2006 liegen wieder Zahlen vor. Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte umfassen alle Arbeitnehmerinnen, die krankenversicherungs-, rentenversicherungs oder beitragspflichtig nach dem SGB II und III sind oder für die Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind. Um die geschlechtsspezifischen Unterschiede herauszuarbeiten, haben wir die Jahreswerte nach Frauen und Männer unterschieden und in absoluten Zahlen dargestellt.

ZIELSETZUNG

Eine hohe Arbeitslosigkeit verändert die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse einer Region entscheidend: Armut und Obdachlosigkeit nehmen zu und es sind mit der Arbeitslosigkeit oft auch psychosoziale Probleme verbunden. Während von Mitte der 1950 bis Ende der 1960 Jahre die Arbeitslosenquote bundesweit deutlich unter zwei Prozent lag, hat sie sich seit Mitte der 1970er Jahre kontinuierlich nach oben entwickelt. In den 1990er Jahren ist sie in Hessen zwischenzeitlich sogar auf über 10 Prozent gestiegen.

In einer nachhaltigen Gesellschaft sollte jeder Erwerbswillige Zugang zu einem seiner Qualifikation entsprechenden Arbeitsplatz haben, auch sollten Frauen und Männer von Arbeitslosigkeit nicht in unterschiedlicher Weise belastet werden.



ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Die Ansiedlung von neuen Betrieben in Groß-Umstadt hat seit Anfang der 90er Jahre zumindest den Verlust von Arbeitsplätzen wettgemacht, der durch Aufgabe ganzer Geschäftszweige (Brauereien, PALWA, etc.) entstanden war. Dennoch ist die Zahl der Arbeitslosen bei stets steigenden Einwohnerzahlen zu hoch und sollte möglichst vor Ort gesenkt werden. Seitens der Stadt/Politik gibt es folgende Einflussmöglichkeiten:

- a) weiteres arbeitsplatzintensives (produzierendes) Gewerbe ansiedeln
- b) Aufträge möglichst in der Stadt lassen
- c) weiterhin an der Schaffung von Ausbildungsplätzen mitwirken.

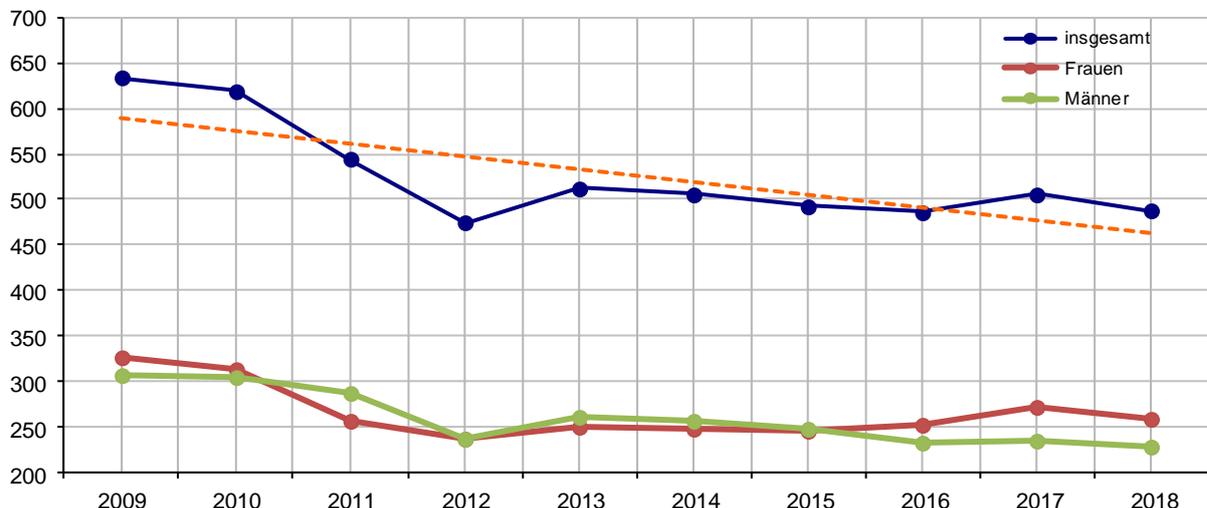
Seit 2006 ist eine fallenden Tendenz und das krisenbedingte „Zwischenhoch“ erkennbar. In absoluten Zahlen ausgedrückt: Von 2006 bis 2008 ist die Gesamtzahl von 953 Arbeitslosen auf 576 gesunken, 2009 wieder auf 634 angestiegen und seit 2011 sind es einigermaßen unverändert rund 500 Personen.

KHP: „Sicherung des Wirtschaftsstandortes Groß-Umstadt durch intensive Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Kommunalpolitik, z. B. Eindämmung der Abwanderung von Unternehmen. Sicherung von Arbeitsplätzen.“

Quelle: Statistik.Arbeitsagentur



Arbeitslose in absoluten Zahlen



Möglichst hoher regionaler Selbstversorgungsgrad

B 2.1

Anteil der landwirtschaftlichen Betriebe mit Direktvermarktung

DEFINITION

Die Zuordnung erfolgt nach dem Kriterium, ob der überwiegende Anteil der Produkte eines Anbieters auf dem Wochenmarkt - also über 50 Prozent - in der Region erzeugt wurde. Aus Gründen der praktikablen Erhebung der Daten ist eine Beschränkung auf das Produktangebot erforderlich, da Umsatz- und Mengenanteile der regionalen Produkte nur sehr schwer zu ermitteln sind. Erfasst werden sollten alle landwirtschaftlichen Betriebe, die ihre Nahrungsmittel (etwa Getreide, Gemüse und Fleisch und Wein) direkt an den Verbraucher weiterverkaufen.

ZIELSETZUNG

Regionale Vermarktung und ökologisch orientierte Produktionsweisen sind die wichtigsten Merkmale einer nachhaltigen Landwirtschaft. Die Notwendigkeit veränderter Produktionsformen, die Verkürzung von Transportwegen und die Wiedergewinnung des Vertrauens der Konsumenten sprechen für einen hohen Anteil regionaler Produkte.

Der regionale Absatzmarkt ist hingegen auf eine möglichst breite Angebotspalette angewiesen. Dies erfordert eine kleinräumigere und arbeitsintensivere Produktionsweise und begünstigt damit auch den ökologischen Landbau. Die Zahl der Anbieter regionaler und umweltgerecht erzeugter Produkte sollte somit der Gesamtzahl der Anbieter entsprechen, sofern die regionalen Gegebenheiten ein umfassendes Angebot ermöglichen. Eine Sonderrolle nehmen hier naturgemäß spezialisierte Anbieter - etwa von Südfrüchten - ein, wobei hier das Kriterium „fair gehandelte Produkte“ einbezogen werden sollte, zumal Groß-Umstadt den Titel „Fairtrade-Stadt“ trägt.



ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Die beiden vorliegenden Zahlen für landwirtschaftliche Direktvermarkter betreffen grundsätzlich alle Betriebe, die produzieren und direkt vermarkten. Nicht dazu zählen reine Händler. Unterschieden werden noch jene Produzenten, die z. B. gelegentlich etwa beim Bauernmarkt Waren anbieten und jene, die nebenher aber dauerhaft Produkte ab Hof bzw. im Marktstand Produkte anbieten.

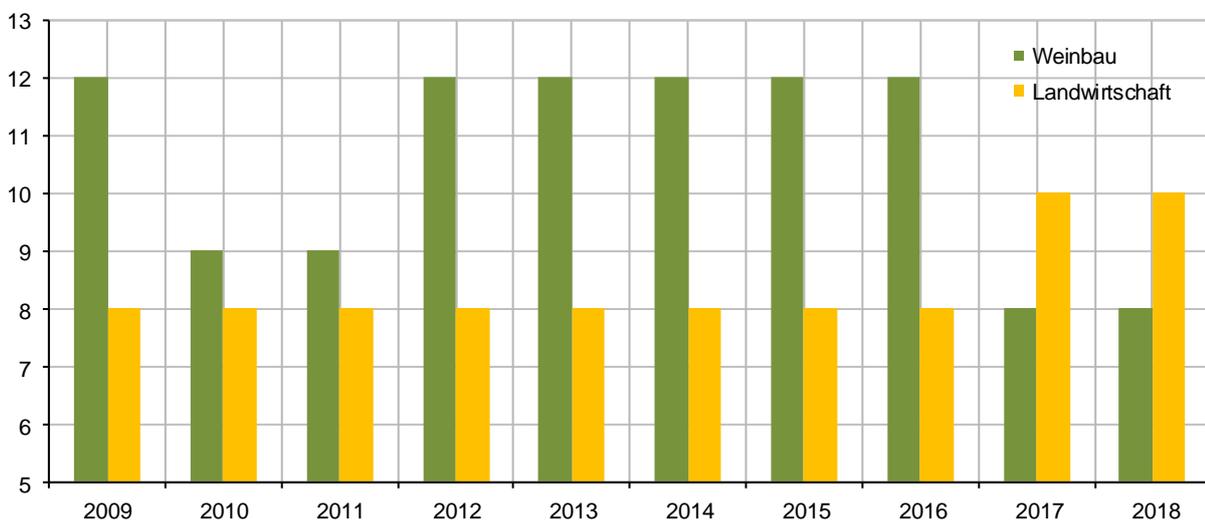
Ergänzend ausgewiesen sind unsere Weinbaubetriebe, die auch Direktvermarkter sind. Dabei nimmt „vinum autmundis“ als Genossenschaft mit ihren vielen Mitgliedern und einer zentralen Produktions- und Verkaufsstelle eine Sonderstellung ein. Weitere Zahlen dazu im Indikator B 6.1.

KHP: „Die Produkte aus Landwirtschaft, Wein- und Gartenbau sollen in geschlossenen Kreisläufen erzeugt werden, unbelastet (von Schadstoffen) sein und in der Region vermarktet werden.“

Quelle: Kreisausschuss des Landkreises Darmstadt-Dieburg - Ländlicher Raum



Direktvermarktende landwirtschaftliche Betriebe



Möglichst hoher regionaler Selbstversorgungsgrad

B 2.2

Landwirtschaftlich genutzte Fläche für konventionellen und biologischen Anbau

DEFINITION

Nachhaltige Landwirtschaft ist ökologisch tragfähig, ökonomisch existenzfähig und sozial verantwortlich.

Landwirtschaftliche Betriebe verfolgen unter dieser Prämisse viele Ziele. Dazu zählen zum Beispiel: Einkommen erwirtschaften, hochwertige Rohstoffe für die Lebensmittel- und Energieproduktion herstellen, natürliche Ressourcen schützen, Arbeitsplätze bereitstellen und Rechtskonformität sicherstellen. Um diese Ziele zu erreichen, braucht der Betriebsleiter im Rahmen des Nachhaltigkeitsmanagements geeignete Instrumente für die Betriebsführung.

ZIELSETZUNG

Nachhaltige Landwirtschaft verfolgt ein Bündel von Zielen aus den Bereichen Ökologie, Ökonomie und Soziales:

Bodenschutz, Aus- und Fortbildung von Betriebsleitern und Angestellten, Wirtschaftlichkeit der Produktion und andere.

Der Nachhaltigkeitsstandard greift die Prinzipien nachhaltiger Landwirtschaft auf: Lebensmittelhygiene und -sicherheit, Schutz von Boden und Wasser, effizienter Ressourceneinsatz, Klimawirkungen landwirtschaftlicher Produktion, Biodiversität, Pflanzenschutz, Arbeitssicherheit, Fortbildung von Betriebsleitung und Angestellten.



ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Die Grafik zeigt, in welchem zaghaftem Anfangszustand sich die biologische Landwirtschaft in Groß-Umstadt befindet.

Wir zeigen hier der Einfachheit halber das Flächenverhältnis von eindeutig abgrenzbaren Produktionsweisen auf: konventionell vs. biologisch. Selbstverständlich werden auf den konventionell bewirtschafteten Flächen auch Teile des beschriebenen Nachhaltigkeitsanspruchs erfüllt. Die fließenden Übergänge lassen sich aber nicht abgrenzen, so dass wir uns auf diesen recht einfachen Vergleich beschränken.

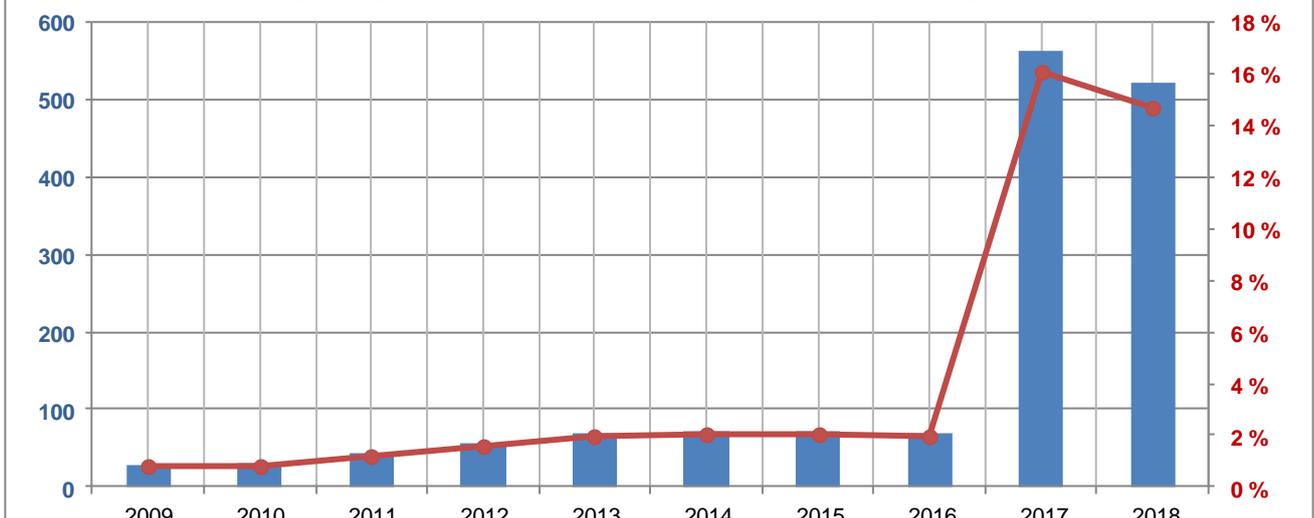
Seit 2017 sind bei 3.501 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche in Groß-Umstadt über 500 ha (16 %) dem biologischen Anbau vorbehalten, was sowohl den Umstellern beim Weinbau als auch einigen Landwirten zu verdanken ist, die auch im Projekt „Ökolandbau Modellregion Süd“ aktiv mitarbeiten.

KHP: „Die Produkte aus Landwirtschaft, Wein- und Gartenbau sollen in geschlossenen Kreisläufen erzeugt werden, unbelastet (von Schadstoffen) sein und in der Region vermarktet werden.“

Quelle: Kreisausschuss des Landkreises Darmstadt-Dieburg - Landschaftspflege



Biologisch genutzte Fläche in ha und % zur konventionell genutzten



Ausgeglichene Wirtschaftsstruktur

B 3.1

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort

DEFINITION

Der Arbeitsort des Beschäftigten wird über die Betriebsnummer festgestellt. Insbesondere bei Arbeitgebern mit mehreren Betrieben in verschiedenen Gemeinden führte die Nichtverwendung zugeteilter Betriebsnummern zu regionalen Falschzuordnungen (Klumpungen), wenn z. B. die Beschäftigten alle Niederlassungen unter der Betriebsnummer der Hauptniederlassung gemeldet werden. Bei allen Beschäftigten, die nicht am Ort der Hauptniederlassung tätig sind, kommt es somit zu gewissen Unschärfen.

Addiert man die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die an ihrem Wohnort arbeiten und die Einpendler, dann erhält man die Beschäftigten nach dem Arbeitsortprinzip.

ZIELSETZUNG

Das Hessische Statistische Landesamt unterscheidet drei Wirtschaftsbereiche:

1. Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei (primärer Wirtschaftsbereich)
2. produzierendes Gewerbe und Baugewerbe (sekundärer Wirtschaftsbereich)
3. Handel, Gastgewerbe und Verkehr, Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen sowie öffentliche und private Dienstleistungen (tertiärer Wirtschaftsbereich).

Eine auf nachhaltige Wirtschaftsstruktur ausgerichtete Gesellschaft zielt darauf ab, den tertiären Sektor nicht einseitig unter Vernachlässigung des primären und sekundären Sektors zu stärken. Vielmehr ist eine harmonische Entwicklung der drei Sektoren anzustreben, die die wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit der Region ermöglicht.



ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

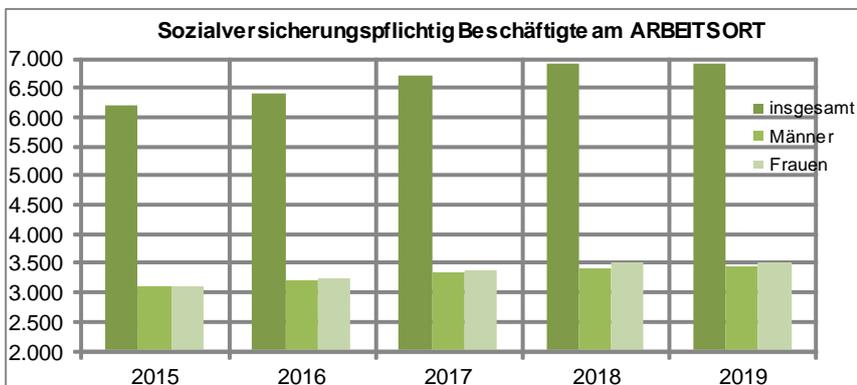
In Groß-Umstadt verläuft die Entwicklung in den drei großen Beschäftigungsfeldern annähernd "hessentypisch". Mit gerade noch 0,57 % ist auch hier die Land- und Forstwirtschaft vertreten.

Das produzierende Gewerbe ist nach deutlichen Einbußen ab 2005 auch seit 2013/2014 weiter am Abnehmen.

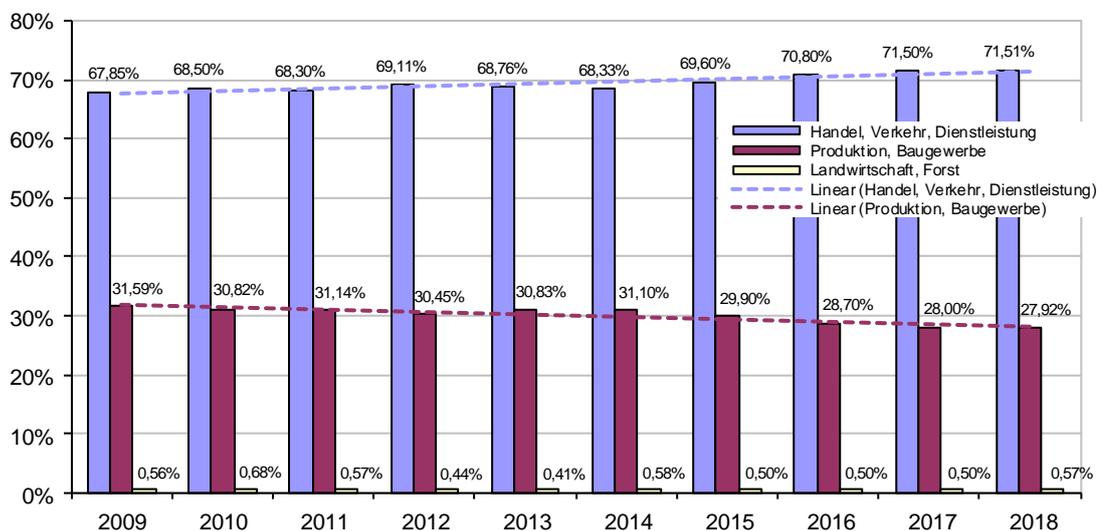
In der Summe der Dienstleistungsbranchen, so zeigt die Grafik eindeutig, ist eine kontinuierlich ansteigende Entwicklung erkennbar, die sich der "Sättigung" bzw. der Stabilisierung auf erreichtem Niveau nahe nähert.

Erfreulich in der Gesamtbetrachtung ist die Entwicklung von 5.144 Beschäftigten im Jahr 2009 auf 6.891 in 2018 bei ausgewogenen - ja fast identischen Zahlen - von berufstätigen Frauen und Männern.

Quelle: Hessen.Statistik



Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am ARBEITSORT nach Wirtschaftszweigen



Ausgeglichene Wirtschaftsstruktur

B 3.2

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort

DEFINITION

Der Wohnort des Beschäftigten wird dem vom Arbeitgeber zu erstattenden Meldungen zur Sozialversicherung entnommen, wobei aus Postleitzahl und verbaler Ortsbezeichnung der amtliche Gemeindegemeinschafts- und die Dienststellennummer der BA ermittelt und zur Versicherungsnummer abgespeichert werden.

Die Meldevorschriften (§ 28 a-c SGB IV, DEÜV) stellen nicht klar, welcher Wohnsitz vom Arbeitgeber zu melden ist (Erstwohnsitz oder Wohnsitz mit überwiegender Aufenthalt). Dies kann in der Beschäftigungsstatistik zum Nachweis von „Fernpendlern“ zwischen gemeldeten Erstwohnsitz und Arbeitsort führen, obwohl der Beschäftigte am Zweitwohnsitz (evtl. in einem Heim, in einer Pension oder Firmenunterkunft untergebracht) seiner Beschäftigung nachgeht, also faktisch nicht pendelt. Solche „Erfassungsschwächen“ hinsichtlich des Wohnorts betreffen jedoch immer nur einzelne Beschäftigte.

Das Wohnortprinzip

Addiert man die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die an ihrem Wohnort arbeiten und die Auspendler, dann erhält man die Beschäftigten nach dem Wohnortprinzip.

ZIELSETZUNG

Das Hessische Statistische Landesamt unterscheidet drei Wirtschaftsbereiche:

1. Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei (primärer Wirtschaftsbereich)
2. produzierendes Gewerbe und Baugewerbe (sekundärer Wirtschaftsbereich)
3. Handel, Gastgewerbe und Verkehr, Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen sowie öffentliche und private Dienstleistungen (tertiärer Wirtschaftsbereich).

Eine auf nachhaltige Wirtschaftsstruktur ausgerichtete Gesellschaft zielt darauf ab, den tertiären Sektor nicht einseitig unter Vernachlässigung des primären und sekundären Sektors zu stärken. Vielmehr ist eine harmonische Entwicklung der drei Sektoren anzustreben, die die wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit der Region und eine breite Nutzung der vorhandenen bzw. sich entwickelnden Potentiale ermöglicht.



ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

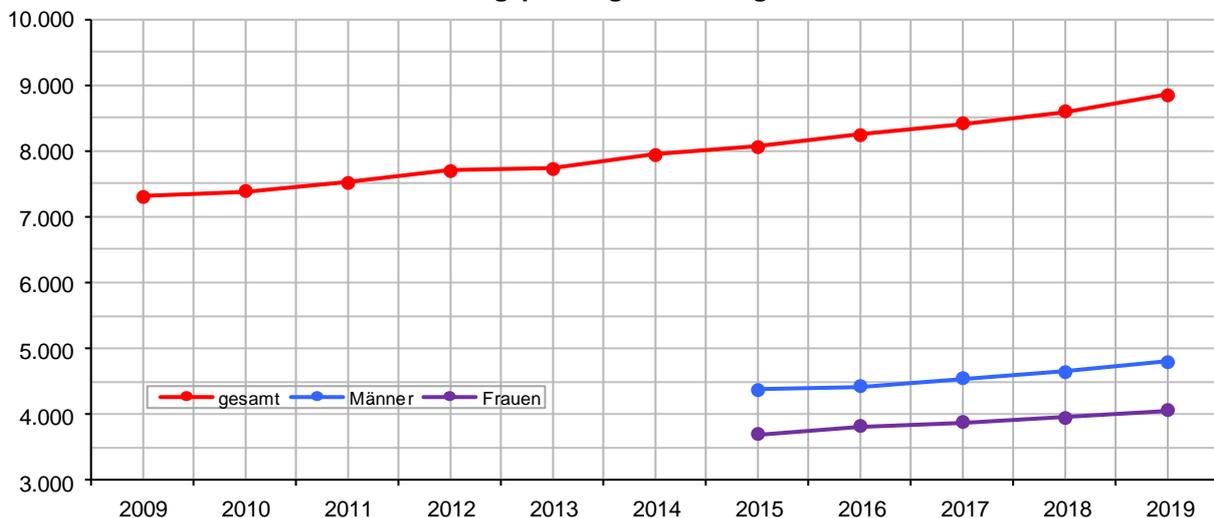
Im Vergleich zum vorigen Indikator, der sich auf die Beschäftigten am Arbeitsort bezieht, sind nach dem Wohnortprinzip 2.000 mehr Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Die Pendlerbilanz (C 3.6) zeigt diese Differenz auf, es pendeln also sehr viel mehr Menschen zur Arbeit aus als ein.

Aufschluss gibt diese Grafik auch über das Ungleichgewicht zwischen Männern und Frauen. Eine Umstellung der Datendarstellung seitens Hessen.Statistik macht diese Auskunft erst ab dem Jahr 2015 sichtbar.

Quelle: Hessen.Statistik



Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am WOHNORT



Ausgeglichene Wirtschaftsstruktur

B 3.3 Geringfügig Beschäftigte

DEFINITION

Eine geringfügig entlohnte Beschäftigung liegt nach § 8 Abs. 1 Nr. 1 SGB IV vor, wenn das Arbeitsentgelt aus dieser Beschäftigung regelmäßig im Monat eine Entgeltgrenze von 450 € (bis 2012: 400 €) nicht überschreitet. Die wöchentliche Arbeitszeit und die Anzahl der monatlichen Arbeitseinsätze sind dabei unerheblich. Hat eine Person zwei oder mehrere geringfügig entlohnte Beschäftigungsverhältnisse und beträgt das Entgelt hieraus insgesamt mehr als die Entgeltgrenze, so ist keine dieser Beschäftigungen geringfügig. Übt sie neben einer versicherungspflichtigen Beschäftigung eine geringfügige Beschäftigung aus, so werden diese nicht zusammengerechnet mit der Folge, dass diese Zweitbeschäftigung lediglich den pauschalen Abgaben unterliegt. Jede weitere geringfügige Beschäftigung führt jedoch zur Versicherungspflicht.

ZIELSETZUNG

Hier ist eine kommunale Zielsetzung schwierig. Wünschenswert wäre, dass jeder Berufstätige sozialversichert ist und von seinem Einkommen leben kann.



ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

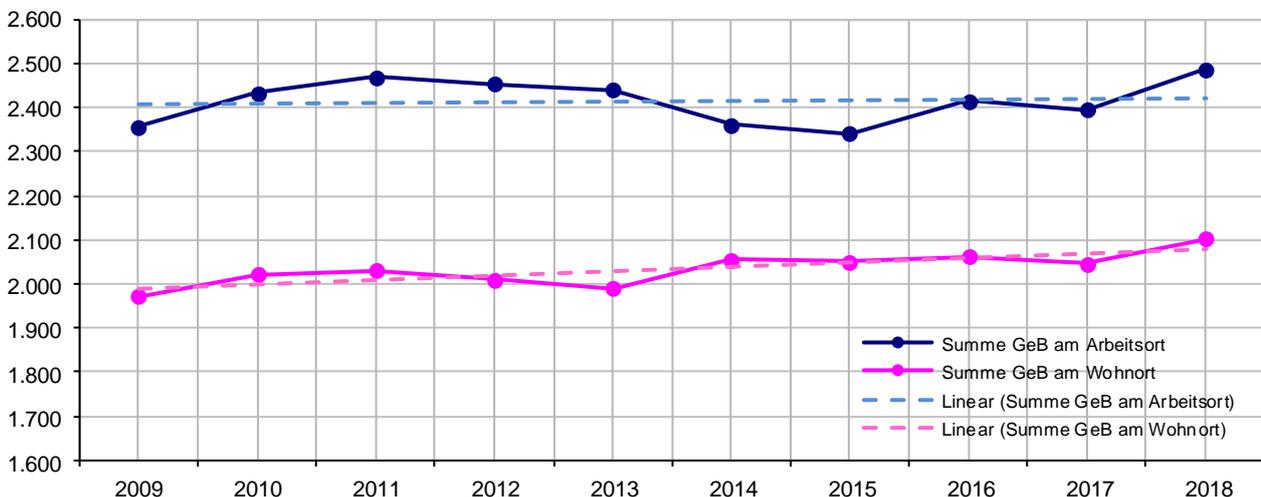
Der Trend zeigt eindeutig einen leichten Anstieg von geringfügig Beschäftigten in Groß-Umstadt.

Eine Bewertung, ob das „prekäre“ oder freiwillige TZ-Beschäftigungsverhältnisse sind (Hinzuverdienst von Rentnern, Jugendlichen, etc.) ist nicht möglich.

Quelle: Hessen.Statistik



Geringfügig Beschäftigte am Arbeitsort / am Wohnort



Hohe Preisniveaustabilität

B 4.1

Preisindex der Mieten für Häuser und Wohnungen

DEFINITION

Mietspiegel werden in der Bundesrepublik bislang nur in wenigen Gemeinden erstellt. Darüber hinaus weicht die Methode, mit der Informationen über die Entwicklung von Mieten erarbeitet werden, von Kommune zu Kommune zum Teil sehr stark voneinander ab. Im LK Da-Di gibt es seit 2005 eine Mietwertübersicht des Gutachterausschusses. Die orientiert sich an der „Wohnwertigkeit“ einer Region, die wiederum am Grundstückspreis erkennbar ist.

So stehen Baugrundpreis und Wohnpreis z.B. in Groß-Umstadt/Frau Nauses in der günstigsten Preiskategorie (bis 99,- €/qm Bodenrichtwert), die anderen Stadtteile liegen in der zweiten und dritten Kategorie, die angelehnt sind an die Bodenrichtwerte (BRW) 100,- bis 199,- €/qm bzw. 200,- bis 299,- €/qm. Damit sind die meisten Wohnlagen von Groß-Umstadt etwas teurer als der sonstige ehemalige Ostkreis und die Odenwald-Kommunen. Ausgewiesen sind Ein- und Zweifamilienhäuser mit durchschnittlich 150 m² Wohnfläche. Für Wohnungen und Häuser mit mehr oder weniger Wohnfläche gibt es Umrechnungstabellen. Die Grenzen liegen bei Faktor 1,06 für kleine Einheiten (90 qm) und Faktor 0,94 für große Einheiten (bis 210 qm). Der Bodenrichtwert (s. Indikator B 4.2) ist der vom Gutachterausschuss festgestellte durchschnittliche Verkaufspreis von Baugrund/qm.

ZIELSETZUNG

Die Nutzung einer Wohnung zu einem angemessenen Preis ist ein wichtiges Menschenrecht. Sie ist nicht nur materielle Basis für Wärme, Schutz und Geborgenheit, sondern unabdingbare Voraussetzung für Arbeit, Privatleben, Hygiene, für bestimmte Formen der Kommunikation und für soziale Anerkennung.

Größe und Belegungsdichte, Qualität, Umfeld und Erschwinglichkeit der Wohnung beeinflussen Lebensstandard und Lebensqualität in erheblichem Maße. Noch immer zeigen sich bei den Wohnungsmieten oftmals hohe Teuerungsraten. Es wäre zunächst anzustreben, dass diese Teuerungsrate nicht über dem Schnitt der allgemeinen Teuerungsrate liegt. Ein generelles Ziel für eine zukunftsfähige Entwicklung ist eine verlässliche langfristige Kalkulationsmöglichkeit und damit insgesamt möglichst niedrige Teuerungsraten.

Quelle: Immobilienmarktbericht - Amt für Bodenmanagement Heppenheim

Anmerkung: Neuere Zahlen als 2010 sind aus gleicher Quelle nicht ausgewiesen.



ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

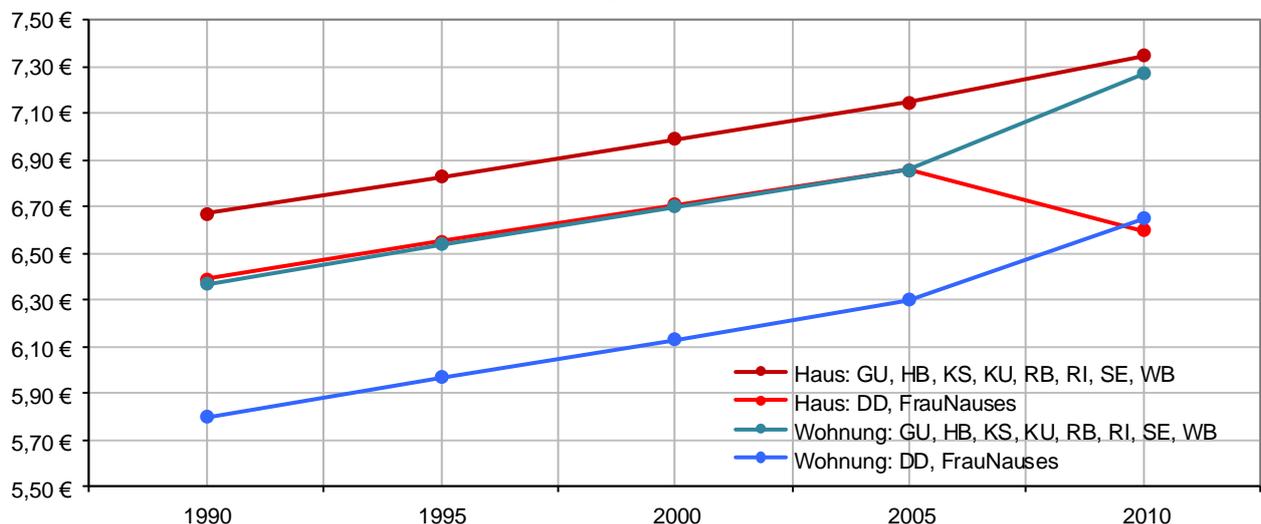
Erschwingliche Wohnungen soll es in Groß-Umstadt auch in Zukunft geben. Maßvolle Entwicklung von Neubauflächen erscheint im Zuge der Bevölkerungsentwicklung und besonders der Lebensgewohnheiten sinnvoll. Immer mehr kleine bzw. Einpersonenhaushalte mit steigendem Platzbedarf pro Person machen diesen Zuwachs nötig, zumal Groß-Umstadt seit Jahren eine „wachsende“ Stadt ist.

Selbst die sinkenden Geburtenraten bremsen diese Entwicklung nicht. Im Groß-Umstädter Handlungsprogramm der LA 21 sowie bei der Bauleitplanung, Dorfkernentwicklung, Dorferneuerung und Stadtsanierung steht die Nutzung von leerstehenden Gebäuden und die Schließung von Baulücken im Vordergrund.

Neu belebt ist die Diskussion um geförderten Sozialwohnungsbau für Familien mit geringen Einkommen, wozu auch die zahlreichen anerkannten Geflüchteten gehören.



Mieten Wohnungen und Häuser - Preis/qm



Hohe Preisniveaustabilität

B 4.2 Bodenrichtwerte der Baugrundstücke

DEFINITION

Die Preise für Baugrundstücke orientieren sich an den sog. Bodenrichtwerten. Das sind durchschnittliche Lagewerte pro qm Grundstücksfläche. Sie gelten für eine Mehrzahl von Grundstücken innerhalb eines abgegrenzten Gebietes, für das im Wesentlichen gleiche Nutzungs- und Wertverhältnisse vorliegen. Die Bodenrichtwerte werden mind. alle 2 Jahre flächendeckend auf der Basis der Kaufpreissammlung von den Gutachterausschüssen festgelegt.

ZIELSETZUNG

Die Stadt Groß-Umstadt veröffentlicht die jeweils aktuellen Bodenrichtwerte auf der Homepage. Das dient der Orientierung von Kaufinteressenten und erleichtert die Entscheidung, in welchen Stadtteil bzw. in welcher Lage das richtige Grundstück zum passenden Preis zu bekommen ist.

Die Stadt Groß-Umstadt fördert die Ansiedlung von Familien. Näheres regelt eine neue Richtlinie, die auf www.gross-umstadt.de einzusehen ist.



ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

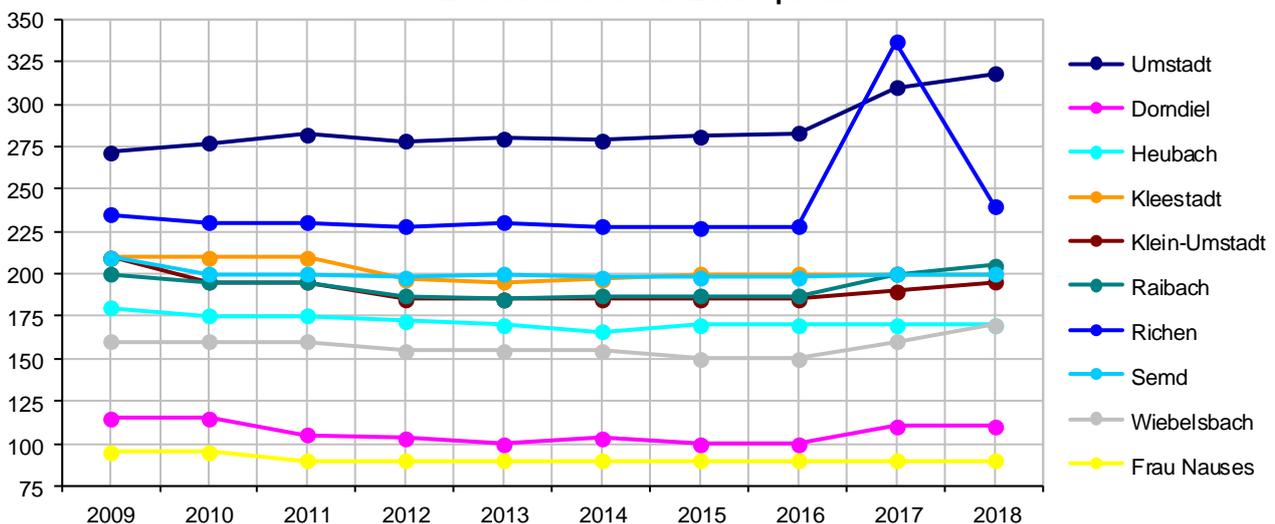
Die Grafik zeigt Durchschnittswerte der Richtwerte pro Stadtteil. In der Kernstadt 'Umstadt' liegen die 12 Zonen-Werte zwischen 250 und 320 €.

In den Jahren 2011 bis 2016 war eine Beruhigung bzw. sogar eine leicht sinkende Tendenz zu erkennen, seitdem sind fast alle Stadtteile wieder auf altem Niveau oder drüber hinaus. In Umstadt sind die Preise binnen 5 Jahren um 50 € gestiegen.

Quelle: BORIS - Hessisches Landesamt für Bodenmanagement und Geoinformation



Bodenrichtwerte in EURO pro m²



Gesunde Struktur der öffentlichen Haushalte

B 5.1 Kommunale Schulden

DEFINITION

In der Statistik über „Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände“ werden laut HSL (HEPAS-Fachdatei) als Schulden alle Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen bezeichnet, soweit sie durch Übernahme einer besonderen Schuldverpflichtung oder durch Schuldurkunde fundiert und haushaltsmäßig vereinnahmt sind. Die Daten der amtlichen Statistik in der Datenbank beziehen sich auf den kommunalen Kernhaushalt.

Bis 2012 wurden die Beträge der Verwaltung und der Stadtwerke getrennt ausgewiesen und für die Darstellung addiert. 2013 wurde der Eigenbetrieb Stadtwerke in die Stadt überführt.

ZIELSETZUNG

Die kommunalen Schulden werden künftige Generationen belasten. Bei einer steigenden Schuldenbelastung der Einwohner kann dies letztlich dazu führen, dass die Kommunen als Folge der wachsenden Zinszahlungen weniger Handlungsspielräume haben, um beispielsweise Sozialleistungen zu gewähren und umweltpolitische Maßnahmen durchzuführen. Vor diesem Hintergrund kommt in einer nachhaltigen Kommune dem Abbau bestehender Schulden mittelfristig eine große Bedeutung zu. In jedem Fall sollte ein weiterer Anstieg der kommunalen Schulden nach Möglichkeit vermieden werden. Bei der Bewertung der jeweiligen Indikatorwerte sollte zudem analysiert werden, wofür die aufgenommenen Kredite in der Vergangenheit verwendet wurden und ob es sich dabei um Investitionen im Sinne der Nachhaltigkeit handelt.



ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Die Schulden der Stadt Groß-Umstadt lagen 2015 inflationsbereinigt bei 1.383,38 € pro Einwohner. Gemäß der „Vollprüfung 2004: Mittlere Städte“ im Auftrag des Hessischen Rechnungshofes hatte die Stadt Groß-Umstadt zum 31.12.2003 im Vergleich zu anderen hessischen Kommunen einen unterdurchschnittlichen Schuldenstand aufzuweisen. Der Stadt Groß-Umstadt erwächst durch die derzeitige Verschuldung noch kein besonderes Risiko für die Haushaltsstabilität. In den kommenden Jahren ist alles zu unternehmen, um die Einnahmerückgänge aus der Konjunktur- und Bankenkrise 2008/2009 durch ein notwendiges Konsolidierungsprogramm aufzufangen. Sollte eine temporäre Zunahme der Verschuldung unvermeidbar sein (Corona-Kosten), muss es vorrangiges Ziel im Interesse der Nachhaltigkeit sein, baldmöglichst wieder zu einem stabilen, ausgeglichenen Haushalt zu gelangen und die Schulden zurückzufahren. Eine Forderung, die auch im Verfahren zum Bürgerhaushalt mehrfach angeregt worden ist.

Quelle: Stadt Groß-Umstadt



Kommunale Schulden pro Einwohner



Gesunde Struktur der öffentlichen Haushalte

B 5.2 Kommunale Zinsverpflichtungen

DEFINITION

Nachhaltiges Wirtschaften sieht die zeitweise Aufnahme von Krediten und damit zeitlich begrenzten Kapitaleinsatz vor. Die Dispositionsfreiheit der Kommune darf durch den Kapitaleinsatz nicht dauerhaft eingeschränkt werden.

ZIELSETZUNG

Reduzierung der Kassenkredite, um Zinsänderungsrisiken zu reduzieren.



ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Die jährlichen Zinsverpflichtungen der Stadt beliefen sich in 2015 auf 774.901,72 € und waren damit im Vergleich zu 2007 (1,85 Mio. €) nur noch halb so groß.

Der starke Anstieg der Zinszahlungen in 2010/2011 ist auf Erstattungsinsen für zu viel vereinnahmte Gewerbesteuer von 1,022 Mio. € zurückzuführen.

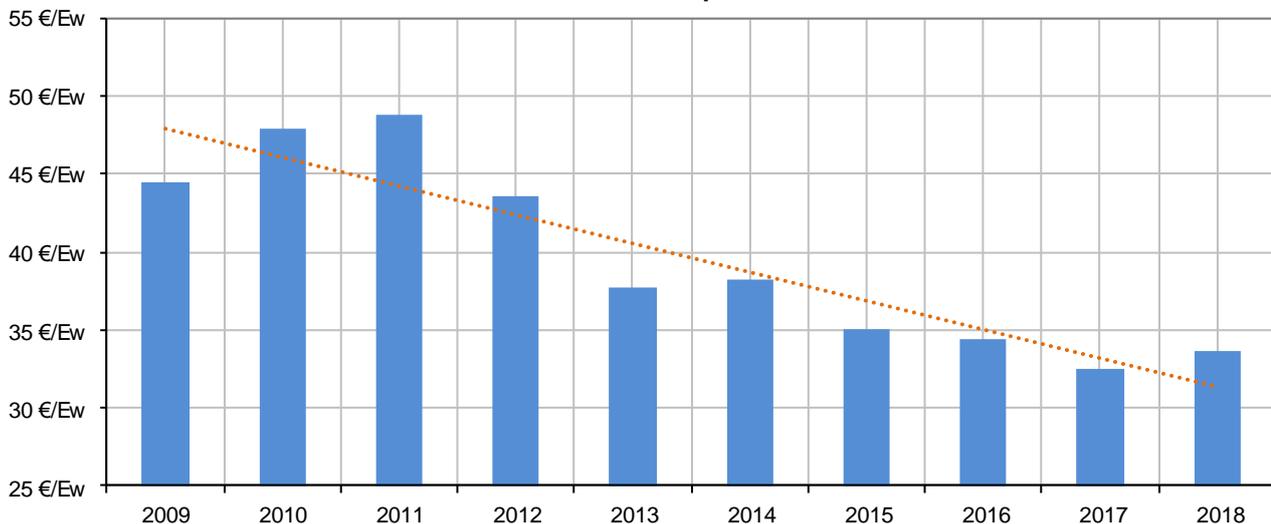
Angesichts des derzeit niedrigen Zinsniveaus fiel die jährliche Zinsbelastung kontinuierlich bis 2017. Seitdem ist die Verschuldung wieder gestiegen und damit auch die Zinslast.

Ein kleines Zwischenhoch ist für 2021 prognostiziert, erst 2022 wird der Wert wieder sinken. Darin eingerechnet sind noch nicht die Folgen der Corona-Pandemie.

Quelle: Stadt Groß-Umstadt



Kommunale Zinslast pro Einwohner



Weinbau

B 6.1 Rebfläche und Hektarertragsmenge

DEFINITION

Als Indikator für die Qualität des Weins wird die Ertragsmenge in Hektoliter (hl) pro Hektar Fläche (ha) angezeigt. Ergänzend wird die Anzahl der Betriebe nachgewiesen und die „bestockte“ Anbaufläche. Da immer wieder Neuanpflanzungen anstehen, ist die bestockte Fläche nicht gleich der gesamtverfügbaren Fläche.

Ein Qualitätskriterium beim größten Anbieter, „vinum autmundis“ (der Odenwälder Winzergenossenschaft), ergibt sich daraus, dass 80 hl/ha voll bezahlt, alle Übermengen nicht vergütet werden.

Das führt grundsätzlich dazu, dass über die reduzierte Erntemenge gute Qualität erzeugt wird. Damit bewegt sich die Genossenschaft im Rahmen einer freiwilligen Selbstverpflichtung deutlich unter der gesetzlichen Vorgabe von 100 hl/ha.

ZIELSETZUNG

Der Weinbau in Groß-Umstadt hat nicht nur lange Tradition und inzwischen sehr hohe Qualität, wichtig ist die Bewahrung und Entwicklung der Kulturtechnik, der Wissens- und Erfahrungsbreite durch hohe Diversität der Weinbaubetriebe.

Das bedeutet, keine Monopolisierung mit größtmöglicher Wirtschaftlichkeit, sondern Weinbau mit unterschiedlichen Sorten in unterschiedlichen Lagen von möglichst vielen Winzern.

So werden parallel viele Erfahrungen gesammelt und neue Qualitäten erzeugt. Auch entsteht zunehmend die Bereitschaft, noch mehr Öko-Weine auszubauen.



ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Während die Anzahl der Weinbaubetriebe (Genossenschaft und eigenständige Weinbaubetriebe) über die Jahre recht stabil geblieben ist (8-12 Betriebe) und somit dem Ziel nach betrieblicher Vielfalt dient, ist die derzeit „bestockte“ Fläche auf ca. 94 ha (+ 5,5 ha Roßberg) angewachsen.

Derzeit bewirtschaften die rund 100 Mitglieder der Winzergenossenschaft 74 ha. Es gibt drei Bio-Weine (Johanniter, Riesling und Spätburgunder) innerhalb der Winzergenossenschaft, weitere Mitglieder haben mit der Umstellung begonnen. Mittelfristig werden ein Fünftel der Anbaufläche biologisch bewirtschaftet. Auch der Betrieb Weinbau Anders bewirtschaftet 2 ha ökologisch.

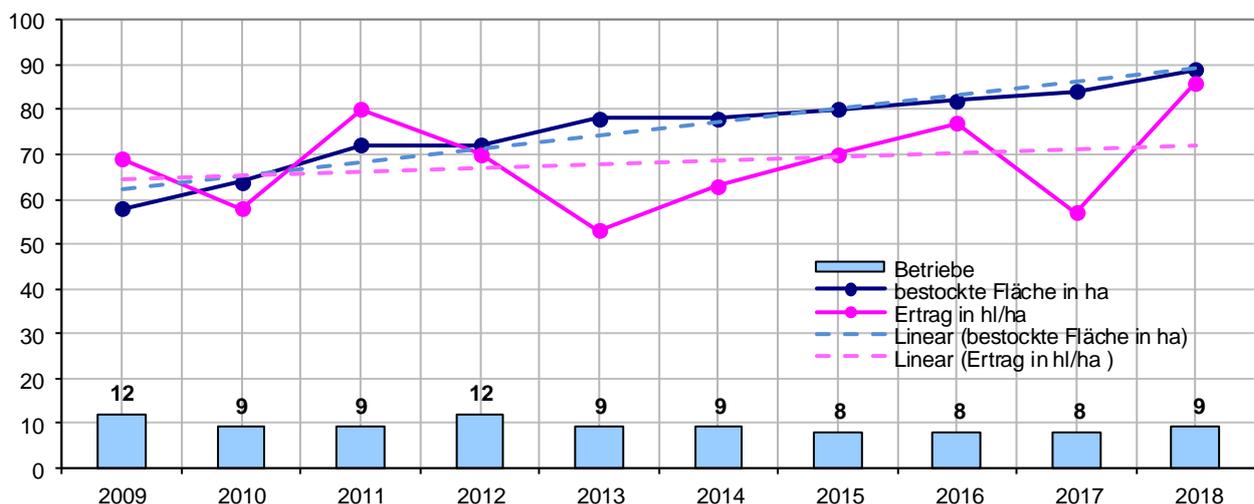
Inzwischen werden bei 80 Prozent der Flächen der Winzergenossenschaft auch keine Herbizide mehr eingesetzt.

KHP: „Die Produkte aus Landwirtschaft, Wein- und Gartenbau sollen in geschlossenen Kreisläufen erzeugt werden, unbelastet (von Schadstoffen) sein und in der Region vermarktet werden.“

Quelle: Weinbauverein Groß-Umstadt



Rebfläche in ha und Ertragsmenge pro ha



Die Indikatoren

GESELLSCHAFT / SOZIALES

C 1 Gerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen

C 1.1 Zahl der Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt

C 1.2 Zahl der Wohngeldempfänger

C 2 Hohes Ausbildungsniveau

C 2.1 Anzahl der Ausbildungsverhältnisse

C 2.2 Anzahl der Schulabgänger

C 3 Ausgewogene Bevölkerungs- und Siedlungsstruktur

C 3.1 Einwohnerentwicklung

C 3.2 Altersgliederung der Bevölkerung

C 3.3 Geburten und Sterbefälle

C 3.4 Zahl der Zu- und Fortzüge

C 3.5 Kulturelle Vielfalt - Ausländische Mitbürgerinnen

C 3.6 Zahl der Ein- und Auspendler

C 4 Hohes kulturelles Angebot

C 4.1 Bestand an Medien (Bücher, CD-ROMs, etc.) in der Stadtbücherei

C 5 Hohes Gesundheitsniveau

C 5.1 Anteil der übergewichtigen Kinder gemäß Schuleingangsuntersuchungen

C 5.2 Hausärzte und Pflegeeinrichtungen

C 6 Hohes Sicherheitsniveau

C 6.1 Bekannt gewordene Straftaten

C 6.2 Verkehrsunfälle insgesamt

C 6.3 Verkehrsunfälle mit Personenschaden

C 6.4 Verkehrsunfälle nach Beteiligengruppen

Gerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen

C 1.1 Zahl der Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt

DEFINITION

Erfasst werden mit diesem Indikator die Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt nach der Einführung von Hartz IV und allen damit einhergehenden Änderungen bei der „Sozialhilfe“. Aktuell wird unterschieden in Erwerbsfähige Hilfeempfänger (ALG) und Sozialgeldempfänger. Ab Mitte des Jahres 2004 erfolgte die Umstrukturierung der Sozialhilfeleistungen und der Arbeitslosenhilfe. Im wesentlichen beinhaltet Hartz IV das Sozialgeld gem. SGB XII und das Arbeitslosengeld II gem. SGB II. Diese beiden Leistungen lösten die ursprüngliche Sozialhilfe bzw. die Arbeitslosenhilfe zum 01.01.2005 ab.

ZIELSETZUNG

Immer mehr Menschen waren in den letzten Jahren auf Sozialhilfe angewiesen, besonders betroffen sind Frauen sowie Kinder und Jugendliche. Die Schere zwischen arm und reich öffnet sich weiter. Diese Entwicklung läuft dem Ziel der Gerechtigkeit bei der Einkommens- und Vermögensverteilung zuwider.

Eine steigende Zahl von Sozialhilfeempfängern, vor allem bei Kindern und Jugendlichen, gefährdet nicht nur die soziale Stabilität, sondern beeinträchtigt auch den Handlungsspielraum der Städte und Gemeinden.



ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Die Erhebung beginnt erst mit dem Jahr 2007. Rückblickend lässt sich aber nachweisen, dass von 1996 auf 1997 ein starker Anstieg der Sozialhilfebezieher in Groß-Umstadt zu verzeichnen war (24,03 %). Seit 2002 waren durchschnittlich 11,35 Männer und 14,97 Frauen je 1.000 Einwohner hilfebedürftig.

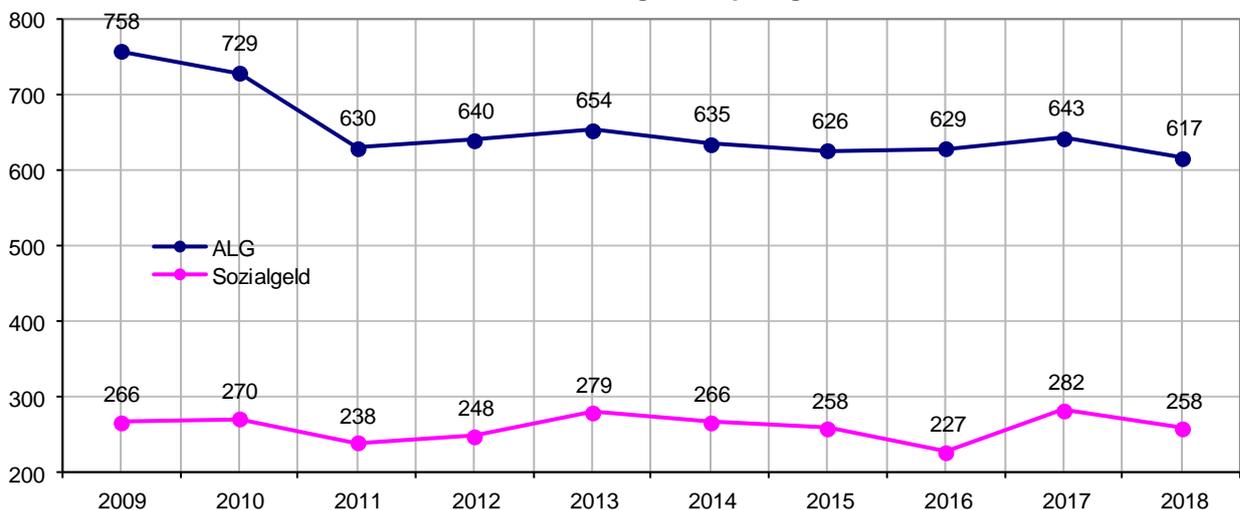
Diese Zahlen liegen deutlich unter denen in Hessen und des Bundesdurchschnitts. In absoluten Zahlen waren es 2018 genau:

- mit ALG: 617 Erwachsene
- mit Sozialgeld: 258 Erwachsene

Quelle: Kreisagentur für Beschäftigung Darmstadt-Dieburg



ALG- und Sozialgeldempfänger



Gerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen

C 1.2 Zahl der Wohngeldempfänger

DEFINITION

Wohngeld ist in Deutschland eine Sozialleistung nach dem Wohngeldgesetz (WoGG) für Bürger, die aufgrund ihres geringen Einkommens einen Zuschuss zur Miete (Mietzuschuss) oder zu den Kosten selbst genutzten Wohneigentums (Lastenzuschuss) erhalten.

Die gesetzlichen Regelungen über die Gewährung von Wohngeld (Wohngeldgesetz – WoGG – und andere) gelten als besondere Teile des Sozialgesetzbuches (s. § 68 Nr. 10 SGB I).

Am Jahresende 2012 bezogen in Deutschland rund 783.000 Haushalte Wohngeld (2011: 903.000 Haushalte), das waren 1,9 % (2011: 2,2 %) aller privaten Haushalte (Quelle: Stat. Bundesamt). Die Gesamtausgaben für das Wohngeld betragen im Jahr 2012 bundesweit rund 1,2 Milliarden Euro, im Vergleich zu 2011 sanken die Wohngeldausgaben um 21 %. Der durchschnittliche monatliche Wohngeldanspruch lag bei 114 Euro.

ZIELSETZUNG

Immer mehr Menschen waren in den letzten Jahren auf Sozialleistungen angewiesen, besonders betroffen sind Frauen sowie Kinder und Jugendliche. Die Schere zwischen arm und reich öffnet sich weiter. Diese Entwicklung läuft dem Ziel der Gerechtigkeit bei der Einkommens- und Vermögensverteilung zuwider.

Eine steigende Zahl von Sozialhilfeempfängern, vor allem bei Kindern und Jugendlichen, gefährdet nicht nur die soziale Stabilität, sondern beeinträchtigt auch den Handlungsspielraum der Städte und Gemeinden.

Nach Ansicht einiger Ökonomen sei das Wohngeld als Sozialleistung mittlerweile entbehrlich, da es in Konkurrenz zu Grundsicherungsleistungen stehe*. Sowohl mit dem Wohngeld als auch mit der Grundsicherung werde das sozialpolitische Ziel verfolgt, einkommensschwachen Haushalten einen angemessenen Wohnraum zu ermöglichen. Die Existenz von zwei Sozialleistungen mit der gleichen Zielsetzung führe nach ihrer Auffassung jedoch zu nachteiligen Doppelstrukturen im staatlichen Verwaltungsapparat.

* A. Boss, H. Klodt et al.: Haushaltskonsolidierung und Subventionsabbau.

* D. Fichte: Reduzierungspotenzial bei ausgewählten Sozialausgaben des Bundes.



ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

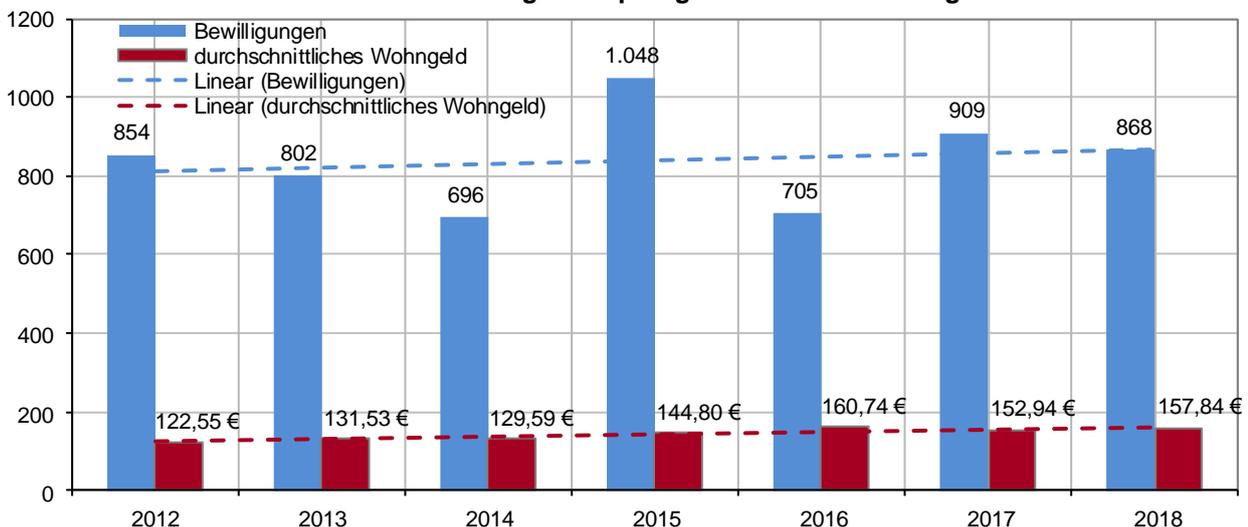
Die Akten der Wohngeldbehörde der Stadt Groß-Umstadt wurden aufgrund der neuen Zuständigkeitsverordnung zum 01.07.2013 von der Kreisverwaltung Da-Di übernommen.

Die hohe Zahl der Bewilligungen („Zahlfälle“) bezieht sich auf jede monatliche Zahlbarmachung - keinesfalls bedeutet sie die absolute Zahl der Wohngeldempfänger. Wurden pro Wohngeldkonto mehrere Bewilligungen in einem Jahr vorgenommen, fließen alle in die Zählung mit ein.

Quelle: Kreisausschuss des Landkreises Darmstadt Dieburg - Wohngeldbehörde



Anzahl der Wohngeldempfänger und Auszahlungsbetrag



Hohes Ausbildungsniveau

C 2.1 Anzahl der Ausbildungsverhältnisse

DEFINITION

Mit diesem Indikator soll die Zahl der tatsächlich abgeschlossenen Verträge mit Auszubildenden wiedergegeben werden. Auszubildende sind Personen, die eine betriebliche Berufsausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf durchlaufen. Erfasst werden sollten generell die bei der Industrie- und Handelskammer sowie der Handwerkskammer registrierten Ausbildungsverhältnisse. Die in der Datenbank enthaltene Statistik des Hessischen Statistischen Landesamtes erfasst jeweils am 30. Juni eines jeden Jahres die Beschäftigten in beruflicher Ausbildung, doch neben den Auszubildenden werden in dieser Statistik auch Anlernlinge, Praktikanten, Volontäre, Schüler an Schulen des Gesundheitswesens und Teilnehmer an den von der Bundesagentur für Arbeit geförderten Maßnahmen zur beruflichen Fortbildung, Umschulung und betrieblichen Erstausbildung ausgewiesen.

ZIELSETZUNG

Durch die ständig steigenden und sich stetig wandelnden Anforderungen auf dem Arbeitsmarkt wird die Bedeutung der beruflichen Qualifikation in den kommenden Jahren weiter zunehmen. Gerade Jugendliche ohne eine entsprechende schulische und berufliche Ausbildung haben wesentlich größere Schwierigkeiten, sich auf dem Arbeitsmarkt durchzusetzen. In Zukunft werden die Erwerbstätigen mehr und mehr lebenslang lernen müssen, um die sich ständig ändernden Anforderungen der Erwerbsgesellschaft erfüllen zu können. Während in Deutschland im Jahr 2000 auf 1.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 61,2 Auszubildende kamen, waren es in Hessen zum gleichen Zeitpunkt 51,9 Auszubildende. Ausbildungsverhältnisse sind eine Investition in die Zukunft; sie haben unter anderem Auswirkungen auf die Arbeitslosigkeit und die Anzahl der Sozialhilfeempfänger.



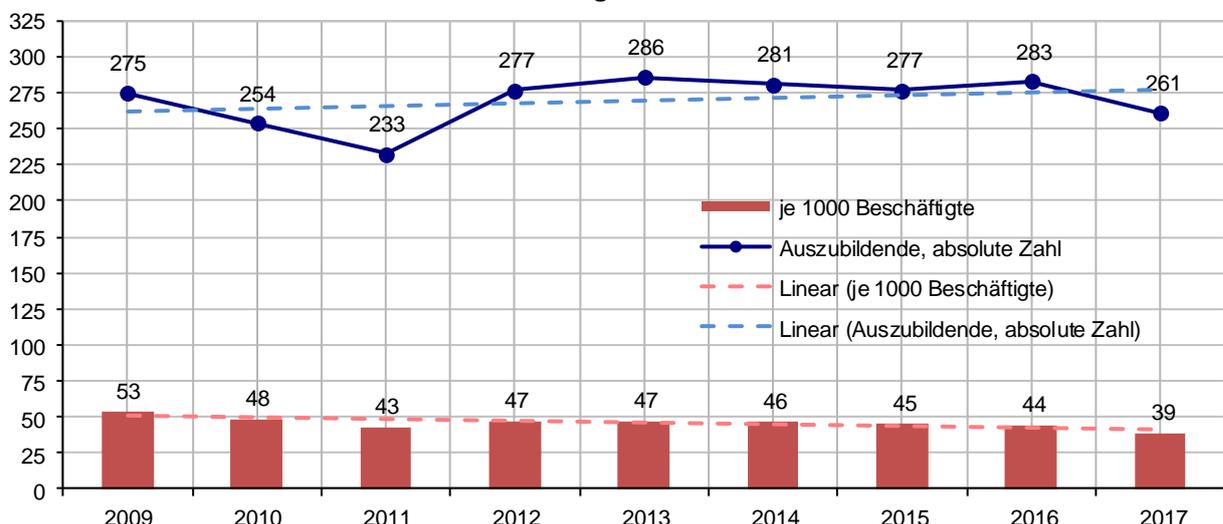
ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Die hier gezeigte Grafik orientiert sich an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, zeigt also die Relation von bestehenden Arbeitsplätzen zu Ausbildungsplätzen. Die Kurve zeigt nach unten, was zunächst bedeutet, dass bei gleich viel Stellen offensichtlich weniger Jugendliche ausgebildet werden. Das mag daran liegen, dass die Betriebe weniger einstellen, weniger benötigen oder auch junge Menschen nicht unbedingt einen Ausbildungsvertrag anstreben - also Nachwuchsmangel in den Betrieben herrscht. Ungeachtet dessen sollte Groß-Umstadt weiterhin alles tun, um gemeinsam mit den bestehenden Netzwerken darauf hinzuwirken, dass möglichst viele Jugendliche qualifizierte Schulabschlüsse bekommen und „fit for Life“ sind. Die Stadt und einige Betriebe haben sich schon in Ausbildungsverbänden engagiert.

Quelle: Hessen.Statistik



Ausbildungsverhältnisse



Hohes Ausbildungsniveau

C 2.2 Anzahl der Schulabgänger

DEFINITION

Dieser Indikator gibt die Schulabgängerzahlen an, sowie die anteilig ohne Haupt- bzw. Realschulabschluss aus der Schulpflicht entlassenen SchülerInnen. Fürs Gymnasium gibt es diese Zahlen nicht, da das Hauptaugenmerk darauf gerichtet ist, möglichst den formal am wenigsten Qualifizierten eine Perspektive auf weitere berufsbildende Schuljahre oder eine Ausbildungsstelle zu ermöglichen. In den jeweiligen Abschlussklassen sind die Gesamtschülerzahlen erfasst. Jene, die den Abschluss nicht erreicht haben, wurden uns direkt von der Schule gemeldet und prozentual zum Jahrgang ausgewiesen. Beim Gymnasium wurde die Jahrgangsstufe 12 nicht gesondert abgebildet, da diese u.U. ebenfalls abgegangene Schüler beinhalten kann. Hauptschulen schließen an die Grundschule oder Förderstufe an. In der Regel führt die Hauptschule bis zur Klasse 9 und umfasst somit fünf bzw. drei Jahre. Es können auch zehn Hauptschulklassen angeboten werden. Der Indikator gibt Hinweise auf die kommunale Bildungsstruktur. Der Hauptschulabschluss gehört mittlerweile zu den zentralen Voraussetzungen, um später überhaupt eine angemessene berufliche Ausbildung absolvieren zu können. Schülerinnen und Schüler, die keinen Hauptschulabschluss haben, müssen damit rechnen, beruflich ins Abseits zu geraten.

Quelle: Staatliches Schulamt für den Landkreis Darmstadt-Dieburg

ZIELSETZUNG

In Groß-Umstadt sollen möglichst keine Jugendlichen die Schulen verlassen, ohne einen Abschluss zu haben. Das kann allerdings trotz Förderung durch die Schule und inzwischen bestehende Unterstützungsstrukturen nur gelingen, wenn die Elternhäuser mitziehen, sich als Hauptverantwortliche für die Zukunft ihrer Kinder verstehen und gemeinsam mit ihren Kindern und der Schule am Werden der SchülerInnen arbeiten.

Entscheidend ist, dass in Groß-Umstadt trotz eines Werteverlustes der Hauptschule alles getan wird, damit Jugendliche Menschenbildung und belastbare fachliche Grundkenntnisse erhalten. Die Stadt Groß-Umstadt fördert die Zusammenarbeit in den bestehenden Unterstützungsstrukturen und verschließt sich nicht weiteren Erfolg versprechenden Initiativen.



ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

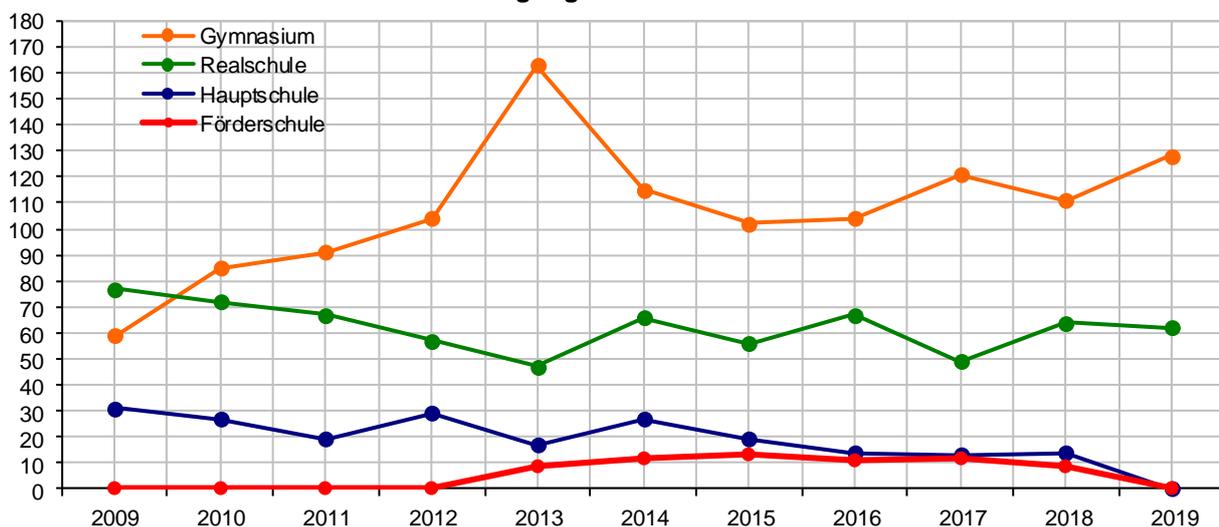
Die Zahlen zeigen die Anzahl der Schulabgänger nach Schulart. Aus datenschutzrechtlichen Gründen ist eine Angabe derer, die keinen Abschluss erreicht haben, nicht erlaubt.

Ungeachtet dessen hat es jede/r Schüler/in ohne Abschluss zumindest formal sehr schwer, im beruflichen Leben und somit auf dem Weg in eine eigene, mündige Existenz zurecht zu kommen. Der Schwerpunkt aller Hilfsbemühungen sollte darin liegen, eine Lehrstelle zu erhalten und danach neue, fordernde Lebensaufgaben gestellt zu bekommen. Der Bedarf an begleitender Unterstützung/Praktika steigt.

Interessant sind die steigenden Zahlen beim Gymnasium und die Tatsache, dass es im Jahr 2019 keine Absolventen mehr bei der Förder- und der Hauptschule mehr gab.



Schulabgänger nach Schularten



Ausgewogene Bevölkerungs- und Siedlungsstruktur

C 3.1 Einwohnerentwicklung

DEFINITION

Die Einwohnerzahlen in diesem Nachhaltigkeitsbericht sind Zahlen des verwaltungsinternen Einwohnerwesens und dienen als Grundlage für alle in diesem Bericht auf Ew.-Zahlen basierenden Daten. Die Zahlen bilden Erst- und Zweitwohnsitze ab.

Nicht eingeflossen sind die durch den Zensus erhobenen und hochgerechneten Zahlen.

ZIELSETZUNG

Die Einwohnerzahl ist ein zentraler Indikator mit vielfältigen Anhaltspunkten über eine Kommune. Allein die Gesamtzahl gibt Hinweise über die Struktur, die bei ca. 22.000 Ew. in Groß-Umstadt mit insgesamt 9 Stadtteilen besagt, dass Umstadt, der zentrale Wohnort, knapp die Hälfte der Menschen beherbergt und die acht im Jahre 1977 eingemeindeten Dörfer noch einmal gut 10.000 Ew. zählen.

Zwischen 458 Ew. in Dorndiel und 2.123 Ew. in Klein-Umstadt (12/2019) schwankt die jeweilige Ortsgröße. Groß-Umstadt als Gesamtmarkung, so wurde beim Erstellen des Kommunalen Handlungsprogramms (Lokale Agenda 21) einmal unverbindlich vom Bürgermeister geäußert, solle nicht über 25.000 Ew. haben. Das würde die Infrastruktur und damit die finanziellen Möglichkeiten der Stadt sprengen. Inzwischen sagen die Hochrechnungen, dass Groß-Umstadt sich sehr bemühen muss, um angesichts der demografischen Entwicklung seinen derzeitigen Einwohnerbestand langfristig zu halten.



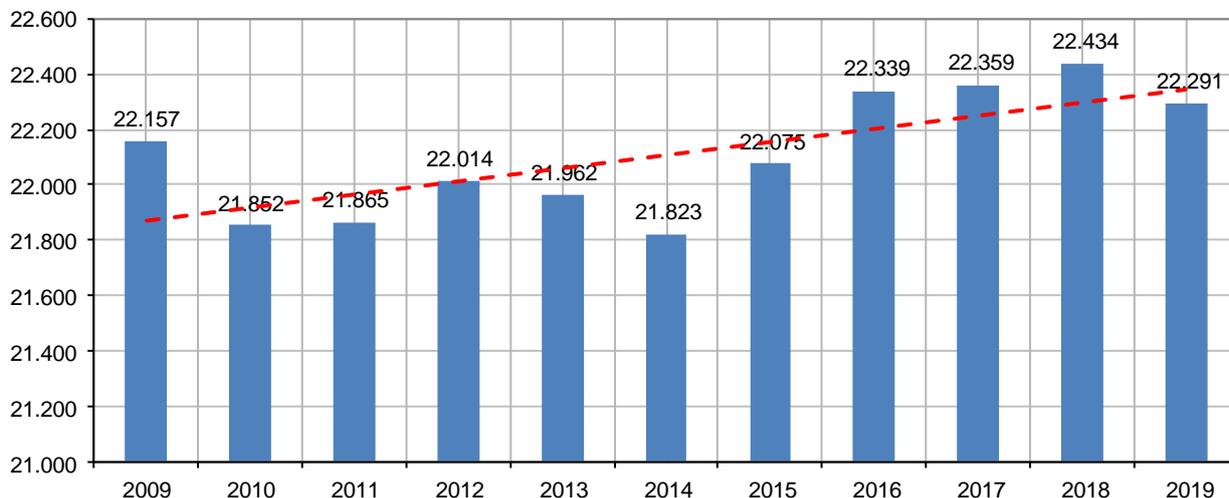
ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Die Einwohnerentwicklung in Groß-Umstadt zeigt bis Ende der 90er Jahre einen enormen Anstieg. Waren es 1981 noch 19.482 Ew. in der Gesamtgemeinde, stieg die Zahl durch Ausweisung neuer Bau- und Gewerbegebiete auf den bisher höchsten Wert von 22.416 Ew. in 2002. Nach einem vorübergehenden „Tiefpunkt“ im Jahr 2010 zeigt die Entwicklung wieder nach oben.

Quelle: Stadt Groß-Umstadt



Einwohnerentwicklung



Ausgewogene Bevölkerungs- und Siedlungsstruktur

C 3.2 Altersgliederung der Bevölkerung

DEFINITION

Dieser Indikator soll Auskunft darüber geben, wie sich das zahlenmäßige Verhältnis zwischen Kindern und Jugendlichen und der älteren Bevölkerung in der Kommune entwickelt hat. Zu diesem Zweck soll der Anteil der unter 18-Jährigen, der 18- bis unter 65-Jährigen und der über 65-Jährigen an der Gesamtbevölkerung gemessen werden. Erwartet wird aus den Anteilswerten unter anderem Aufschluss über die Notwendigkeit sozialer Einrichtungen für bestimmte soziale Gruppen.

ZIELSETZUNG

Ziel einer jeden Gemeinschaft muss es ein, eine ausgewogene Altersstruktur zu haben, damit die kommunale Gesamtstruktur im Gleichgewicht bleibt. Angefangen von der noch immer bestehenden „Dorfstruktur“ mit Kindergärten, Grundschulen, Einkaufsläden und einem aktiven Vereinsleben bis hin zur Frage von Ausbildung und Qualifikation an Schule und Arbeitsplatz, Erhalt der Kaufkraft und des bürgerlichen Engagements ist eine gute Altersverteilung notwendig. Die Lebens- und Wohnqualität bemisst sich an der „Normalverteilung“, jede Einseitigkeit führt zu Einschränkungen und Schief lagen.



ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Die Aufteilung in die drei Lebensphasen:

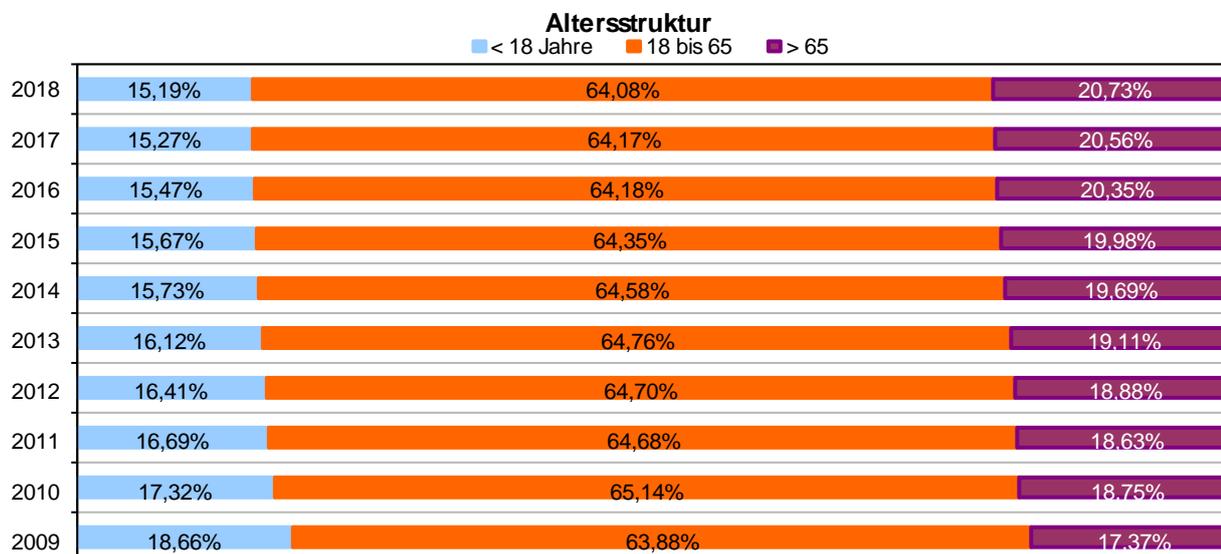
- Ausbildung
- Berufstätigkeit
- Ruhestand

zeigt auch in Groß-Umstadt die landesweit bekannten Phänomene: Von 2009 bis 2019 ist die Zahl der

- <18-Jährigen um 728 gesunken
- der Berufstätigen um 222 gestiegen
- der „Rentner“ um 803 gestiegen.

Die Alterspyramide wächst.

Quelle: Stadt Groß-Umstadt



Ausgewogene Bevölkerungs- und Siedlungsstruktur

C 3.3 Geburten und Sterbefälle

DEFINITION

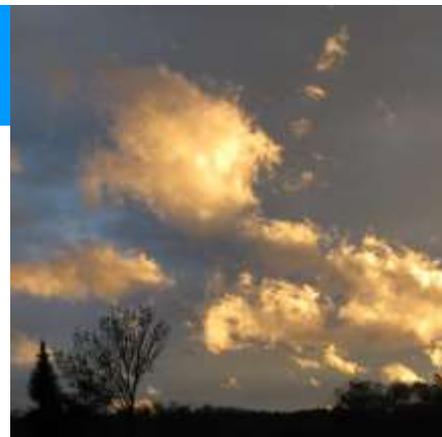
Die Zahl der Lebendgeborenen und die Geburtenziffer zeigen an, ob das jeweils aktuelle Geburtenverhalten langfristig ausreichen würde, um die Bevölkerung zahlenmäßig auf einem gleich bleibenden Stand zu halten. Die Konstanz der Geburtenziffer gegenüber der Mortalitätsrate gilt als Kriterium einer stabilen Bevölkerung. Der Bezug der in einem Jahr Lebendgeborenen auf 1 000 Einwohner der durchschnittlichen Bevölkerung wird als Geburtenziffer bezeichnet.

ZIELSETZUNG

Die aktuell diskutierten familienpolitischen Konzepte gelten natürlich auch für Groß-Umstadt. Kommunale Infrastruktur mit nachfrageorientierter Kinderbetreuung, Hortplätzen, Arbeitsplätzen für beide Geschlechter, hoher Lebensqualität, gutem Schul- sowie Kultur- und Freizeitangebot sind und bleiben kommunale Aufgaben von höchster Priorität.

Vergünstigungen beim Grundstückskauf gehören in Groß-Umstadt ebenso dazu wie gute Einkaufsmöglichkeiten, Sicherheit und umfassende Beteiligungsmöglichkeiten am örtlichen Geschehen. Die familienfreundliche Stadt ist längst mehr als nur ein Schlagwort. Groß-Umstadt möchte, dass möglichst viele Menschen hier erwachsen und alt werden, sich hier wohl- und zu Hause fühlen.

Diese Ziele sind in Groß-Umstadt aktiver Teil der Kommunalpolitik. Dazu gehört auch sehr maßgeblich die aktive Förderung der Stadtteilarbeit, um den Menschen vor Ort eine möglichst hohe Identifikation mit ihrem Wohnort zu ermöglichen und für alle Generationen ausreichende „Wohlfühlplätze und -gelegenheiten“ zu bieten.



ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Die Entwicklung von Geburtenzahlen und Sterbefällen verläuft in den vergangenen 10 Jahre in etwa parallel. Es kommen in Groß-Umstadt weniger Kinder auf die Welt als Menschen sterben.

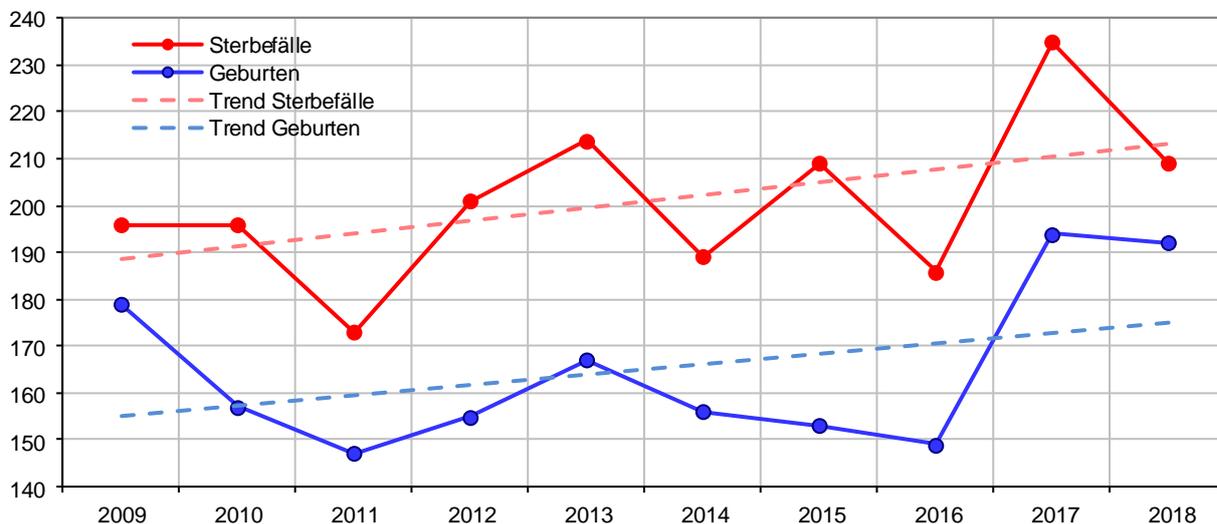
Im Vergleich zu vielen anderen Regionen und im Wissen um die insgesamt sinkenden Ew.-Zahlen bzw. Wanderungstendenzen in Deutschland ist der Trend noch stabil. Durch Zu- und Abwanderung (vgl. C 4.3 und Migrationszuwächse C 3.5) werden sowohl die mittleren Jahrgänge und die Gesamtzahl der Einwohnerschaft stabil gehalten.

Die Entwicklung sollte aber dazu beitragen, die Ziele für eine nachhaltige und hochwertige Lebensqualität in Groß-Umstadt und damit eine zukunftsfreundliche strukturelle Familienfreundlichkeit fest im Blick zu haben.

Quelle: Stadt Groß-Umstadt



Geburten und Sterbefälle



Ausgewogene Bevölkerungs- und Siedlungsstruktur

C 3.4 Zahl der Zu- und Fortzüge

DEFINITION

Erfasst wird die Anzahl der Menschen, die im Bezugsjahr durch Umzug in die Kommune zuziehen sowie die Zahl der Menschen, die die Kommune durch Umzug verlassen. Die Differenz ergibt den Wanderungssaldo.

ZIELSETZUNG

Eine hohe Zahl von Fortzügen spricht für eine abnehmende Attraktivität der Region im Vergleich zu anderen Regionen. Umgekehrt deutet eine hohe Zahl von Zuzügen auf eine zunehmende Attraktivität der Region. Ein bestimmter Wanderungssaldo kann sich dabei sowohl als Ergebnis einer hohen wie einer niedrigen Fluktuation ergeben. Eine Beurteilung des Wanderungssaldos hängt daher von den jeweiligen regionalen Gegebenheiten ab.



ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

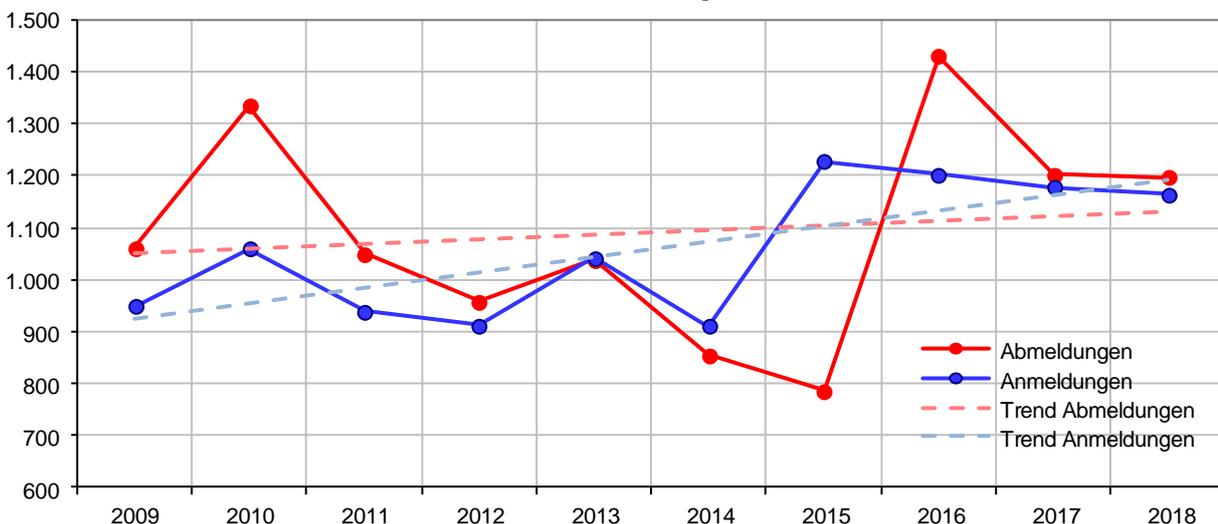
Einhergehend mit der seit Jahren tendenziell leicht steigenden Einwohnergesamtzahl (s. C 3.1) zeigt der Wanderungssaldo einen schwankenden aber im Prinzip positiven Trend.

Gemittelt bedeutet die Kurve, dass mehr Menschen nach Groß-Umstadt kommen als weggehen. Groß-Umstadt gilt bis ca. 2020 wegen seiner attraktiven Lage, Wohnqualität und Infrastruktur als Zuwachsregion. Dabei sind die Grundparameter mehr als günstig und auch politisch gesichert: Familienfreundlichkeit (auch beim Grundstückskauf), Schul- und Kulturangebot, KiTa-Betreuung, bezahlbares Wohnen, Integrationsverhalten und nachhaltige Entwicklung. Sofern politische Steuerung möglich ist, sollte das Angebot an attraktiven Arbeitsplätzen stets hoch gehalten und wenn möglich verbessert werden.

Quelle: Stadt Groß-Umstadt



Zu- und Fortzüge



Ausgewogene Bevölkerungs- und Siedlungsstruktur

C 3.5 Kulturelle Vielfalt - Ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger

DEFINITION

Kulturelle Vielfalt ist der Blick auf die Welt mit all ihren Völkern, deren Tradition, Religion, Geschichte und Fähigkeiten.

Kulturelle Vielfalt meint das bereichernde Miteinander etwa eines einigen Europa, die Faszination des Ungewohnten und Neuen. Nicht erst die Medien oder die „Globalisierung“, nicht erst die „Boat-People“ bzw. die Suche von Menschen nach Sicherheit und Arbeitsplätzen verursachen die (oft misstrauisch beäugte) Vermischung von Einheimischen und „Fremden“. Eroberung, Völkerwanderung, Flucht, Auswanderungswellen und internationale Handelsverbindungen haben schon immer zu lebhaftem Kulturexport und -import beigetragen.

ZIELSETZUNG

Es ist unstrittiges Bildungsziel, die Welt kennen zu lernen, zu verstehen und einander zu tolerieren. Das geschieht durch Reisen und Sprachen lernen, das geschieht aber schon immer auch durch Miteinander am Arbeitsplatz, am Wohnort, in der Schule oder im Verein.

Groß-Umstadt wird dazu beitragen, dass kulturelle Vielfalt seine positive Energie entfaltet und die VertreterInnen der über 90 Nationen hier wohlfühlen und entfalten können.

Institutionalisiert ist die Verschwisterung mit St. Péray (Frankreich), Santo Tirso (Portugal) und Dicomano (Italien), seit 2019 gibt es das Konzept für Integration und Vielfalt, dessen Erarbeitung unter großer Bürgerbeteiligung entstanden und dessen Umsetzung in der Verwaltung personell abgesichert ist.



ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

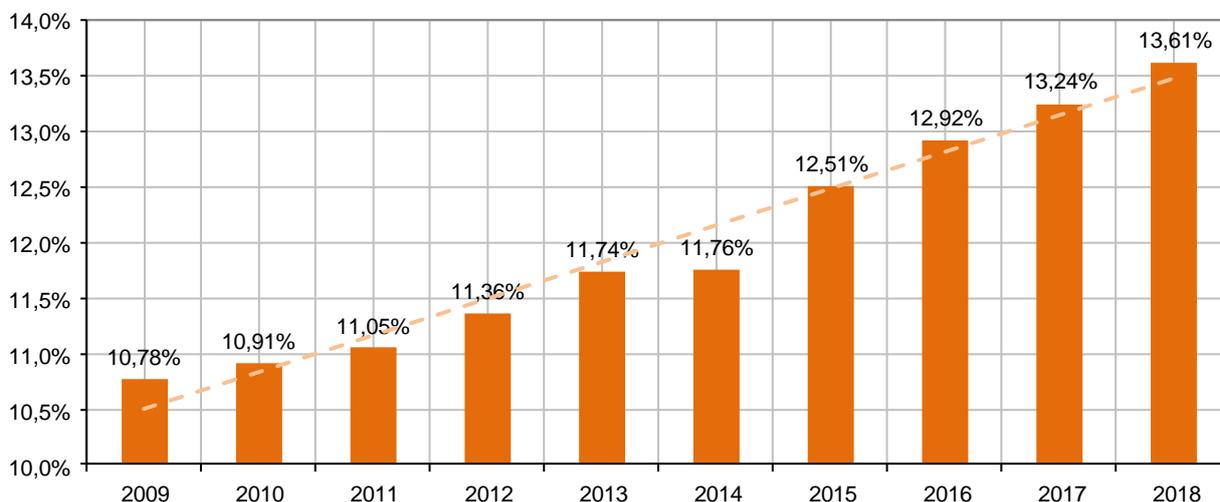
Der Anteil an ausländischen MitbürgerInnen ist in den letzten 10 Jahren von 10,7 % auf 13,6 % der Gesamtbevölkerung gestiegen, und hat 2015 durch die Flüchtlingswelle deutlich zugenommen. 2018 waren es 3.054 Menschen.

Ca. die Hälfte davon sind Portugiesen, die auch am sichtbarsten in der Stadt aktiv sind. Das Vereinsheim des COP, eigene Geschäfte und Lokale, auch die Treffs großer Fußballclubs sowie die lebendige Mitwirkung am Kulturprogramm (Johannisfest, u.a.) stehen für die kulturelle Vielfalt. Eine portugiesische Abteilung in der Stadtbücherei trägt ebenfalls zum gelingenden Miteinander und zur gegenseitiger Wertschätzung bei.

Quelle: Stadt Groß-Umstadt



Anteil ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger



Ausgewogene Bevölkerungs- und Siedlungsstruktur

C 3.6 Zahl der Ein- und Auspendler

DEFINITION

Als Einpendler werden generell solche Personen erfasst, die täglich in die Zielgemeinde fahren, um dort ihrer Arbeit nachzugehen oder um als Schüler beziehungsweise Studierende eine Schule beziehungsweise Hochschule zu besuchen. Auspendler sind analog dazu jene Personen, die zu diesen Zwecken die Gemeindegrenzen täglich verlassen. Erwerbstätige mit selbstständiger Reise-tätigkeit, ambulante Händler, Wochenendpendler und Pendler mit unbestimmtem Ziel gelten nicht als Ein- bzw. Auspendler. Die Summe der Ein- und Auspendler ist ein Maß für die durch Beruf und Ausbildung täglich verursachten Verkehrsströme.

ZIELSETZUNG

Alle Länder sollen die „Flächennutzungs- und Verkehrsplanung verzahnen, die zu einem Rückgang der Verkehrsnachfrage führen.“ (Agenda 21, Kap. 7.52).

Neben dem Verlust an Freizeit und Lebensqualität trägt das zunehmende Berufspendeln zum Anstieg des Individualverkehrs mit all seinen negativen Folgen bei. Eine nachhaltige Entwicklung erfordert deshalb, Wohnen und Arbeiten wieder näher zusammenzubringen. Dies wird aus unterschiedlichen, nachvollziehbaren Gründen nicht vollständig gelingen. Gleichwohl können auch Kommunen bei der Ausweisung von Wohn- und Gewerbegebieten sowie in der Verkehrspolitik Einfluss nehmen auf eine möglichst geringe Pendlerzahl.



ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

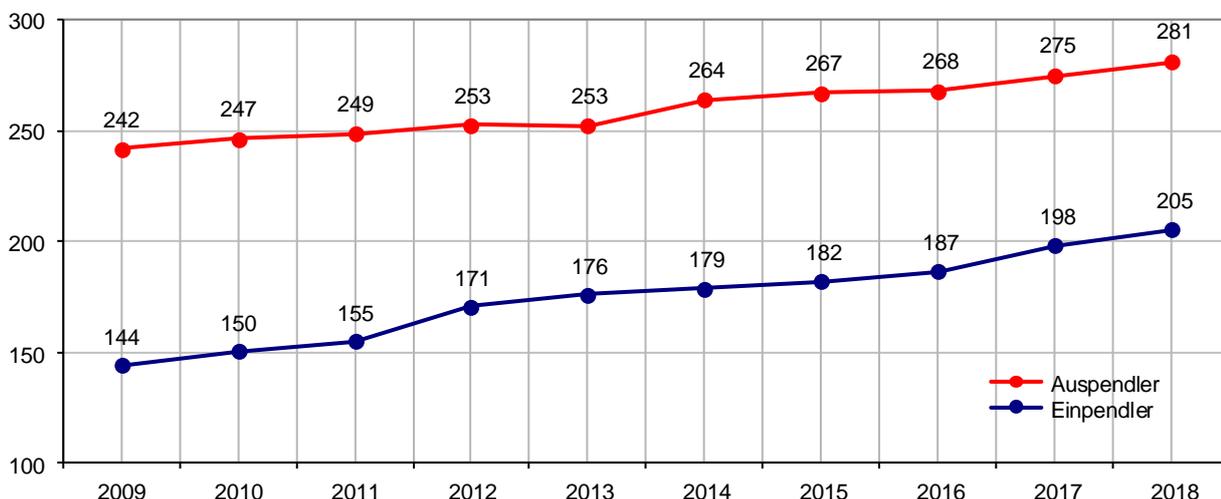
Zunächst lässt sich positiv feststellen, dass die Zahl der Arbeitsplätze in Groß-Umstadt insgesamt stabil ist. Im Saldo von Aus- und Einpendlern gibt es leichte Schwankungen, grundsätzlich bleibt das Verhältnis unverändert, was in Groß-Umstadt sicherlich mit der besonderen Wohnqualität und der Arbeitsplatzattraktivität im Rhein-Main-Raum zu tun hat. Auch wenn die Zahl der Einpendler schneller steigt als die der Auspendler, was für den Arbeitsplatz Groß-Umstadt spricht, bleibt festzuhalten, dass immer häufiger gependelt wird.

Gleichwohl kann punktuell z. B. bei der Ansiedlung von Gewerbe darauf geachtet werden, dass arbeitsplatzintensive Betriebe hier investieren und produzieren. Interessant wäre für Groß-Umstadt auch eine kontinuierliche Aufwertung der Bahn- und Busverbindungen (z. B. engere Vertaktung, ausreichend Sitzplätze), aber auch des Radwegeausbaus für kürzere Strecken.

Quelle: statistik.arbeitsagentur



Ein- und Auspendler je 1000 Ew.



Hohes kulturelles Angebot

C 4.1 Bestand an Medien in der Stadtbücherei

DEFINITION

Erfasst werden soll mit diesem Indikator der Bestand an Medien, der von der Bevölkerung genutzt werden kann. Die Bestandszahlen sind auf je 1.000 Einwohner zu beziehen.

ZIELSETZUNG

Die Stadtbücherei hält seit 1.1.2013 für einen Jahresbeitrag von 10,- € ihren umfassenden Service bereit, sich Sachbücher, Prosa und Kinderliteratur, Video- bzw. Audiomedien auszuleihen sowie im Präsenzbestand aktuelle Zeitschriften zu lesen und an einem PC im Internet recherchieren zu können.

Sie ist für Groß-Umstadt eine sehr wesentliche kultur- und bildungspolitische Einrichtung mit aktuellem Bestand und moderner, PC-gestützter Abwicklung der Besucher.

Das von der hessischen Büchereistelle vorgegebene Minimalziel, pro Einwohner ein Medium vorzuhalten, ist nahezu erreicht. Der Bestand lag Ende 2018 bei 21.074 Medien, also um einige Punkte unter der Ew.-Zahl.



ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Im Jahr 2004 folgte die digitale Umstellung der Büchereiverwaltung, wobei zahlreiche „Ladenhüter“ aussortiert worden sind.

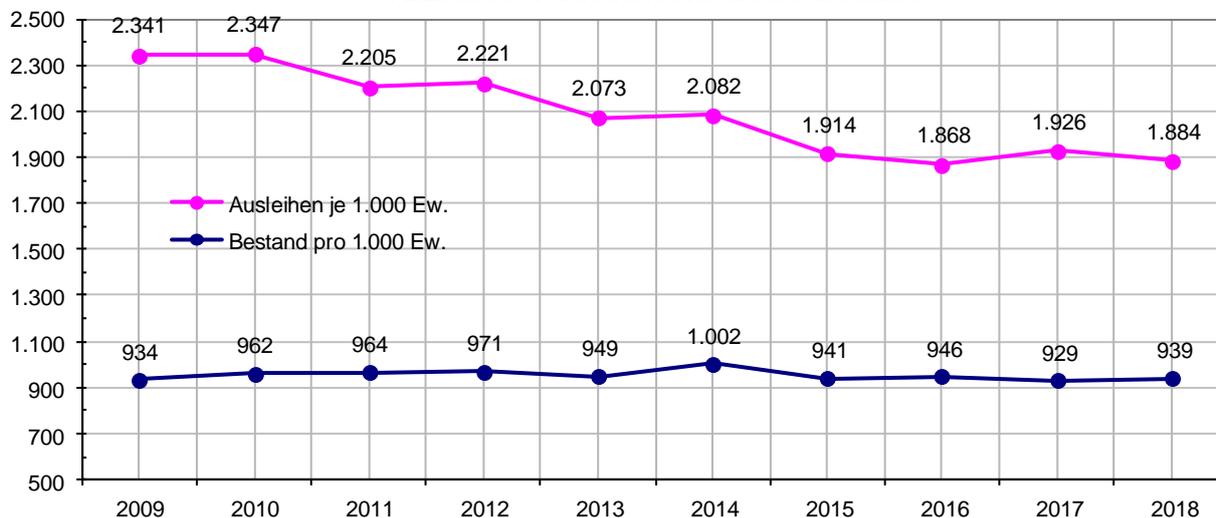
Seitdem war zunächst eine erfreuliche Entwicklung sowohl im Bestand als auch bei den Leserquoten/Ausleihe zu beobachten. Mit ergänzenden Veranstaltungen (Kindertheater, Lese-/Vorlese-Nachmittage, Bücherflohmarkt, etc.) und einer konsequenten Einkaufspolitik konnte die Attraktivität ständig gesteigert werden. Dazu gehören auch die Öffnungszeiten an Randzeiten bzw. am Samstag.

Interessant ist die Beobachtung, dass die Ausleihzahlen bis 2010 ständig zugenommen haben, und seitdem deutlich sinken, obwohl der Bestand und die Aktualität der Medien unverändert ansprechend sind. Ein mittelbarer Zusammenhang zur Gebühr ist nicht abzuleiten, vielmehr darf man vermuten, dass der (digitale) Medienkonsum zu Hause an Attraktivität gewinnt.

Quelle: www.bibliotheksstatistik.de



Anzahl der Ausleihen und Medienbestand



Hohes Gesundheitsniveau

C 5.1 Anteil der übergewichtigen Kinder gemäß Schuleingangsuntersuchungen

DEFINITION

Dieser Indikator erfasst das Übergewicht von Kindern im Rahmen der Einschulungsuntersuchungen. Unter Übergewicht wird ein Körpergewicht verstanden, das über der 97. Perzentile der altersbezogenen Größen-Gewichtsverteilung liegt. Die hier angegebenen Zahlen addieren die „leicht“ Übergewichtigen (90 Perzentile) und die fettsüchtigen (> 97 Perzentile) Kinder. Die Daten sind vom Gesundheitsamt.

ZIELSETZUNG

Immer mehr Kinder sind in den Industrieländern aufgrund falscher und unausgewogener Ernährung sowie geringer körperlicher Bewegung übergewichtig. Übergewichtigkeit kann zu körperlichen, aber auch psychischen Problemen bei den betroffenen Schülerinnen und Schülern führen.

Unter dem Gesichtspunkt einer nachhaltigen Entwicklung der Gesellschaft ist es besonders wichtig, dass die Kinder und Jugendlichen eine gesunde Ernährung erhalten, weil sie die Eltern von morgen sind und ihre Ernährungsgewohnheiten an ihre Kinder weitergeben. Lokale Agenda 21-Gruppen können Aufklärungsaktionen gegen ungesunde Ernährung und Inaktivität starten. Darüber hinaus können sie sich zum Beispiel an Aktivitäten für ein gesundes Schulfrühstück beteiligen und sich für ein entsprechendes Unterrichtsfach bzw. für Unterrichtseinheiten und Projekte in den örtlichen Schulen einsetzen.



ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

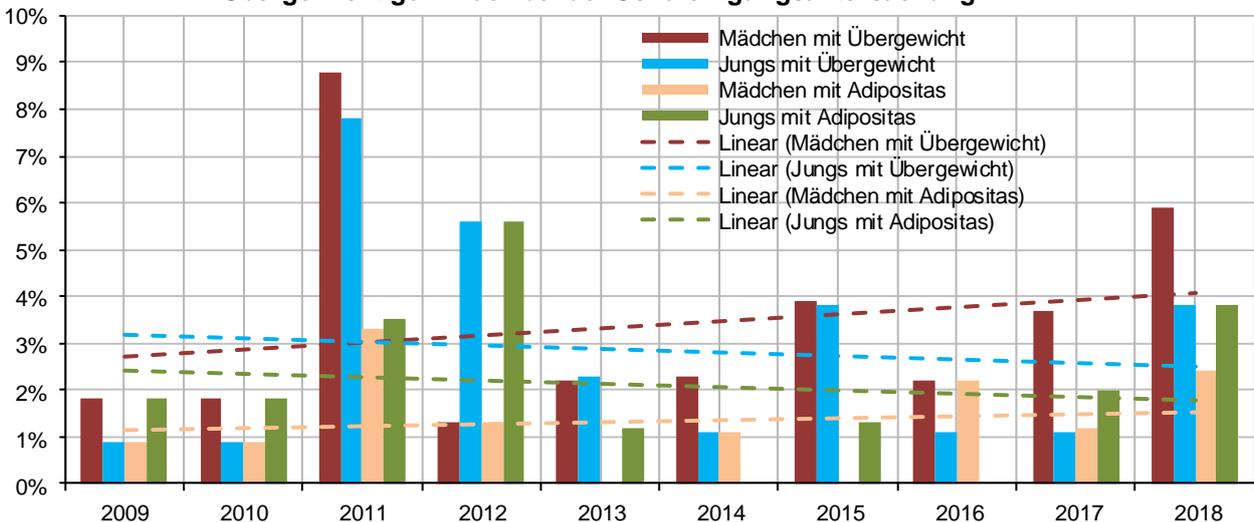
Die hier abgebildeten Zahlen sprechen keine eindeutig klare Sprache, zeigen aber einen Trend: Die Mädchen neigen etwas häufiger zu Übergewicht/Adipositas. Die Verläufe sind allerdings sprunghaft und gerade in den Jahren 2016 bis 2018 sind auch wieder mehr Jungs betroffen.

Die Sprunghaftigkeit der Jahreszahlen lässt aber keinen wirklichen Schluss zu, außer dem, dass jedes Kind, das mit Übergewicht bzw. Fettsucht eingeschult wird, eines zu viel ist. Zaghafte Initiativen wie „zu Fuß oder mit dem Rad zur Schule“ (statt mit dem Mama-Taxi) unterstützen die Zielsetzung. Dies, aber auch der Schulsport, können alleine keine nachhaltige Veränderung bewirken.

Quelle: Gesundheitsamt LK Da-Di



Übergewichtige Kinder bei der Schuleingangsuntersuchung



Hohes Gesundheitsniveau

C 5.2 Hausärzte und Pflegeeinrichtungen

DEFINITION

Erfasst werden hier Hausärzte und Pflegeeinrichtungen, nicht Fachärzte, Therapeuten, Physiologen oder Heilpraktiker. Das macht insbesondere deswegen Sinn, da seit einigen Jahren gezielt das „Hausarzt-Modell“ gilt - in dem der Hausarzt die Patientendaten führt und ggf. an Spezialisten weiter überweist.

ZIELSETZUNG

Die medizinische Versorgung ist ein wichtiger Standortfaktor und zentral für die Lebensqualität des einzelnen Bürgers. Zwar ist auch die Zahl des sog. Landarztes, der noch Hausbesuche macht, gesunken, die tatsächliche Versorgung aber ist gesichert.

Ausreichend viele Ärzte und das notwendige Umfeld (Sanitätshaus, Apotheken und Vor- bzw. Nachsorgeangebote) sind für ein Mittelzentrum von großem Wert, der bei aller Mobilität der Bevölkerung gesichert werden muss. Kurze Wege, kompetente Ansprechpartner und stimmige Vernetzung von helfenden Partnern (Arzt, Facharzt, Spezialist, Krankenhaus) sind gegeben und dieser Status wird durch neue MVZ (Medizinische Versorgungszentren) und den Umbau der Kreisklinik gesichert.

Angesichts der demografischen Entwicklung und der Tatsache, dass es inzwischen mehr als 5.000 Menschen über 60 Jahren gibt, sind altersgerechte Wohnungen, mobile und stationäre Pflegeeinrichtungen vonnöten.



ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Seit viele Jahren gab es 10 Hausärzte auf ca. 22.000 Ew., seit 2009 derer 13 und aktuell 12. Das heißt für ca. 2000 Menschen einen Allgemeinarzt. Da die Ew.-Zahlen und der Versorgungsschlüssel an „zugewiesenen“ Hausärzten recht konstant geblieben sind, darf man davon ausgehen, dass die Versorgungsqualität angemessen gut ist.

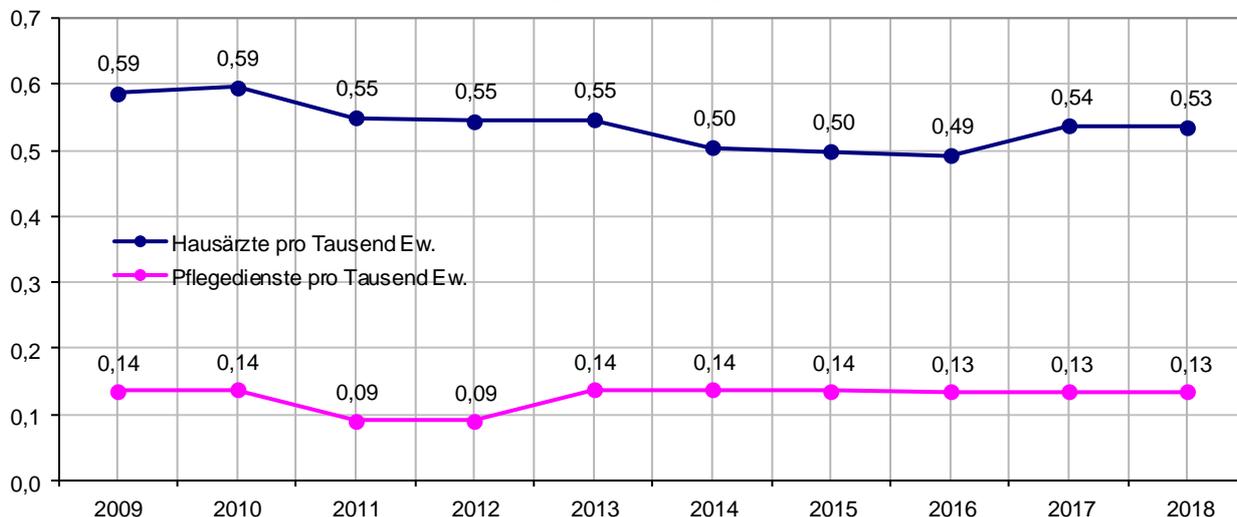
Seit 2013 gibt es in Groß-Umstadt drei Pflegedienste, vorher mal zwei oder auch schon drei.

Das Pflegeheim Haus Weinbergblick befindet sich durch den Niedergang der Gersprenz gGmbH im Umbruch, ist aber weiterhin nachgefragt und gut ausgelastet (s. D 8.1).

Quelle: KV Ärzte, mobile Pflegedienste LK Da-Di



Hausärzte und Pflegeeinrichtungen pro 1.000 Einwohner



Hohes Sicherheitsniveau

C 6.1 Bekannt gewordene Straftaten

DEFINITION

Die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS), die die Datengrundlage für diesen Indikator liefert, wird nach bundeseinheitlichen Richtlinien erstellt. Dabei werden alle von der Polizei bearbeiteten rechtswidrigen Taten einschließlich der mit Strafe bedrohten Versuche registriert, die im Zuständigkeitsbereich der Polizei begangen werden. In der PKS sind jedoch Staatsschutz-, Steuer- und reine Verkehrsdelikte nicht enthalten. Die Statistik kann durch zahlreiche Faktoren beeinflusst werden (zum Beispiel Veränderungen im Anzeigeverhalten oder der Intensität der Verbrechenskontrolle) und gibt naturgemäß keinen Aufschluss über das so genannte Dunkelfeld. Neben der Gesamtzahl an Straftaten zeigen wir als Sammelwert jene auf, die sich gegen Personen, Leben und Freiheit richten.

ZIELSETZUNG

Häufig beruhen Straftaten auf sozialen Problemen, die wiederum ihre Ursache in wirtschaftlichen Veränderungen haben können. Wachsende Armut und negative Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt sind hier ebenso zu nennen wie mangelnde Zukunftsperspektiven bei Jugendlichen. Natürlich sollte das Ziel sein, die Zahl der Straftaten möglichst gering zu halten. Die Angabe eines bestimmten Zielwertes erscheint jedoch - gerade unter Berücksichtigung der genannten Einflussfaktoren auf die Statistik - nicht sinnvoll.



ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Vergleicht man die uns vorliegende Zahl vom Land Hessen aus dem Jahr 2000 mit 69 Straftaten pro 1000 Einwohnern, bewegt sich Groß-Umstadt aufs gleiche Jahr bezogen bei knapp der Hälfte (36 Straftaten). Der Wert ist erfreulicherweise bis zum Jahr 2018 auf rund 26 gesunken. In absoluten Zahlen ausgedrückt, wurden 2018 in Groß-Umstadt 573 Straftaten verübt. Immerhin 93 davon richteten sich im gleichen Jahr gegen Personen, Leben oder Freiheit (sog. Rohheitsdelikte).

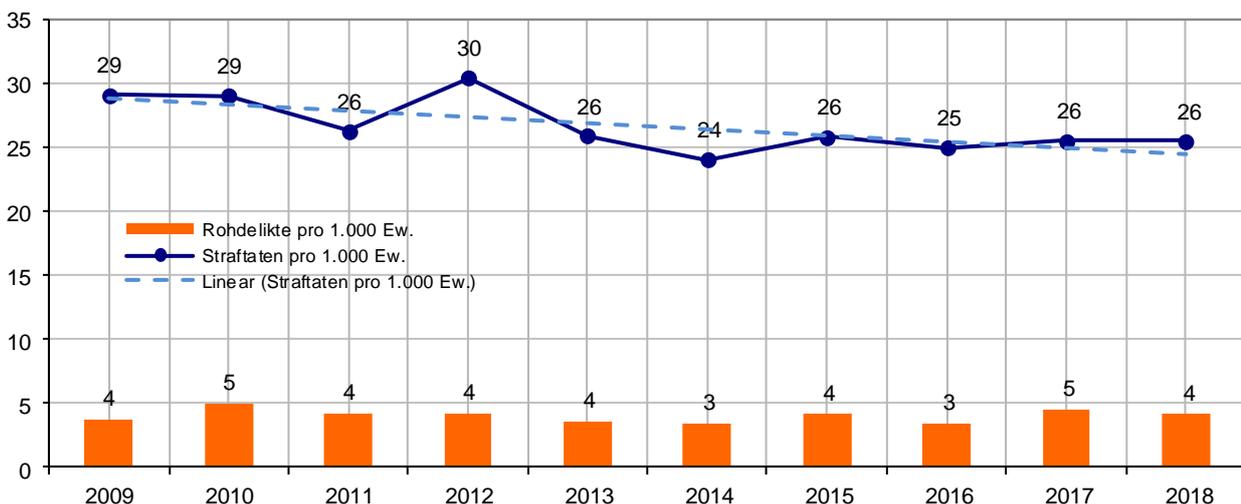
Hier sind z. T. politische Lösungen (Jugendarbeit, Integration, Schul- und Berufsperspektiven) gefragt, auch für den Freiwilligen Polizeidienst könnte sich eine Aufgabe ableiten durch erhöhte „Polizeipräsenz im Quartier“.

KHP: „Schutz vor Kriminalität (durch Polizei, Ordnungsamt, Feuerwehr, Bürgerinitiativen).“

Quelle: Polizeipräsidentium Südhessen



Straftaten pro 1000 Ew.



Hohes Sicherheitsniveau

C 6.2 Verkehrsunfälle insgesamt

DEFINITION

Hier werden die Verkehrsunfälle als Gesamtzahl abgebildet. Dazu zählen alle registrierten Unfälle, ungeachtet des Schadens bzw. der Beteiligten (PKW, Fußgänger, etc.).

ZIELSETZUNG

Ziel ist es, die Zahl der Unfälle so gering wie möglich zu halten. Das kann insbesondere innerorts durch kluge Steuerung der Verkehrsströme, durch bauliche Maßnahmen, durch Be- bzw. Entschilderung und durch Überwachung gelingen. Insbesondere auf der B 45 wären Geschwindigkeit reduzierende Maßnahmen vernünftig.



ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Hier liegen seit 2008 Zahlen des Polizeipräsidiums vor, die sich in der statistischen Methodik signifikant von der bisher genutzten Datenbasis des Hessischen Statistischen Landesamtes unterscheiden. Um eine nicht nachvollziehbare Vermischung zu vermeiden, stützt sich dieser Bericht weiterhin auf die Verkehrsunfallstatistik des PPD.

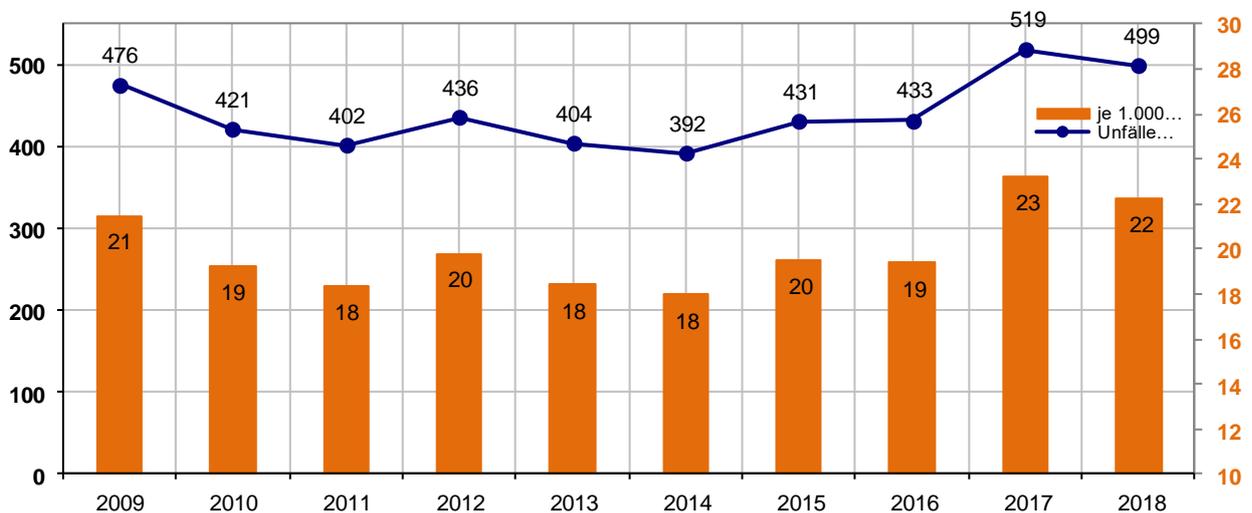
Die Unfallzahlen von 2018 zeigen für Groß-Umstadt zwar eine kleine Kehrtwende zum Guten (499 absolut), das Niveau ist aber im Vergleich zu den früheren Jahren immer noch sehr hoch.

KHP: „Sicherung der Mobilität durch Verkehrsführung, Verkehrsreduzierung und die Verkehrsberuhigung.“



Quelle: Polizeipräsidium Südhessen

Verkehrsunfälle



Hohes Sicherheitsniveau

C 6.3 Verkehrsunfälle mit Personenschäden

DEFINITION

Die Zahl der Verkehrsunfälle mit Personenschaden umfasst alle getöteten Personen, Schwerverletzten und Leichtverletzten. Als Getötete werden die Personen in der Statistik aufgeführt, die auf der Stelle getötet wurden oder innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen starben; Schwerverletzte sind Personen, die unmittelbar in ein Krankenhaus zur stationären Behandlung eingeliefert wurden und unter die Leichtverletzten werden alle übrigen subsumiert, deren Verletzungen keinen stationären Krankenhausaufenthalt erforderten.

ZIELSETZUNG

Ziel ist es, die Zahl der Unfälle so gering wie möglich zu halten. Das kann insbesondere innerorts durch kluge Steuerung der Verkehrsströme, durch bauliche Maßnahmen, durch Be- bzw. Entschärfung und durch Überwachung gelingen. Insbesondere auf der B 45 wären Geschwindigkeit reduzierende Maßnahmen vernünftig.



ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

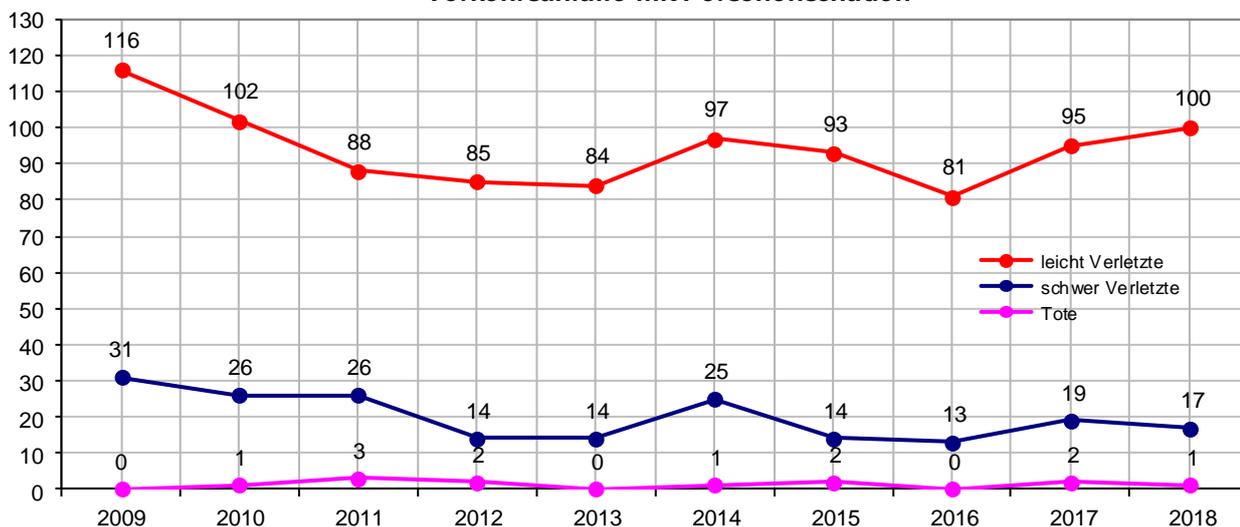
Hier ist seit Beginn des neuen Jahrzehnts eine zaghafte sinkende Tendenz erkennbar, doch diese Zahlen bedeuten auf lange Sicht gesehen nicht wirkliche Veränderungen. So kamen auch 2011 noch 3 und 2012 noch 2 Menschen ums Leben. Es darf kein Nachlassen an Aufklärung, Verkehrserziehung, Unfallanalyse, Verkehr steuernden und Geschwindigkeit reduzierenden Maßnahmen geben, um auf eine möglichst geringe Unfallzahl hinzuwirken.

KHP: „Sicherung der Mobilität durch Verkehrsführung, Verkehrsreduzierung und die Verkehrsberuhigung.“

Quelle: Polizeipräsidium Südhessen



Verkehrsunfälle mit Personenschäden



Hohes Sicherheitsniveau

C 6.4 Verkehrsunfälle nach Beteiligengruppen

Definition

Hier werden noch einmal bestimmte Unfallarten unterschieden, die ebenfalls eine deutliche Sprache sprechen. Aufgezeigt ist die Kategorie Rauschmittelunfälle, also alle, bei denen der „menschliche Einflussfaktor“ (zumeist Alkohol) eine Rolle gespielt hat und die Unfälle mit den Beteiligengruppen Fußgänger, Radfahrer und Mofa-/KRAD-Fahrer. Letztere Zahlen treffen keine Aussage, warum und unter welchen Umständen diese Unfälle passiert sind.

ZIELSETZUNG

Ziel ist es, die Zahl der Unfälle so gering wie möglich zu halten. Das kann insbesondere innerorts durch kluge Steuerung der Verkehrsströme, durch bauliche Maßnahmen, durch Be- bzw. Entschärfung und durch Überwachung gelingen. Insbesondere auf der B 45 wären Geschwindigkeit reduzierende Maßnahmen vernünftig.



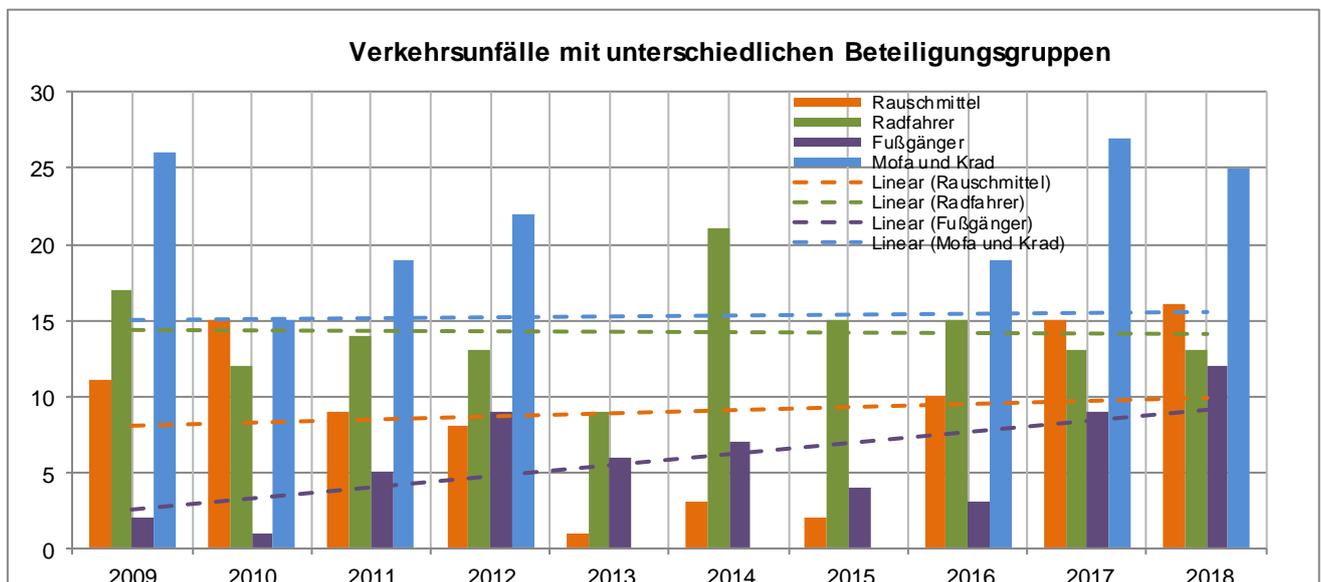
ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Hier fällt auf den ersten Blick auf, dass die Zahl der Unfälle, bei denen „Rauschmittel“ eine Rolle spielen, in den vergangenen 10 Jahren von 15 auf 1 gesunken war, seitdem aber wieder bis auf 16 angestiegen ist.

Einen ähnlichen Aufwärtshaken machen die Unfälle mit Fußgängern. Bei Mofa und Krad liegen für 3 Jahre keine Zahlen vor, deren Unfallzahlen und die der Radfahrer sind aber tendenziell gleichbleibend hoch.

KHP: „Sicherung der Mobilität durch Verkehrsführung, Verkehrsreduzierung und die Verkehrsberuhigung.“

Quelle: Polizeipräsidium Südhessen



Die Indikatoren

PARTIZIPATION

- D 1** **Kommunaler Einsatz für internationale Gerechtigkeit**
 - D 1.1** Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit

- D 2** **Demokratisches Engagement**
 - D 2.1** Wahlbeteiligung bei Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung

- D 3** **Ehrenamtliches Engagement**
 - D 3.1** Zahl der eingetragenen Vereine
 - D 3.2** Zuschüsse an Vereine und Selbsthilfegruppen

- D 4** **Teilhabe am Nachhaltigkeitsprozess**
 - D 4.1** Beteiligungsstruktur in Groß-Umstadt

- D 5** **Verbesserung der Lebensumwelt von Kindern und Jugendlichen**
 - D 5.1** Ausgaben für Kinder- und Jugendarbeit
 - D 5.2** Anteil der Ganztagesplätze in Kinderbetreuungseinrichtungen
 - D 5.3** Zahlenentwicklung der 2- bis 6-Jährigen

- D 6** **Gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am öffentlichen Leben**
 - D 6.1** Anteil der Frauen im Kommunalparlament

- D 7** **Behinderte**
 - D 7.1** Mitglieder und Medaillen im Behindertensport

- D 8** **Senioren**
 - D 8.1** Auslastung des Pflegeheims

Kommunaler Einsatz für internationale Gerechtigkeit

D 1.1 Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit

DEFINITION

Für diesen Indikator werden die im kommunalen Haushalt ausgewiesenen Ausgaben im Rahmen der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit erfasst und auf den Gesamthaushalt bezogen. Kommunale Entwicklungszusammenarbeit (KEZ) kann mehrere Bereiche umfassen: die Förderung der Anliegen von Ländern der Dritten Welt in der eigenen Kommune, die Unterstützung von Projekten oder Städtepartnerschaften in einem Entwicklungsland sowie die Unterstützung von internationalen Organisationen. Ergänzend können auch die kommunalen Ausgaben für fair gehandelte Produkte ausgewiesen werden.

ZIELSETZUNG

Außen- und Entwicklungspolitik fallen in erster Linie in den Zuständigkeitsbereich des Bundes. In den vergangenen Jahrzehnten hat sich aber die kommunale Entwicklungszusammenarbeit als freiwilliger und ergänzender Handlungsbereich der Kommunen etabliert und bewährt. Der dauerhafte Erfolg der internationalen Zusammenarbeit und der vielfältigen ehrenamtlichen Arbeit setzt voraus, dass ein Mindestmaß an finanziellen Mitteln von der Kommune bereitgestellt wird. Zwar können entwicklungspolitische Belange bei der Umsetzung der Lokalen Agenda 21 in Deutschland nicht im Vordergrund stehen, doch beruhen die Agenda 21 und das Konzept der nachhaltigen Entwicklung darauf, sich der globalen Verantwortung des eigenen Handelns und Wirtschaftens bewusst zu sein.



ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Seit 1987 unterstützte die Stadt Groß-Umstadt jedes Jahr Organisationen, die Entwicklungshilfe leisten. Mindestens 2.500,- € standen dafür im Haushaltsplan. Bei Naturkatastrophen wie z. B. die Flutkatastrophe in Südostasien wurden zusätzliche Mittel eingestellt.

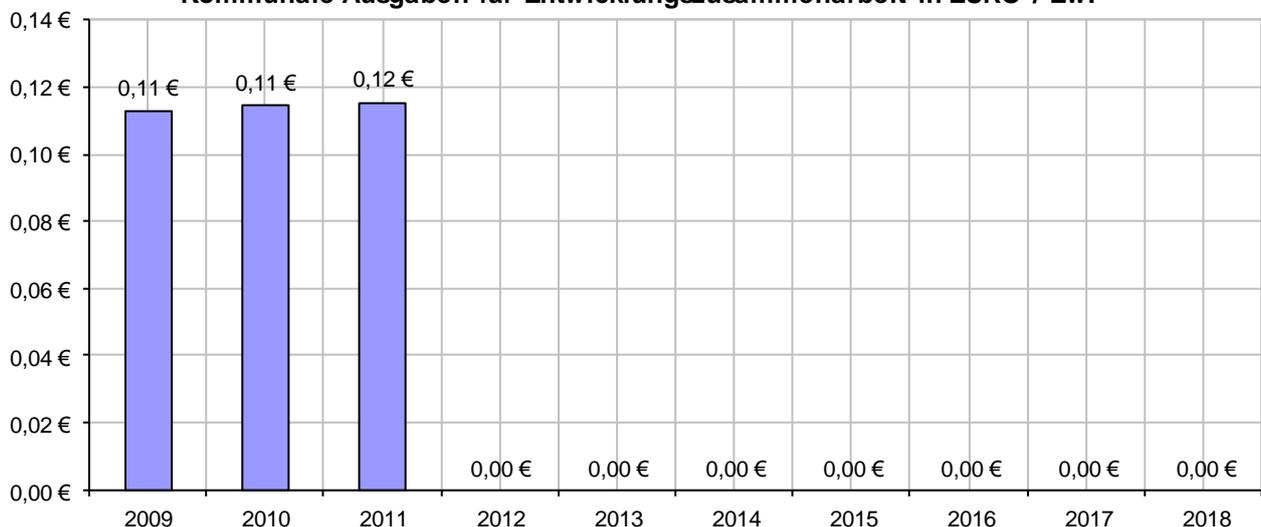
Dazu zählten auch die seit vielen Jahren bereitgestellten 4.000,- € für die Erholungsreisen der „Tschernobyl-Kinder“ in den Landkreis und nach Groß-Umstadt (s. Foto). Diese Zuschüsse wurden aber inzwischen auch eingestellt, so dass im Jahr 2012 erstmals keine Mittel für diese Zwecke bereitgestellt wurden.

Seit 2015 ist Groß-Umstadt Fairtrade-Stadt, seitdem wird im Rathaus Fairtrade-Kaffee ausgeschenkt. Der kommt seit der Öffnung im Jahr 2017 vom Groß-Umstädter Weltladen. Die Stadt hält seitdem auch 10 Anteile (1000,- €) an der gemeinnützigen Genossenschaft.

Quelle: Stadt Groß-Umstadt



Kommunale Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit in EURO / Ew.



Hohes demokratisches Engagement

D 2.1

Wahlbeteiligung bei Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung

DEFINITION

Die Wahlbeteiligung drückt das Verhältnis aus zwischen der Anzahl der bei einer Wahl abgegebenen gültigen und ungültigen Stimmen und der Gesamtzahl der Wahlberechtigten. Die Vorschriften der Wahlberechtigung sind für alle Wahlarten weitgehend einheitlich. Wahlberechtigt ist jeder Deutsche im Sinne des Grundgesetzes, der am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet hat und seit mindestens drei Monaten im Geltungsbe- reich des jeweiligen Wahlgesetzes beziehungsweise im Wahlgebiet seinen (Haupt-)Wohnsitz hat. Seit dem Vertrag von Maastricht (1992) haben auch EU-Bürger in den Kommunen das aktive und passive Wahlrecht.

ZIELSETZUNG

Wenn es gelänge, Kommunalpolitik mit den Zielen der Nachhaltigkeit und der Lokalen Agenda 21 für die Bürger so interessant zu machen, dass sich an den Kommunalwahlen mindestens so viele Bürgerinnen und Bürger beteiligten wie an Bundestagswahlen, wäre dies ein beachtlicher Erfolg und eine gute Grundlage für eine nachhaltige Kommunalpolitik.

An der Bundestags- und Landtagswahl 2013 beteiligten sich in Groß-Umstadt 76,7 %, An der Kommunalwahl 2011 beteiligten sich gerade mal 41,32 % (s. Grafik). Dies war die geringste Wahlbeteiligung auf kommunaler Ebene seit den ersten Kommunalwahlen 1946.



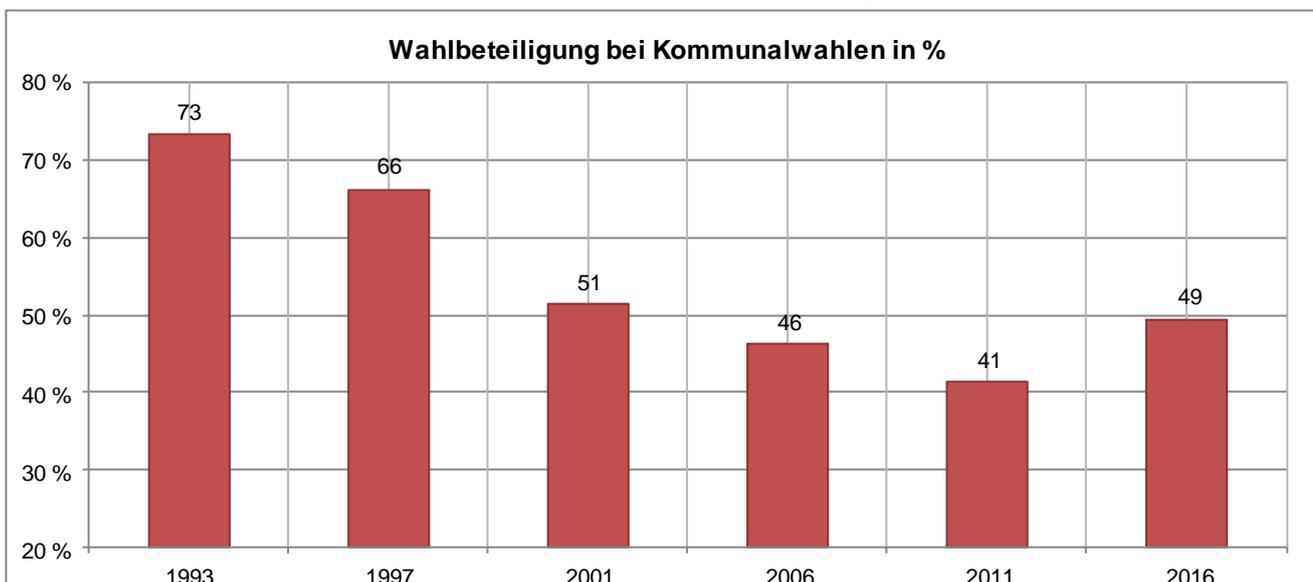
ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Bis einschließlich 1989 hatte die Beteiligung immer über 75 Prozent gelegen. Seit 1989 war die Beteiligung stark rückläufig. Bei der Interpretation des Indikators ist grundsätzlich zu beachten, dass die Beteiligung bei Kommunalwahlen sehr stark beeinflusst werden kann, wenn diese parallel oder zeitnah zu einer anderen Wahl, also Bundestags-, Landtagswahl oder der Wahl zum Europaparlament stattfinden.

Groß-Umstadt bewegt sich im allgemeinen Trend - die Wahlbeteiligung sank über mehrere Wahlen, im Jahr 2016 ist eine deutliche Trendumkehr zu erkennen.

Erstaunlich ist die Erkenntnis, dass 20 Jahre Lokale Agenda, Beteiligung beim FNP, in der Dorferneuerung und die insgesamt sehr offene und transparente Politik/Verwaltung offensichtlich keine positive Auswirkung auf die Wahlbeteiligung haben.

Quelle: Stadt Groß-Umstadt



Hohes ehrenamtliches Engagement

D 3.1 Zahl der eingetragenen Vereine

DEFINITION

Hier wird die Anzahl der in der Abteilung 150 (Stadtmarketing) bekannten Vereine auf die Anzahl der Einwohner bezogen. Berücksichtigt sind hier auch jene Gruppen, die wie ein Verein arbeiten, aber nicht als e.V. firmieren. So ist die Zahl von ungefähr 200 „Vereinen“ auch nicht ganz korrekt. Jährliche Schwankungen sind so gering, dass die kleinen Bewegungen in der Kurve mehr mit den sich verändernden Einwohnerzahlen zu tun haben.

ZIELSETZUNG

Ein hohes Maß an ehrenamtlichem Engagement ist ein so genanntes „weiches Ziel“, das sich statistisch nur schwer erfassen lässt. Wichtige Faktoren sind in erster Linie ein hoher Anteil der Bevölkerung, der ehrenamtlich tätig ist und die von diesen Aktiven geleistete Arbeit. Flächendeckende Daten sind hierzu nicht verfügbar, die Anzahl der eingetragenen Vereine kann aber als Orientierungsgröße dienen, auch wenn diese Messgröße mit einer gewissen Unschärfe behaftet ist.

Bei einem relativ hohen Wert steigt die Wahrscheinlichkeit, dass die unterschiedlichen Bedürfnisse in der Gemeinde abgedeckt werden können. Statistisch gesehen ist jeder Deutsche in mindestens einem der rund 580.000 Vereine vertreten (www.planet-wissen.de)

KHP: „Orts- und Vereine übergreifende Veranstaltungen und Feste organisieren (um Übersättigung zu vermeiden) - Vereine sollten „offene Räume“ im Sinne des AK Lebensqualität schaffen - Ehrenamtlichen konkreten Wertvorteil bieten - Übungsstunden in den städtischen Hallen sollen kostenlos bleiben - städt. Kulturprogramm mit kompetenten Bürgern erarbeiten - Bereitschaft für mehr ehrenamtliche Aktivitäten wecken.“



ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Das Vereinsleben in Groß-Umstadt ist sehr vielfältig und sowohl im Bestand der Vereinszahlen als auch in den Mitgliederzahlen (soweit einschätzbar) lebendig und stabil.

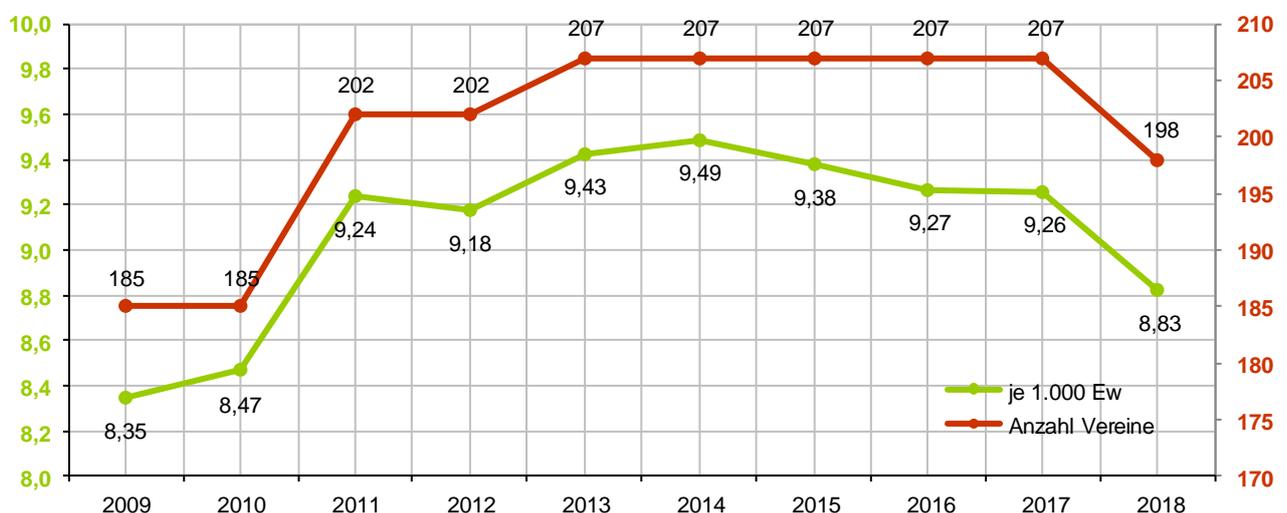
Groß-Umstadt wirbt mit den Leitbegriffen SPORT, KULTUR, FREIZEIT und BILDUNG für die ca. 200 Vereine, wohl wissend, dass diese vier im Ehrenamt bedienten Lebensbereiche tatsächlich erfüllt werden und die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger erheblich verbessern. Gemeinschaft und Geselligkeit spielen eine übergeordnete Rolle, weshalb es auch ganz wichtig ist, Kinder und Jugendliche einzubinden.

Allein im Agenda-Prozess seit 1999 sind drei neue Vereine gegründet worden, der Heimat- und Geschichtsverein Kleestadt, das Kulturnetz in Heubach und die Kulturinitiative in Klein-Umstadt. Neue Dorf-AGs und z.B. der Weltladen bieten weiteres ehrenamtliches Engagement in rechtlichen Strukturen. Darüber hinaus ist das „ungebundene“ Engagement sehr lebendig, erkennbar u.a. an der Ehrenamtsagentur.

Quelle: Stadt Groß-Umstadt



Vereine und Initiativen pro 1.000 Ew.



Hohes ehrenamtliches Engagement

D 3.2 Zuschüsse an Vereine und Selbsthilfegruppen

DEFINITION

Hier wird die Summe aller im Ergebnishaushalt der Kommune verzeichneten Ausgaben für eingetragene und nicht eingetragene Vereine sowie für Selbsthilfegruppen auf die Einwohnerzahl bezogen. Die Vereinsförderung gilt für Sportvereine, Kulturvereine, Vereine zur Unterstützung der Erziehung und Jugendhilfe, schulische Nachmittagsbetreuung und Förderung der Jugendarbeit in den Vereinen. Verteilungsschlüssel:
 20 % - Jugendförderung in den Vereinen
 60 % - Förderung der Erziehung
 20 % - Kultur und Sonstiges

ZIELSETZUNG

Ein hohes Maß an ehrenamtlichem Engagement ist ein so genanntes „weiches Ziel“, das sich statistisch nur schwer erfassen lässt. Wichtige Faktoren sind in erster Linie ein hoher Anteil der Bevölkerung, der ehrenamtlich tätig ist und die von diesen Aktiven geleistete Arbeit. Flächendeckende Daten sind hierzu nicht verfügbar, die Anzahl der eingetragenen Vereine kann aber als Orientierungsgröße dienen, auch wenn diese Messgröße mit einer gewissen Unschärfe behaftet ist.

Bei einem relativ hohen Wert steigt die Wahrscheinlichkeit, dass die unterschiedlichen Bedürfnisse in der Gemeinde abgedeckt werden können. Statistisch gesehen ist jeder Deutsche in mindestens einem der rund 580.000 Vereine vertreten (www.planet-wissen.de)



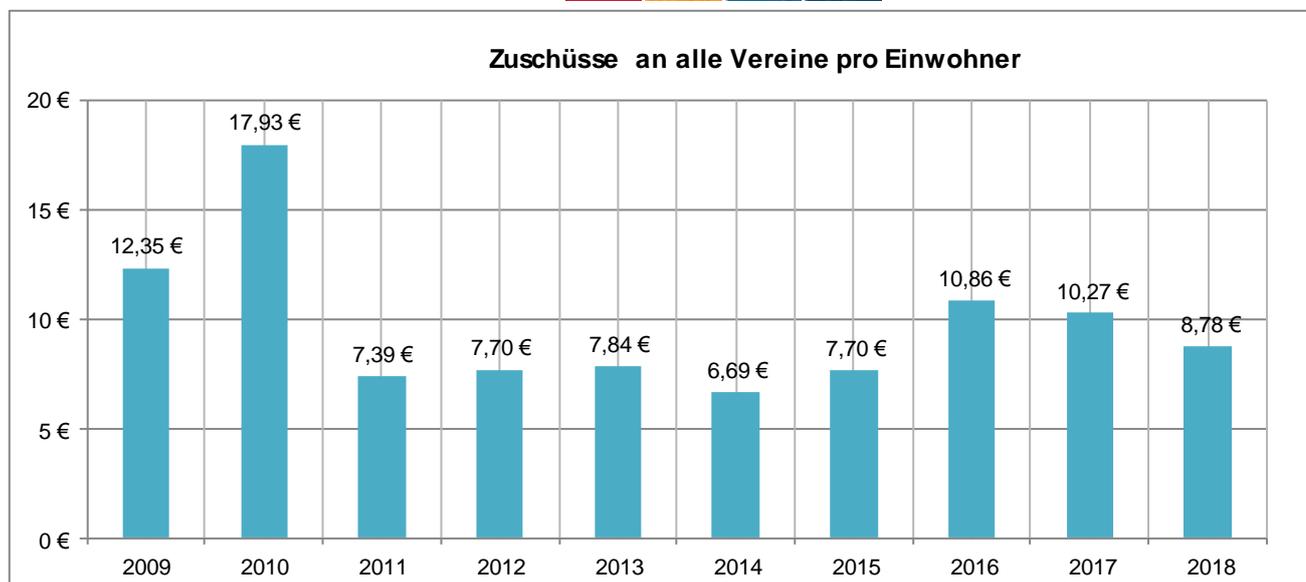
ENTWICKLUNG UND ZIELSETZUNG

Das Diagramm zeigt die Entwicklung der städtischen Vereinszuschüsse. Bemerkenswert ist, dass die Förderung zwar grundsätzlich Bestand hat, vor acht Jahren aber sank und seitdem auf stabilem Niveau aufrecht erhalten werden konnte.

Diese freiwillige Förderung ist ein wesentlicher Bestandteil der Politik in Groß-Umstadt.

KHP: „Orts- und Vereine übergreifende Veranstaltungen und Feste organisieren (um Übersättigung zu vermeiden) - Vereine sollten „offene Räume“ im Sinne des AK Lebensqualität schaffen - Ehrenamtlichen konkreten Wertvorteil bieten - Übungsstunden in den städtischen Hallen sollen kostenlos bleiben - städt. Kulturprogramm mit kompetenten Bürgern erarbeiten - Bereitschaft für mehr ehrenamtliche Aktivitäten wecken.“

Quelle: Stadt Groß-Umstadt



Teilhabe am Nachhaltigkeitsprozess

D 4.1 Beteiligungsstruktur in Groß-Umstadt

DEFINITION

Der Kernbereich des Indikators sollte aus zwei Komponenten bestehen: der Summe der Stunden, die von den Teilnehmern an Sitzungen der Arbeitskreise und sonstigen Gruppen im Rahmen der Lokalen Agenda 21 ehrenamtlich geleistet werden und der Summe der Arbeitsstunden für einzelne Projekte. Der Gesamtwert muss dann auf die Einwohnerzahl bezogen werden, um die zeitliche und interkommunale Vergleichbarkeit zu ermöglichen. Für die Interpretation des Indikators ist zu beachten, dass damit nur ein Teil des bürgerschaftlichen Agenda-Engagements erfasst wird, da viele Mitwirkende sich in ihrer Freizeit auch über die gemeinsamen Sitzungen und Projekte hinaus mit dem Thema beschäftigen.

Die zunächst vom Agenda-Prozess ausgehende Bürgerbeteiligung hat sich im Laufe der Zeit weiterentwickelt in Verfahren zum Bürgerhaushalt, zur Flüchtlingshilfe und zum ungebundenen Bürgerengagement mit Unterstützung der Ehrenamtsagentur und neu gestärkt durch das kommunale Integrations- und Vielfaltskonzept.

ZIELSETZUNG

Die Lokale Agenda 21 ist als partizipativer Prozess angelegt und muss eine möglichst breite Bürgerbeteiligung anstreben, wenn der langfristige Erfolg sichergestellt werden soll. Dies lässt sich nicht an einem bestimmten Zielwert festmachen, sondern muss in Abhängigkeit von der konkreten Situation diskutiert werden. Es kommt darauf an, die Entwicklung insgesamt sowie bei einzelnen Projekten zu beobachten. Ein alarmierendes Zeichen für die dauerhafte Arbeitsfähigkeit ist sicherlich, wenn die Zahl der Teilnehmer sinkt, die Treffen seltener und die Projekte weniger werden. Umgekehrt sind stabile oder steigende Teilnehmerzahlen und regelmäßige Sitzungen und damit ein konstanter oder zunehmender Indikatorwert ein positives Zeichen für die Vitalität des Agenda-Prozesses in einer Kommune.

KHP: „Die Stadtverordnetenversammlung sieht in dem Agenda-Prozess eine wichtige bürgerschaftliche Unterstützung ihrer kommunalen Aufgaben, die zu neuen Ideen führt, neue Wege zu einem übergreifenden Konsens auslotet und Selbsthilfe organisiert.“



ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Der Nachweis über die seit fast 20 Jahren ehrenamtlich geleisteten Stunden ist nicht zu erbringen. Der Aufwand erscheint sehr hoch, zumal in fast allen Stadtteilen Bürgergruppen aktiv sind, deren eingesetzte Personenstunden kaum nachvollziehbar sind.

Die Strukturen sind über die Jahre und mit zunehmender Selbstständigkeit und Selbstverständlichkeit des Prozesses wechselnd. Aus den Werkstätten im Jahr 1999 wurden Arbeitskreise, von denen einige noch immer aktiv sind, die Strategieguppe erfüllt unverändert ihre Funktion, neue Formen der Zusammenarbeit (Politik, Verwaltung, Bürger) sind aktuell. Dazu kommen die Agenda-Projekte und Initiativen der Ortsbeiräte, die Beteiligungsstrukturen bei der Dorferneuerung bzw. bei „Unser Dorf hat Zukunft“. Mitwirkung beim Flächennutzungsplan, Verkehrsentwicklungsplan, am Klimaschutzkonzept, bei Foren, sonstigen Veranstaltungen und nicht zuletzt im Bereich Migration, Integration und Vielfalt gehören dazu.

Quelle: Stadt Groß-Umstadt



Verbesserung der Lebensumwelt von Kinder und Jugendlichen

D 5.1 Ausgaben für Kinder- und Jugendarbeit

DEFINITION

Erfasst sind hier die Ausgaben für die gesamte Kinder- und Jugendarbeit mit Ausnahme der Kosten für die Verwaltung und für Investitionen.

ZIELSETZUNG

Die Förderung von Kindern und Jugendlichen und die Berücksichtigung ihrer Interessen ist eine wichtige Forderung der Agenda 21. Die Befriedigung der Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen im Gemeinwesen muss von der Kommune aktiv gefördert werden. Auch das Ziel, soziale Probleme und Spannungen zu vermeiden, gebietet es, diese wichtige Aufgabe angemessen und dauerhaft wahrzunehmen. Der Umfang der erforderlichen Leistungen lässt sich per se nicht als konkrete langfristige Zielvorgabe bestimmen, sondern kann über die Jahre durchaus gewissen Schwankungen unterliegen. Diese sollten sich in erster Linie an den sozialpolitischen Notwendigkeiten orientieren.



ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

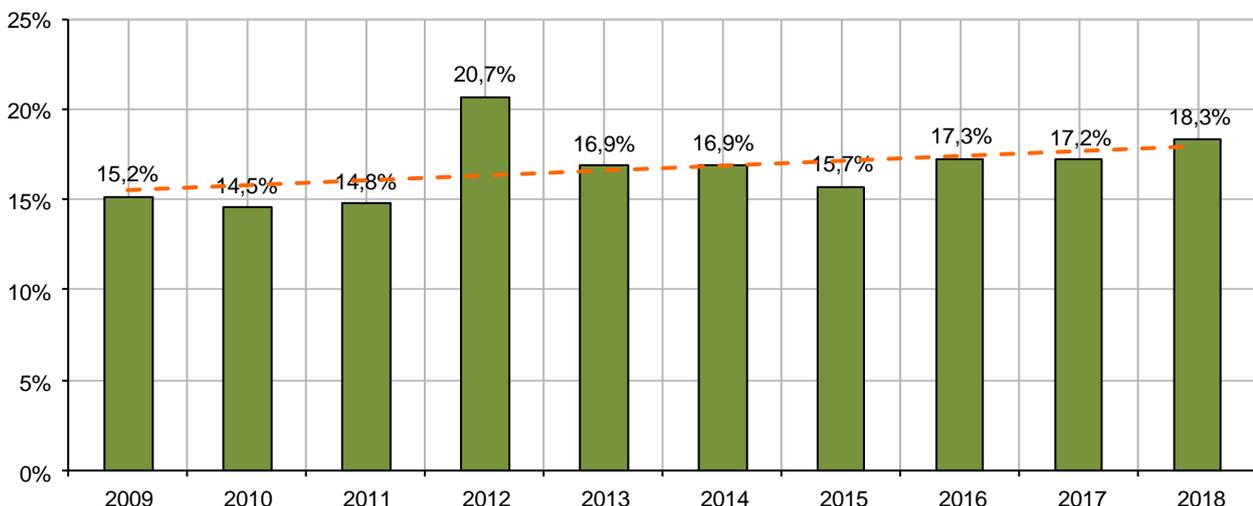
Die Steigerung der kommunalen Ausgaben für Kinder- und Jugendarbeit begründet sich in Groß-Umstadt mit dem Ausbau der Angebote. Im Kindertagesstättenbereich liegt die Ausweitung der Betreuung von Ein- bis Zwölfjährigen (Krippe, Kindergarten, Hort) vor. Gleichzeitig war das Serviceangebot der Mittagsversorgung und der Betreuungszeiten den Familiensituationen anzupassen und zu erweitern.

Im Bereich der Ferienbetreuung der Jugendarbeit wurde die zweitgrößte Spielstadt Deutschlands 2001 gegründet. „Mini-Umstadt“ bietet ein zweiwöchiges Spielkonzept für Kinder von 6 bis 12 Jahren. Ebenso fällt in den Bereich der Jugendarbeit der Betrieb des Jugendzentrums in der Kernstadt sowie der Jugendcontainer in den Stadtteilen. Auch die Schulsozialarbeit an der Ernst-Reuter-Schule ist etabliert. Betreuende Grundschulen wurden flächendeckend eingeführt.

Quelle: Stadt Groß-Umstadt



Kommunale Ausgaben für Kinder- und Jugendarbeit in % vom Ergebnishaushalt



Verbesserung der Lebensumwelt von Kinder und Jugendlichen

D 5.2

Anteil der Ganztagesplätze in Kinderbetreuungseinrichtungen

DEFINITION

Grundlage der Kinderbetreuung innerhalb der Kommunen bildet das Hess. Kinder- und Jugendhilfegesetzbuch. Danach besteht sowohl für die Betreuung von Kindern, die das dritte Lebensjahr noch nicht vollendet haben, als auch für Kinder, die das 3. Lebensjahr vollendet haben, ein gesetzlicher Rechtsanspruch auf frühkindliche Förderung in einer Tageseinrichtung oder in der Kindertagespflege. § 24 SGB VIII (Sozialgesetzbuch, Kinder- und Jugendhilfe) regelt beide Altersbereiche

Die Zahlen gelten für den Stichtag 01.03.2019 auf Grundlage der statistischen Werte des Landkreises Darmstadt-Dieburg, der Kita-Fachberatung und -Aufsicht. Erfasst sind alle Kinderbetreuungseinrichtungen in Groß-Umstadt mit diesem Platzangebot:

418	Kommunale Plätze
340	Kirchliche Plätze
75	Plätze von Elterninitiativen
25	Tagespflegeplätze
858 + 1	Gesamt

ZIELSETZUNG

Es ist politisches Ziel der Stadt Groß-Umstadt, allen Kindern zwischen 3 und 12 Jahren eine altersgemäße Betreuung anzubieten. Das ist zunächst ganz wichtig für die Kinder selbst, die in den Betreuungseinrichtungen all das erleben und lernen können, was über die Erziehungsarbeit zu Hause hinaus geht. Der klare Bildungsauftrag z. B. an die Kindergärten erfordert ausreichend Räume, qualifiziertes Personal und Konzepte, um die gewollten und auferlegten Erziehungsziele zu erreichen. Hinzu kommt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die allen Beteiligten möglich und erträglich gemacht werden soll.



ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

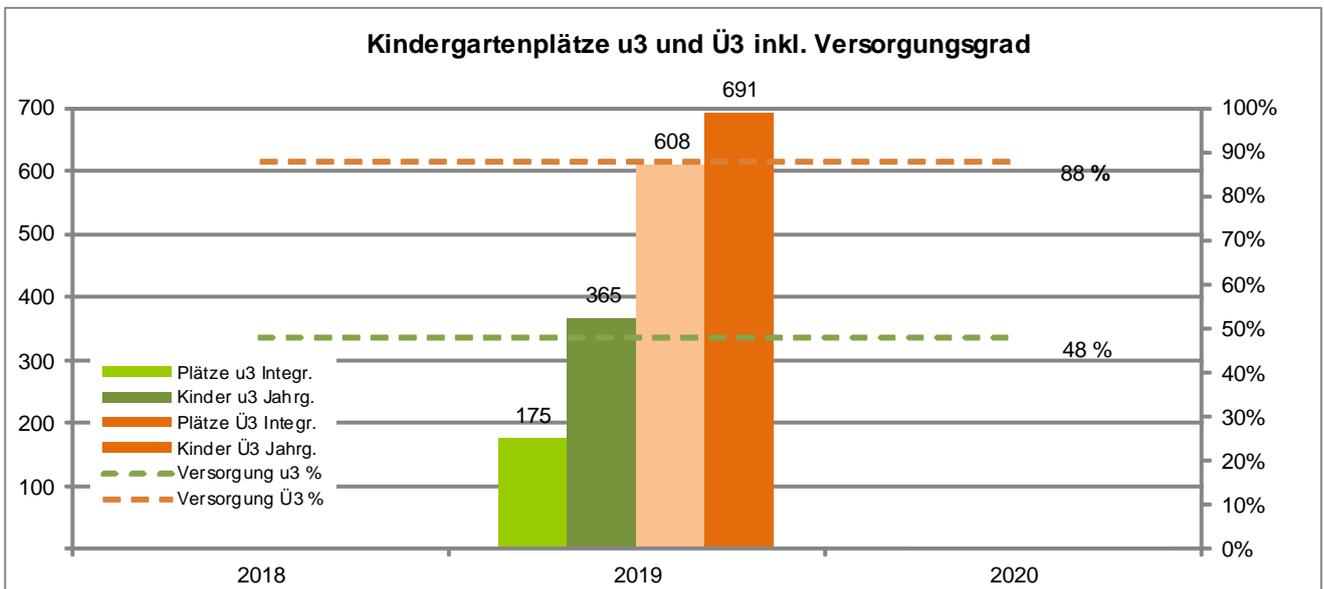
Die seit vielen Jahren vorbildliche und stets aktualisierte Bedarfsanpassung in den kommunalen Kindergärten, bei Hort- und Grundschuleinrichtungen erfüllt weitgehend alle Ziele, die nach derzeitigen Maßstäben erforderlich sind und nachgefragt werden (vgl. Kita-Entwicklungsplan - Fortschreibung Kita 21Kita).

Die KiTas haben moderne Einrichtungen, aktuelle Konzepte sehen im Interesse der Eltern sehr hohe Flexibilität vor, was sowohl das Gebührengesetz, die Buchbarkeit von Extra-Stunden oder auch die Mittagsverpflegung angeht.

Ab dem Kindergartenjahr 2020/21 sind die neuen u3-Gruppen in Semd und bei der Kinderinsel mit 24 u3-Plätzen einzurechnen. Zusätzliche Erweiterungen bzw. Neubauten sind fest geplant (z.B. Wiebelsbach) und sollen die offensichtliche Lücke zwischen Nachfrage/Bedarf und Versorgungsgrad (48% bei u3, 88% bei Ü3) schließen.

KHP „AK Frauen“: Versorgungsarbeit muss mit der Erwerbstätigkeit von Frauen vereinbar sein. Nachteile, die aus einer Doppelbelastung entstehen, müssen durch entsprechende Maßnahmen ausgeglichen werden.“

Quelle: LK Da-Di, Stadt Groß-Umstadt



Verbesserung der Lebensumwelt von Kinder und Jugendlichen

D 5.3 Zahlenentwicklung der 2- bis 6-Jährigen

DEFINITION

Seit dem 1. August 2013 müssen die Kommunen den Rechtsanspruch auf einen Platz in einer Tageseinrichtung oder in der Kindertagespflege für Kinder ab Vollendung des ersten Lebensjahres erfüllen.

Nachfrage und Angebot lassen sich ermessen, wenn die Zahlenentwicklung bekannt ist. Hier werden zunächst die Jahrgänge der 2- bis 6-Jährigen abgebildet, wie die zukünftige Entwicklung aussieht wird der nächste Bericht zeigen.

ZIELSETZUNG

Kinder und Familien brauchen beste Chancen und Perspektiven. Kinder brauchen beste Bildung und Betreuung. „Kein Kind zurücklassen“ könnte das Leitmotiv sein. Der Ausbau der u3-Plätze, die Verbesserung der frühkindlichen Bildung und der Qualität der Betreuung sind die zentralen Ziele. Wer in Kinder investiert, investiert in die Zukunft.

Eine konkrete Zielmarke ist nicht definiert, - entscheidend ist, den Versorgungsgrad zu verbessern (s. D 5.2.) und die Balance zwischen Nachfrage und Umsetzbarkeit (Finanzen/Raumkapazitäten/Personal) zu finden. Da sind keine kurzfristigen Lösungen möglich, der Kita-Entwicklungsplan trifft aber elementare Aussagen und ist ein wertvollen Planungsinstrument.



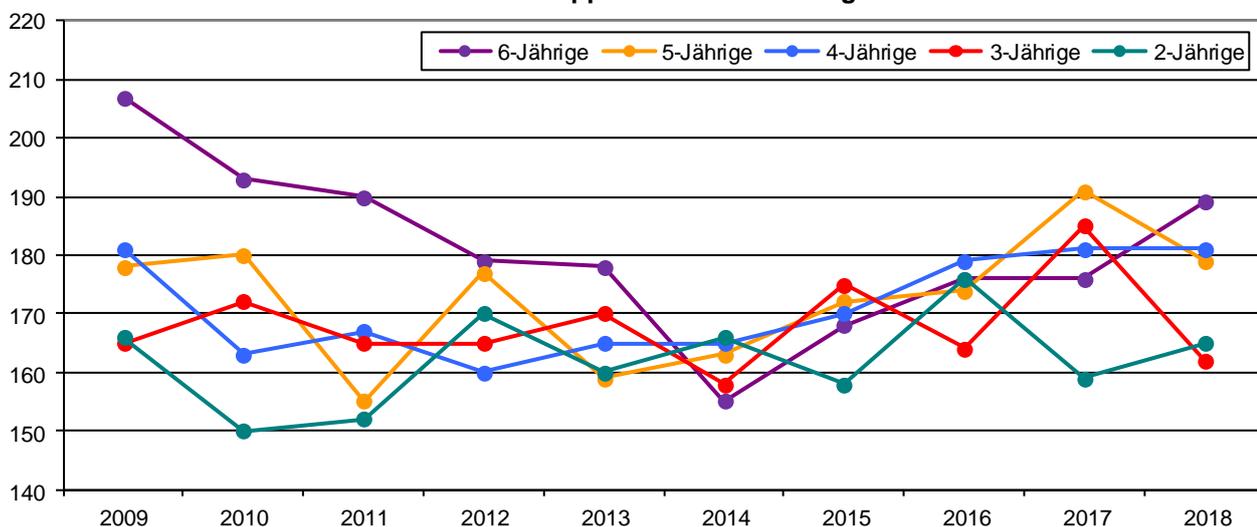
ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Analog zu den Indikatoren, die sich mit der Einwohnerentwicklung bzw. der Altersstruktur befassen, ist nicht zu übersehen, dass die Zahl der Kinder nach einem Tiefpunkt im Jahr 2014 langsam wieder ansteigt. Die Zahl der Geburten ist eine im Prinzip verlässliche Plangröße, unplanbar sind Wanderungsbewegungen, Fort- und Zuzüge.

Quelle: Stadt Groß-Umstadt



Gruppe der 2- bis 6-Jährigen



Gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am öffentliche Leben

D 6.1 Anteil der Frauen im Kommunalparlament

DEFINITION

Die Zahl der Frauen im Kommunalparlament wird in Bezug gesetzt zur Gesamtzahl der gewählten Mandatsträger. Die hier abgebildeten Zahlen berücksichtigen die jeweiligen Wahlergebnisse und die Nachrückerinnen, es handelt sich also jahresbezogen um den tatsächlichen Anteil an Frauen in der STVV.

ZIELSETZUNG

Die Festlegung eines Zielwertes (Quote) für diesen Indikator erscheint nicht sinnvoll. Unbestritten ist jedoch, dass Frauen häufig eine andere Sicht in politische Diskussionen einbringen und vor allem auch unterschiedlich von politischen Entscheidungen betroffen sind. Es ist weiterhin davon auszugehen, dass die Berücksichtigung dieser spezifischen Interessen eher sichergestellt werden kann, wenn der Anteil der Frauen in den politischen Entscheidungsgremien nicht allzu weit von ihrem Anteil an der Bevölkerung entfernt ist.



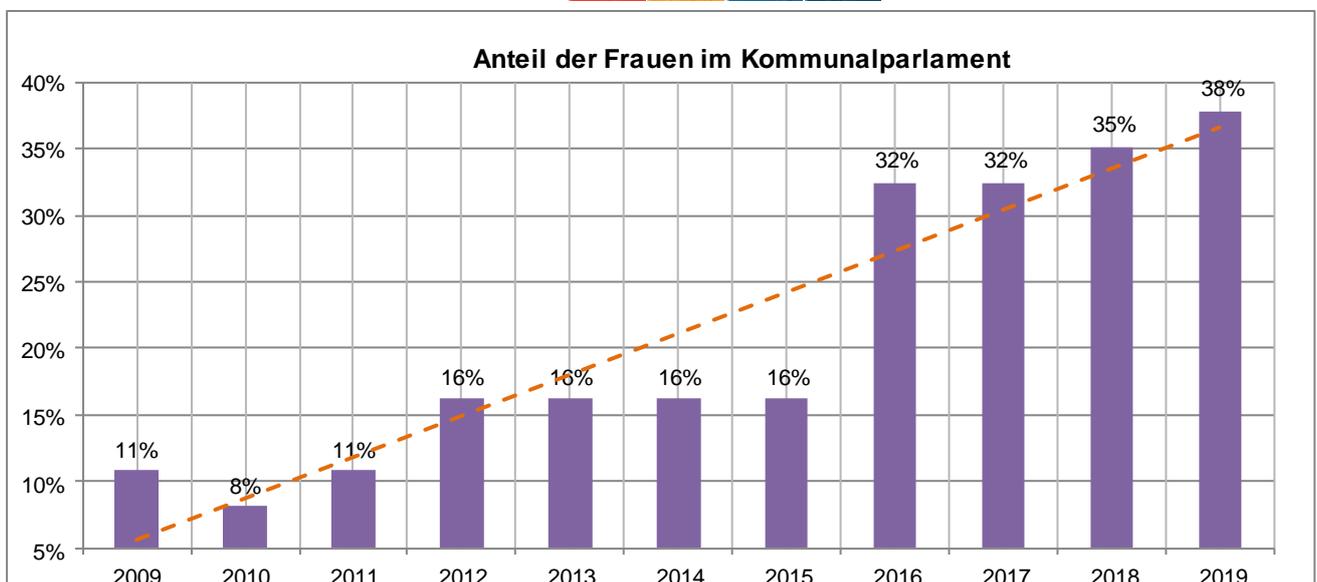
ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

In Groß-Umstadt geht die Entwicklung - so zeigt die Grafik eindeutig - in die richtige Richtung. Trotz steigender Tendenz sind Frauen allerdings auf allen politischen Ebenen immer noch deutlich unterrepräsentiert.

Die Zahlen sollten also Anlass sein, innerhalb der Parteien aktiver mit Frauen zusammenzuarbeiten, programmatisch, methodisch und betreffs der politischen Umgangs-kultur so aufzutreten, dass Frauen und Männer aller Altersgruppen sich angesprochen und motiviert fühlen, ein Mandat zu übernehmen. Die nächste Kommunalwahl ist im Jahr 2021.

KHP: „Erhöhung des Frauenanteils im Stadtparlament und in den Ausschüssen.“

Quelle: Stadt Groß-Umstadt



Behinderte

D 7.1 Mitglieder und Medaillen im Behindertensport

DEFINITION

Der Kernbereich des Indikators besteht aus zwei Komponenten: der Mitgliederzahl der Behindertensportgruppe des Turnvereines Groß-Umstadt und der Medaillengewinne dieser Abteilung.

ZIELSETZUNG

Behindertensport ist ein Weg zur Rehabilitation, Integration und Gesunderhaltung. Die Förderung der verschiedenen Altersklassen und Behinderten ist Ziel, um einen möglichst großen Beitrag zur Steigerung des eigenen Lebenswillens, die Freude in der Gemeinschaft und Erfolge erreichen zu können: Breitensport im besten Sinne. Geleitet werden die einzelnen Übungsstunden durch ehrenamtlich engagierte Groß-Umstädter Trainer und Personen, die mit körperlichen oder geistigen Einschränkungen umzugehen und die betroffenen Personen zu fördern wissen.



ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

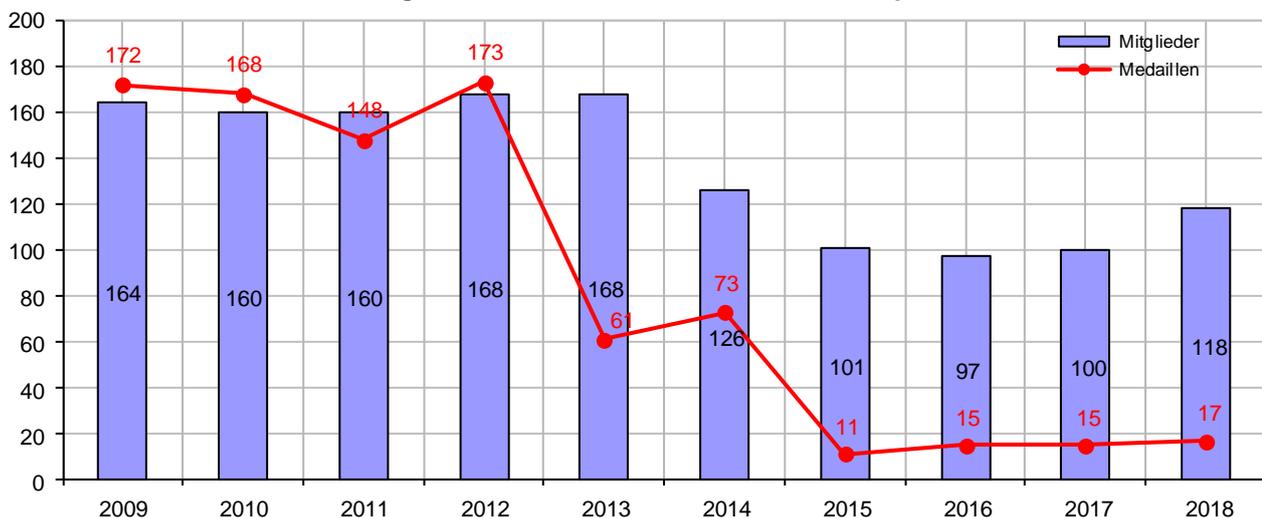
Die Mitgliederzahl der Behindertensportgruppe des TV Groß-Umstadt nahm in der Zeit von 1998 bis 2013 von 87 auf 168 zu und hatte sich auf diesem Niveau stabilisiert. Das war eine prozentuale Steigerung von rund 90 %. Um den ähnlichen Wert ist die Zahl dann auch wieder gefallen, steigt aber erfreulicherweise langsam wieder an.

Ungeachtet der absoluten Mitgliederzahl nehmen die Kinder, Frauen und Männer mit Begeisterung und Freude an den verschiedenen Übungsangeboten und Wettbewerben teil. Dies spricht für das Engagement und die Leistungsqualität der behinderten Bürgerinnen und Bürger, aber auch für die Betreuer und Trainer.

Quelle: TV Groß-Umstadt, Behindertensportabteilung



Mitglieder und Medaillen im Behindertensport



Senioren

D 8.1 Auslastung Pflegeheim

DEFINITION

Erfasst wird mit diesem Indikator die Auslastung des Pflegeheims „Haus Weinbergblick“, noch eine Einrichtung der Gersprenz gGmbH in Groß-Umstadt. Sie ist Betreiberin dieser Einrichtung, in der Menschen mit den verschiedenen Pflegestufen untergebracht sind. Hier stehen aber Veränderungen bei der Trägerschaft an, konkrete Entscheidungen sind noch nicht getroffen.

Seit Okt. 2012 gibt es auch 12 Tagespflegeplätze, die in der Grafik nicht berücksichtigt werden.

Die Stadt Groß-Umstadt betreibt eine Seniorenwohnanlage für Groß-Umstädter Seniorinnen und Senioren, deren Auslastung nicht in die hier erfassten Zahlen einfließt.

ZIELSETZUNG

Die Frage, wie jemand im Alter leben möchte, muss sich in erster Linie an diejenigen richten, die heute alt sind. Es ist das Recht der Seniorinnen und Senioren, ihr Leben so zu gestalten, wie sie es möchten. Es ist ihr Recht, ihren Neigungen nachzugehen, Neues zu beginnen, Vertrautes aufzugeben oder auch nur Ruhe zu haben sowie die gesetzlichen Hilfen zu erhalten, wenn Sie benötigt werden. Eine ständig steigende Lebenserwartung hat dem Alter in der Lebensgeschichte der Menschen eine unvergleichlich höhere Bedeutung verschafft als früher, verbunden mit vielen Möglichkeiten der persönlichen Entfaltung und Weiterentwicklung (s. Konzept für die Seniorenpolitik, Beschluss 2013).

Allerdings ist mit der steigenden Lebenserwartung auch ein stetiges Anwachsen der Zahl der Seniorinnen und Senioren verbunden, die intensiver Hilfe bedürfen, und dies teilweise auch für lange Zeit. Aufgrund der sich zeigenden Bevölkerungsentwicklung (s. C 3.2, Altersgliederung) ist die Altersdurchmischung besonders in den Stadtteilen als Ziel zu verfolgen. Die Besiedlungsstruktur in den Stadtteilen ist für junge Familien zu optimieren, um der Überalterung vorzugreifen. Die Auslastung des Pflegeheimes in Groß-Umstadt bezieht sich prozentual dargestellt ab 2009 auf 70 und ab 2012 auf 72 verfügbare Plätze.



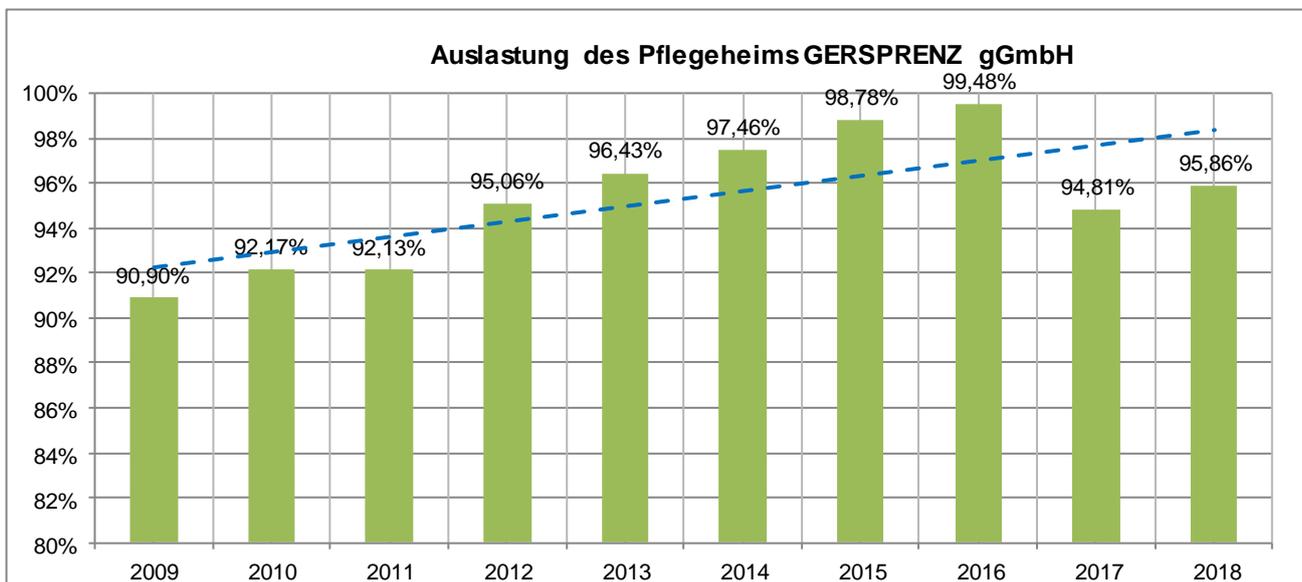
ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Die Gesellschaft wird sich dahingehend verändern, dass bald jeder dritte Bürger über 60 Jahre alt sein wird. Um der Überalterung in den Stadtteilen entgegen zu wirken, ist die Beibehaltung bzw. der Ausbau des vorhandenen sozialen Versorgungssystems erforderlich.

Bei den hilfe- und pflegebedürftigen Menschen und ihren Angehörigen handelt es sich um einen Personenkreis mit immer komplexer werdenden Problemkonstellationen. Diese erfordern ein differenziertes, abgestimmtes Handeln unterschiedlicher Hilfeleistungen. Ziel muss es sein, die Selbsthilferessourcen der Betroffenen zu stärken und Über- bzw. Unterversorgung zu vermeiden.

Die Auslastung der Einrichtung ist insgesamt sehr hoch, der Trend positiv, auch wenn 2017 ein leichter Einbruch zu verzeichnen war.

Quelle: Haus Weinbergblick, Gersprenz gGmbH



Adressen und Ansprechpartner

Hessisches Ministerium für Umwelt, ländlicher Raum und Verbraucherschutz (HMULV)

Mainzer Straße 80
65189 Wiesbaden
Tel. 0611 815-0
Fax: 0611 815-1941
poststelle@mulv.hessen.de
www.mulv.hessen.de

Hessisches Landesamt für Umwelt und Geologie (HLUG)

Rheingaustraße 186
65203 Wiesbaden
Tel. 0611 6939-0
Fax: 0611 6939-282
webmaster@hlug.de
www.hlug.de

Projektbearbeitung: Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft e.V. Institut für interdisziplinäre Forschung (FEST)

Schmeilweg 5
69118 Heidelberg
Tel. 06221 9122-0
Fax: 06221 167257
info@fest-heidelberg.de
www.fest-heidelberg.de

Magistrat der Stadt Groß-Umstadt

Markt 1
64823 Groß-Umstadt
Tel. 06078 781-0
FAX: 06078 781-226
info@gross-umstadt.de
www.gross-umstadt.de

Agenda-Büro

Reiner Michaelis
Markt 1
64823 Groß-Umstadt
Tel. 06078 781-277
FAX: 06078 781-226
agenda-buero@gross-umstadt.de
www.gross-umstadt.de

Integration und Vielfalt

Benjamin Magsam & Nina Schwenzl
Markt 1
64823 Groß-Umstadt
Tel. 06078 781-313 od. 781-256
FAX: 06078 781-226
vielfalt@gross-umstadt.de
www.gross-umstadt.de